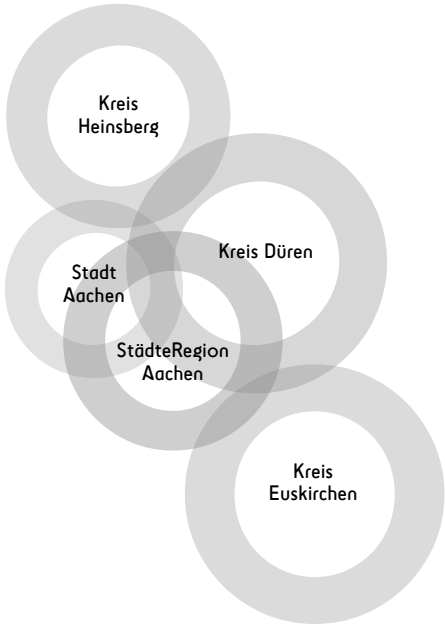
regionaachen.de

region aachen

MACHT. MIT. FRAUEN!

Ein Wegweiser
für Frauen in die Politik



46
Städte & Gemeinden

1,3
Millionen Menschen

region aachen

Die Region Aachen ist die regionale Entwicklungsgesellschaft der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen sowie der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Hier wird die Zusammenarbeit der Partner organisiert und für 1,3 Millionen Einwohner eine gemeinsame Strukturentwicklung für Wirtschaft und Fachkräfte, Bildung und Kultur, Gesundheit und Infrastruktur gestaltet. Die Region Aachen entwickelt und organisiert als deutsche Region, gemeinsam mit den Partnern aus Belgien und den Niederlanden, Projekte und Kooperationen in der Euregio Maas-Rhein. Zudem vertritt sie regionale Interessen in überregionalen Projekten des Landes NRW.
Die Region Aachen ist Träger der Regionalagentur, die die Umsetzung ESF NRW-geförderter Programme und Initiativen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen koordiniert sowie des Kompetenzzentrums Frau und Beruf. Die Kompetenzzentren sind Teil der Landesinitiative „Frau und Wirtschaft" des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen und werden aus EFRE-Mitteln der Europäischen Union gefördert.
Der Grenzinfopunkt ist eine gemeinsame Beratungseinrichtung der Region Aachen und seiner Partner aus der Euregio Maas-Rhein.

MACHT. MIT. FRAUEN!

Ein Wegweiser
für Frauen in die Politik

ISBN: 978-3-00-066102-0

Inhalt

VORWORT
Prof. Dr. Christiane Vaeßen, Geschäftsführerin der Region Aachen 6

GRUSSWORT
Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen 7

GRUSSWORT
Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments 8

EINLEITUNG 9

Politik braucht mehr Frauen! 10

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN: So (un-)weiblich ist die deutsche Politik 12

„Mehr Frauen in Politik und Parlamente“ – das sind die Argumente! 20

Zu den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik 22

WAS IST DER WEG ZU PARITÄT? 28

Diskutierte Modelle 29

Parität und Verfassung in Deutschland 32

ANTWORTEN DER POLITISCHEN PARTEIEN
Frauenanteile und innerparteiliche Regelungen 37

ANTWORTEN VON POLITIKERINNEN 51

Starke Frauen auf Bundesebene 52

Starke Frauen auf Landesebene 56

Starke Frauen auf Kommunalebene 60

So geht Parität: Empfehlungen der befragten Politikerinnen auf einen Blick 76

GOOD PRACTICE: EIN BLICK AUF DIE EU-LÄNDER 78

Modelle für Anreize und Sanktionen 81

BLITZLICHTER AUS DER REGION AACHEN 82

Warum braucht es mehr Frauen in der Politik? Befragung zum Karlspreis-fest 2019 in Aachen 82

Statement von Landrat Stephan Pusch 84

Ohne Vor kein Bild – Birgitt van Megeren, Kompetenzzentrum Frau und Beruf 86

RESÜMEE UND AUSBLICK 88

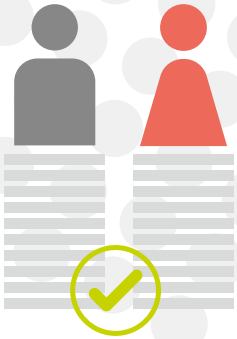
Dankeschön 90

Anmerkungen und Verweise 92

Literaturverzeichnis 95

Abkürzungsverzeichnis 97

Impressum 99



„Dieses Buch ist ein Wegweiser für Frauen in die Politik – zum Mitmachen, Mitgestalten, Mitentscheiden.“

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

sowohl im politischen Umfeld unseres Verbandes als auch im Rahmen meiner täglichen Arbeit und im direkten Gespräch mit weiblichen Bundes- und Landtagsabgeordneten, Bürgermeisterinnen sowie Kommunalpolitikerinnen sehe ich mich regelmäßig mit der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik konfrontiert. So entstand im letzten Jahr die Idee, mit Politikerinnen aus der Region in einem Workshop ins Gespräch zu gehen und ein Buch zu initiieren, das Antworten auf die Fragen liefert: Warum sind Frauen in der Politik noch immer unterrepräsentiert? Gibt es Stellschrauben, mit denen man ansetzen kann? Welche Rahmenbedingungen braucht es, um den Frauenanteil zu erhöhen? Und wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn entscheiden, gezielt unterstützt und gefördert werden?

In die Debatte um die Beteiligung von Frauen in der Politik ist seit dem Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht“ viel Bewegung gekommen. Dieses Buch kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, indem es einen Überblick über die Frauenanteile auf den verschiedenen Ebenen der Politik bietet sowie Ursachen und Lösungswege diskutiert. Politikerinnen geben Einblicke in ihren politischen Alltag, zeigen Ideen zur Steigerung des Frauenanteils auf und geben Tipps, wie der Ein- und vor allem der Aufstieg in der Politik gelingen kann. Dazu gehört: Wenn du etwas willst, musst du es aktiv einfordern. Das ist nicht anders, wenn es um politische Macht geht. Man (und „frau“) kann allerdings häufig beobachten, dass gerade der Griff zur Macht für ihn sehr viel selbstverständlicher ist als für sie. Frauen, die es nach oben geschafft haben und auf diesem Weg beinahe zwangsläufig die gängigen Spielregeln des Machterwerbs gelernt haben, werden nicht selten angefeindet. Oder sie werden gar mit dem Vorwurf konfrontiert, überambitioniert, streitlustig, dominant und „eigentlich gar keine richtigen Frauen mehr“[1] zu sein. „Wir Frauen dürfen nichts wollen“[2], so fasste 1994 die FDP-Politikerin Irmgard Schwaetzer ihre Erfahrungen in der männlich geprägten politischen Welt zusammen. Dabei geht es (angehenden) Politikerinnen meist gar nicht so sehr um Macht oder das nächsthöhere Amt. Viele betonen, dass es ihnen um Inhalte gehe – darum, gestalten zu können.

Macht. Mit. Frauen! ist ein Wegweiser für Frauen in die Politik – zum Mitmachen, Mitgestalten, Mitentscheiden. Und es soll zeigen: Politik ist verantwortliches Handeln. Politik ist spannend und abwechslungsreich. Also genau richtig für Frauen!

Ihre Christiane Vaßen

Prof. Dr. Christiane Vaeßen
Geschäftsführerin Region Aachen

„Ohne Frauen ist Politik nur die Hälfte wert.“

© MHKBG / F. Berger

Im Jahr 1919 konnten Frauen in Deutschland erstmals wählen und gewählt werden. Seither haben wir eine weite Wegstrecke zurückgelegt: Die Gleichberechtigung der Geschlechter zählt zu den Grundlagen unseres Staates. 1961 stand mit Elisabeth Schwarzhaupt erstmals eine Frau an der Spitze eines Bundesministeriums. Heute sind Frauen selbstverständlich Kabinettsmitglieder in Bund und Ländern und sie stehen an der Spitze der Bundesregierung und der EU-Kommission.

Dennoch, der „typische Mandatsträger“ im Landtag und in den kommunalen Vertretungen in Nordrhein-Westfalen ist ein über 55-jähriger, akademisch gebildeter Mann. Unter denen, die uns politisch repräsentieren, sind zu wenige Frauen, zu wenige junge Leute und auch zu wenige Menschen mit praktischen Berufen. Damit unsere Demokratie zukunftsfähig bleibt, müssen sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen mit ihren Erfahrungen in die Politik einbringen. Und natürlich müssen auch Frauen im gleichen Maße wie Männer vertreten sein. Denn ohne Frauen ist Politik nur die Hälfte wert. Deshalb ist es unbedingt notwendig, mehr Frauen für Politik zu begeistern und zum Mitmachen zu motivieren. Frauen sind bisher wesentlich seltener als Männer Mitglied einer Partei. Parteien sind in unserer Demokratie aber die entscheidenden Instanzen, aus denen sich die Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlen rekrutieren. Wenn Frauen für einen Listenplatz oder einen Wahlkreis kandidieren, dann sind sie – gemessen an ihrem Anteil an der Parteimitgliedschaft – sogar überdurchschnittlich erfolgreich. Dafür sind die bereits vorhandenen, freiwilligen parteiinternen Regelungen bei der Kandidatenaufstellung und -rekrutierung verantwortlich. Denn die demokratischen Parteien haben den Stellenwert von Frauen in der Politik längst erkannt und versuchen auf verschiedenen Wegen, Frauen in ihren Reihen zu fördern. Mentoring, Schulungen, frauenspezifische Netzwerke, Quoren und Quoten sind mittlerweile üblich – und reichen doch noch nicht aus. Wir brauchen ein anderes Verständnis von Politik. Frauen, aber auch viele Männer, wollen neue Beteiligungsformen, die ihrer Lebenssituation gerecht werden. Dies ist eine zentrale Aufgabe für die politischen Parteien. Und wir müssen nachvollziehbar vermitteln, dass Frauen in der Politik auf allen Ebenen – beginnend bei den Ortsverbänden und den Kommunalparlamenten – Einfluss nehmen und Führungspositionen erreichen können. Und je mehr Frauen sich engagieren, umso besser wird es ihnen gelingen, ihren Politikstil und ihre Sichtweise einzubringen.

Ina Scharrenbach
Ministerin für Heimat, Kommunales,
Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

„Nur wenn Frauen und Männer sich gleichermaßen in die Politik einbringen, kann Demokratie wirklich gelingen."

Bereits im Jahr 1843 hat die französische Philosophin Flora Tristan gesagt: „Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist der einzige Weg, der zur Einigkeit der Menschen führen kann." Das ist heute noch genauso richtig wie damals. Wir haben zwar inzwischen vieles erreichen und die Chancen für Frauen in den letzten Jahren verbessern können, doch wir müssen noch weitere Fortschritte machen, um eine tatsächliche Gleichberechtigung zu erzielen. Gerade wenn es um das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, gibt es noch einiges zu tun. Hier brauchen wir vor allem flexiblere Strukturen.

Ich wünsche mir, dass die gleichberechtigte Aufteilung der Erwerbs-, Erziehungs- und Hausarbeit zwischen Männern und Frauen zu einer Selbstverständlichkeit wird. Niemand sollte aufgrund seines Geschlechts in eine bestimmte Rolle und Aufgabenverteilung gedrängt werden. Wenn wir hier bessere Möglichkeiten für Frauen schaffen, kann sich dies auch positiv auf den Frauenanteil in der Politik auswirken. Denn Frauen sind in der Politik noch lange nicht selbstverständlich und leider oftmals unterrepräsentiert. So haben wir in Deutschland mit Angela Merkel zwar eine Frau an der Spitze unserer Bundesrepublik, im politischen Alltag haben wir es aber mehrheitlich mit Männern zu tun. Im Bundestag schrumpfte der Frauenanteil zuletzt von gut 36 auf knapp 31 %. Das ist gerade einmal Platz 16 für Deutschland im Vergleich mit anderen EU- und OECD-Ländern laut Zahlen der Weltbank. Damit dürfen wir uns wirklich nicht zufriedengeben. Im EU-Parlament stieg der Frauenanteil nach der Europawahl 2019 immerhin von rund 37 auf 41 %. Insgesamt ist der Anteil der Frauen von Wahl zu Wahl auch stetig gestiegen, aber leider nur sehr langsam.

Parlamente sollen ein Spiegel der Gesellschaft sein. Das geht in meinen Augen jedoch nur mit einem ausgeglichenen Verhältnis von Frauen und Männern. Umso wichtiger ist es, dass wir Frauen die Möglichkeit geben, sich politisch zu engagieren. Das Empowerment von Frauen bringt unheimliche Vorteile mit sich, nicht nur in der Politik, sondern in unserer Gesellschaft im Allgemeinen. Davon bin ich überzeugt. Denn die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wichtiger Maßstab für die Gerechtigkeit einer Gesellschaft. Und von der Gerechtigkeit in der Gesellschaft hängt auch ihre Zukunftsfähigkeit ab. So glaube ich an eine Zukunft mit selbstbewussten und mutigen Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik. Und an eine Zukunft, die gleichermaßen in den Händen von Frauen und Männern oder Männern und Frauen liegt.

Sabine Verheyen
Mitglied des Europäischen Parlaments

STECKBRIEF

Name: Sabine Verheyen

Position: Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses im EU-Parlament

Partei: CDU

Seit wann MdEP? 2009

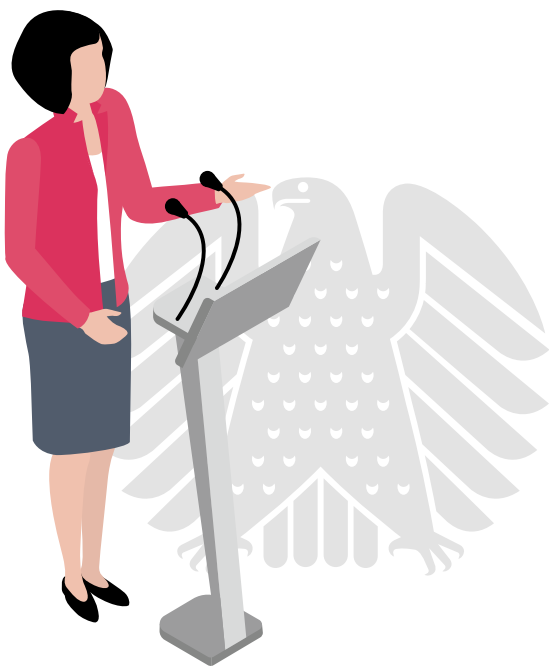
Seit wann in der Politik? 1990

Wahlkreis: Region Aachen

MACHT. MIT. FRAUEN!

0 Einleitung

Politik braucht mehr Frauen!



Angela Merkel, Annegret Kramp-Karrenbauer, Ursula von der Leyen – drei Frauen, in politischen Spitzenämtern: als Bundeskanzlerin, (Noch-)Parteichefin und Verteidigungsministerin sowie als EU-Kommissionspräsidentin. Sie managen die Corona-Krise, lenken die Partei, haben die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte oder leiten die Europäische Kommission. Man könnte meinen, das Gleichstellungsproblem in der Politik sei gelöst oder habe sich gar ins Gegenteil verkehrt. Wer kennt sie nicht, die Frage des kleinen Jungen, die seit Jahren in den Medien kursiert: „Mami, können Männer auch Bundeskanzlerin werden?"

Doch der Blick durch die Reichstagskuppel in Berlin, in die Bürgermeisterzimmer deutscher Rathäuser oder auf die Stuhlreihen der Parteitage offenbart: Die Politik ist noch immer eine eher männlich geprägte Welt. Der aktuelle Bundestag ist so groß wie nie, der Frauenanteil mit rund 31 % so gering wie seit 1998 nicht mehr. Im Vergleich zur letzten Wahlperiode ist er sogar um gut 5 % geschrumpft. In den Landesparlamenten stellt sich die Entwicklung ähnlich dar. Der bundesweite Durchschnitt beträgt gut 30 % – der NRW-Landtag gehört mit 27,6 % zu den fünf Schlusslichtern der 16 Bundesländer. In der Kommunalpolitik ist es noch gravierender: Von den Mandaten in den Räten und Kreistagen gingen im Bundesdurchschnitt 27 % an Frauen. Nur jedes zehnte Rathaus wird von einer Bürgermeisterin geführt. Die Entwicklung der Frauenanteile in den letzten beiden Jahrzehnten zeigt zudem: Die Zahlen stagnieren, sind teils sogar rückläufig. Ein repräsentatives Abbild der deutschen Bevölkerung sind die Volksvertretungen somit nicht. Dabei sind mehr als die Hälfte der Wahlberechtigen in Deutschland Frauen.

„Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Aus der Tatsache, dass es mich gibt, darf kein Alibi werden"[3], so Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Festakt „100 Jahre Frauenwahlrecht" am 12. November 2018 in Berlin. Und sie betont: Die Wegbereiterinnen des Frauenwahlrechts hätten damals nicht für eine Sondergruppe gekämpft, sondern für ein Menschenrecht. Es gehe um die Gleichwertigkeit der Menschen. Nur eine Gesellschaft, die Gleichberechtigung lebe, könne eine gerechte Gesellschaft sein. „Das Ziel muss Parität sein", fordert Merkel.

Vor über 70 Jahren haben die Mütter und Väter des Grundgesetzes das Gleichberechtigungsgebot in Artikel 3 als ein Grundrecht von hohem Rang verortet. Absatz 2 schreibt vor: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin." Damit wurde ein klarer Auftrag an den Staat formuliert. Warum sind wir dennoch von Parität so weit entfernt? Zieht es weniger Frauen in die Politik – oder kommen Frauen einfach viel seltener in den Parteien an?

Bei der Antwort spielen historische, soziale und wirtschaftliche, aber auch strukturelle Faktoren eine Rolle: etwa stereotype Rollenbilder, männlich dominierte Parteistrukturen, die Aufgabenverteilung in der Familie, lange Arbeitszeiten und damit schwierige Vereinbarkeit von politischem Ehrenamt, Familie und Beruf. Diese beeinträchtigen die Chancengleichheit von Frauen und Männern im innerparteilichen Wettbewerb und erschweren bzw. verhindern den Ein- und Aufstieg in der Politik. Ein weiterer Grund für den geringen Anteil an Parlamentarierinnen liegt in den Bedingungen ihrer Kandidatur: Frauen tauchen auf den Wahllisten meist weiter hinten auf, werden seltener als (aussichtsreichere) Direktkandidat*innen aufgestellt. Bei der letzten Bundestagswahl war nur jede vierte Direktkandidatur weiblich. Da freiwillige Selbstverpflichtungen und parteiinterne Quoten nicht ausreichen, sind die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen und das Wahlrecht zunehmend in den Fokus gerückt. Der Rückgang der Frauenanteile im Bundestag und in zahlreichen Länderparlamenten sowie die Debatten rund um das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht" haben die öffentliche Aufmerksamkeit und den Druck auf die Parteien und Landesregierungen nochmal erhöht. 2019 haben der Brandenburger und der Thüringer Landtag als erste deutsche Landesparlamente ein „Parité-Gesetz" verabschiedet. Es schreibt vor, die Wahllisten künftig abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen. Die Gesetze lösen bis heute heftige Kontroversen bis hin zu Klagen vor den Landesverfassungsgerichten aus, durch die die Verfassungsmäßigkeit infrage gestellt wird. Das Thüringer Verfassungsgericht hat das Paritätsgesetz des Landes am 15.07.2020 bereits gekippt.

Was also spricht für, was gegen gesetzliche Paritätsregelungen? Wie kann Repräsentation und gleichberechtigte politische Teilhabe von Männern **und** Frauen verwirklicht werden? Und welchen Beitrag kann jeder Einzelne von uns leisten?

Macht. Mit. Frauen!, so lautet der Titel dieser Publikation, die Antworten geben möchte. Neben einer Analyse des Status quo und der Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik, zeigt sie Wege zu Parität auf und diskutiert mögliche Modelle. Dabei kommen Frauen zu Wort, die auf der politischen Karriereleiter schon weit nach oben gekommen sind: als Mitglied eines Kreis- oder Landtages, Abgeordnete des Deutschen Bundestags, Europaabgeordnete, Bürgermeisterin oder Ministerin. Als regionale Entwicklungsorganisation für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren, Heinsberg und Euskirchen haben wir einen Schwerpunkt auf die Region Aachen gesetzt, werden aber natürlich auch auf die Landes- und Bundesebene blicken. Und wir fragen, was Nachbarländer, die in Bezug auf die Frauenanteile schon deutlich weiter sind, anders bzw. „besser" machen.

Das Buch soll Frauen Mut machen, den Weg in die Politik zu gehen und ihr Recht auf gleichberechtigte politische Teilhabe einzufordern. Zugleich soll es Ansporn sein, notwendige weitere Schritte auf dem Weg hin zu Parität auf allen Ebenen der Politik zu gehen. Und es soll Männern wie Frauen zeigen: Politik braucht (mehr) Frauen!

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN:

So (un-)weiblich ist die deutsche Politik

1961 begrüßte Bundeskanzler Konrad Adenauer sein neues Kabinett noch mit „Morjen, meine Herren!" – obwohl es die damals 60-jährige Juristin Elisabeth Schwarzhaupt als erste Frau ins Kabinett geschafft hatte. Den freundlich formulierten Widerspruch der Bundesministerin konterte Adenauer mit: „In diesem Kreis sind auch Sie ein Herr."[4]

Zu dieser Zeit lag der Frauenanteil im Bundestag mit 8,3 % sogar noch knapp unter dem Anteil an Parlamentarierinnen in der Weimarer Nationalversammlung im Januar 1919 – zwei Monate nach der Einführung des Frauenwahlrechts. Der erste wirkliche Sprung war erst 1987 in Westdeutschland zu verzeichnen – auf 15,4 %. Doch trotz innerparteilicher Quotenregelungen erhöhte sich der Frauenanteil nur schleppend und fiel 2017 bei der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag mit rund 31 % sogar wieder zurück auf den Stand von 1998. In der Europäischen Union liegt Deutschland im Mittelfeld – von den Spitzenreitern Schweden (47 %) und Finnland (46 %) noch weit entfernt.

Auf der Landes- und Kommunalebene stellt sich die Entwicklung ähnlich dar: In den Landtagen beträgt der bundesweite Durchschnitt 30,4 % – in den Kreistagen, Städte- und Gemeinderäten rund 27 %. Es gibt allerdings große regionale Unterschiede: Während in den Großstädten bis zu 40 % erreicht werden, gibt es noch zahlreiche kleinere Gemeinderäte in eher ländlich-konservativ geprägten Regionen, in denen Frauen gar nicht vertreten sind. Und nur ein Zehntel der Bürgermeister und Landräte sind weiblich.

(Keine) Frauen in Sicht?

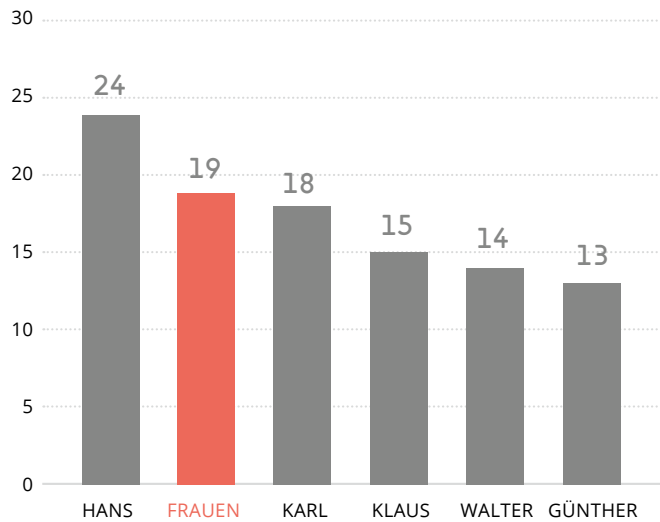
Das laut Inlandsprotokoll der Bundesregierung höchste Amt im Staat – das des Bundespräsidenten – wurde noch nie von einer Frau bekleidet. Eine Präsidentin des Bundestags (das protokollarisch zweithöchste Amt) gab es in Deutschland bislang zwei Mal, zuletzt mit der CDU-Politikerin Rita Süssmuth von 1988 bis 1998. Erst 56 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik war Deutschland „reif" für eine Bundeskanzlerin. „Angela Merkel hat es auch deshalb an die Spitze der Partei schaffen, sich dort halten und schließlich Bundeskanzlerin werden können, weil sie als Frau die Rückständigkeit der Bundesrepublik in der Gleichberechtigungsfrage anschaulich machen konnte; all ihre Rivalen wirkten plötzlich wie abgelebte Kraftkerle aus der

Männerrepublik, die immer noch darauf beharrten, dass die Politik ein Krawattenbiotop im Geiste Konrad Adenauers und Helmut Kohls sei“[5], so Torsten Körner in seinem Buch ***In der Männerrepublik: Wie Frauen die Politik eroberten***. Mit Angela Merkel – mittlerweile im 15. Jahr ihrer Kanzlerschaft – sitzen sechs weitere Frauen am Kabinettstisch: Christine Lambrecht, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz; Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesministerin der Verteidigung; Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft; Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Svenja Schulze, Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung. Damit sind fast die Hälfte der 16 Kabinettsposten (44 %) mit Frauen besetzt – ein Frauenanteil, der unter den politischen Führungspositionen sonst kaum zu finden ist.

„Mehr Hans als Frau“

Im Jahr 2018 deckte ZEIT ONLINE unter dem provokanten Titel „Die Hans-Bremse“ die fortwährende und „systematische“ Benachteiligung von Frauen in Ministerien und Bundesbehörden auf. Dabei gelten mit dem Bundesgleichstellungsgesetz (BGleiG) als Nachfolgegesetz des Frauenfördergesetzes von 1994 bereits seit rund 25 Jahren gesetzliche Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Bundesverwaltung. Doch das Gesetz kennt keine Durchsetzungskraft, Verstöße werden nicht sanktioniert. Am deutlichsten zeigt sich die Unterrepräsentanz von Frauen dort, wo Macht konzentriert ist – etwa bei der Auswahl der Staatssekretäre: Seit der Gründung der Bundesrepublik bis 1999 gab es 692 beamtete Staatssekretäre – knapp 3 % waren Frauen. Genaugenommen: 24-mal Hans, 19-mal Frau, 18-mal Karl, 15-mal Klaus und so weiter. Dass sich dieses „Hans-Prinzip“ im gesamten Regierungs- und Behördenapparat fortsetzt, zeigt sich der ZEIT-Recherche zufolge auch in der Anwendung von Paragraf 27 der Bundeslaufbahnverordnung, mit dem „besonders leistungsstarke Beamtinnen und Beamte“ auch außer der Reihe befördert werden können: Zwischen 2009 und 2016 wurde dieser Paragraf auf 705 Männer angewandt – und auf 141 Frauen. Paragraf 27 habe sich somit als Karriereturbo vor allem für Männer bewährt.[6]

STAATSSEKRETÄRE „MEHR HANS ALS FRAU“



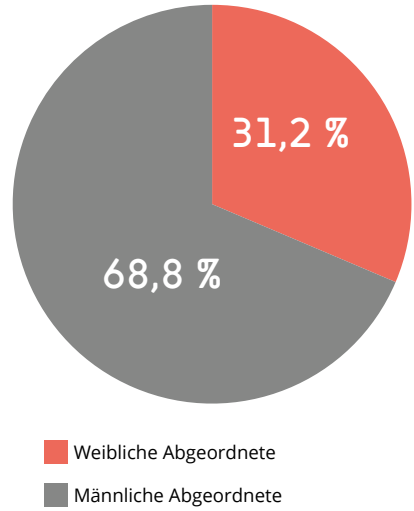
Quelle: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999/ Recherche von ZEIT Online. Ähnliche Namen wurden zusammengefasst.

Männer steigen häufiger auf

„Wie viele Frauen sind in Führungspositionen vertreten?“ – lautet eine der zentralen Fragen beim Thema Gleichstellung. Deshalb sieht der **Gleichstellungsindex 2019**, der sich mit den obersten Bundesbehörden und Ministerien befasst, auch weiterhin Handlungsbedarf. Denn Mitte 2019 waren hier nur etwas mehr als ein Drittel (36 %) der Führungspositionen mit Frauen besetzt – wenngleich mit einer leichten Steigerung von rund zwei Prozentpunkten zum Vorjahr. Sechs der 23 obersten Bundesbehörden liegen noch unterhalb des durchschnittlichen Frauenanteils an allen Leitungsfunktionen – drei von ihnen sogar deutlich: das Bundesministerium der Finanzen mit 28 %, der Bundesrechnungshof mit 27 % und das Auswärtige Amt mit nur 23 %.[7] Nicht wenige der Bundesoberbehörden sind seit der Gründung der Bundesrepublik noch nie von einer Frau geführt worden – etwa der Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Verfassungsschutz oder das Bundeskriminalamt. Aus den Reihen der Opposition werden deshalb Forderungen nach verbindlichen Quoten laut: nicht nur für den Deutschen Bundestag und die Parteien, sondern auch für Führungspositionen, insbesondere für die Posten der Staatssekretäre. Ein gewichtiges Argument: Wenn man DAX-Unternehmen eine Quote vorschreibe, müsse das auch für die Bundesregierung gelten. Schließlich habe die Bundesregierung auch eine Vorbildfunktion.

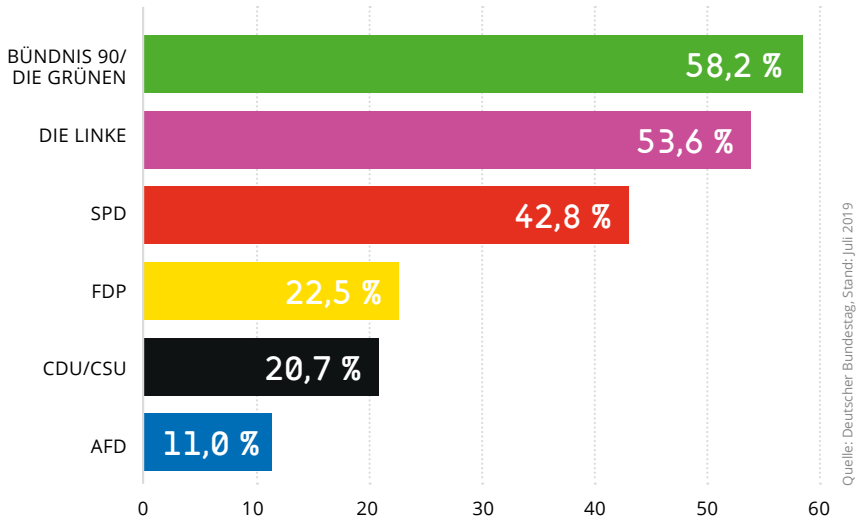
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN BUNDESEBENE

WIE VIELE FRAUEN VERTRETEN UNS IM BUNDESTAG?

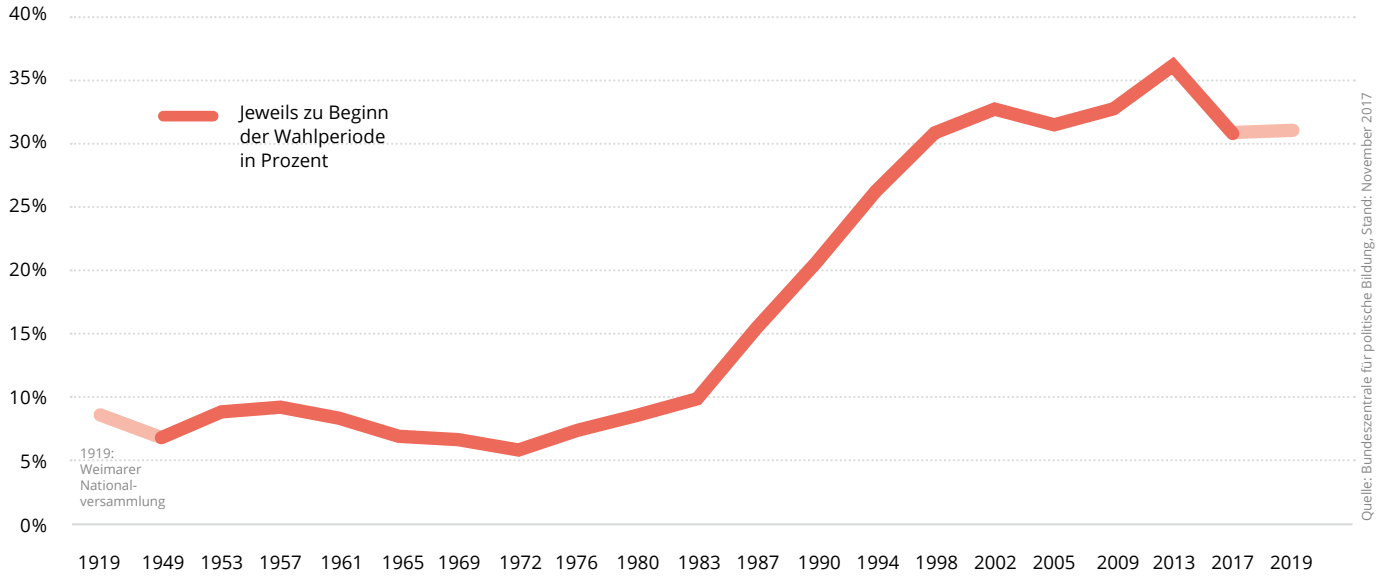


Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

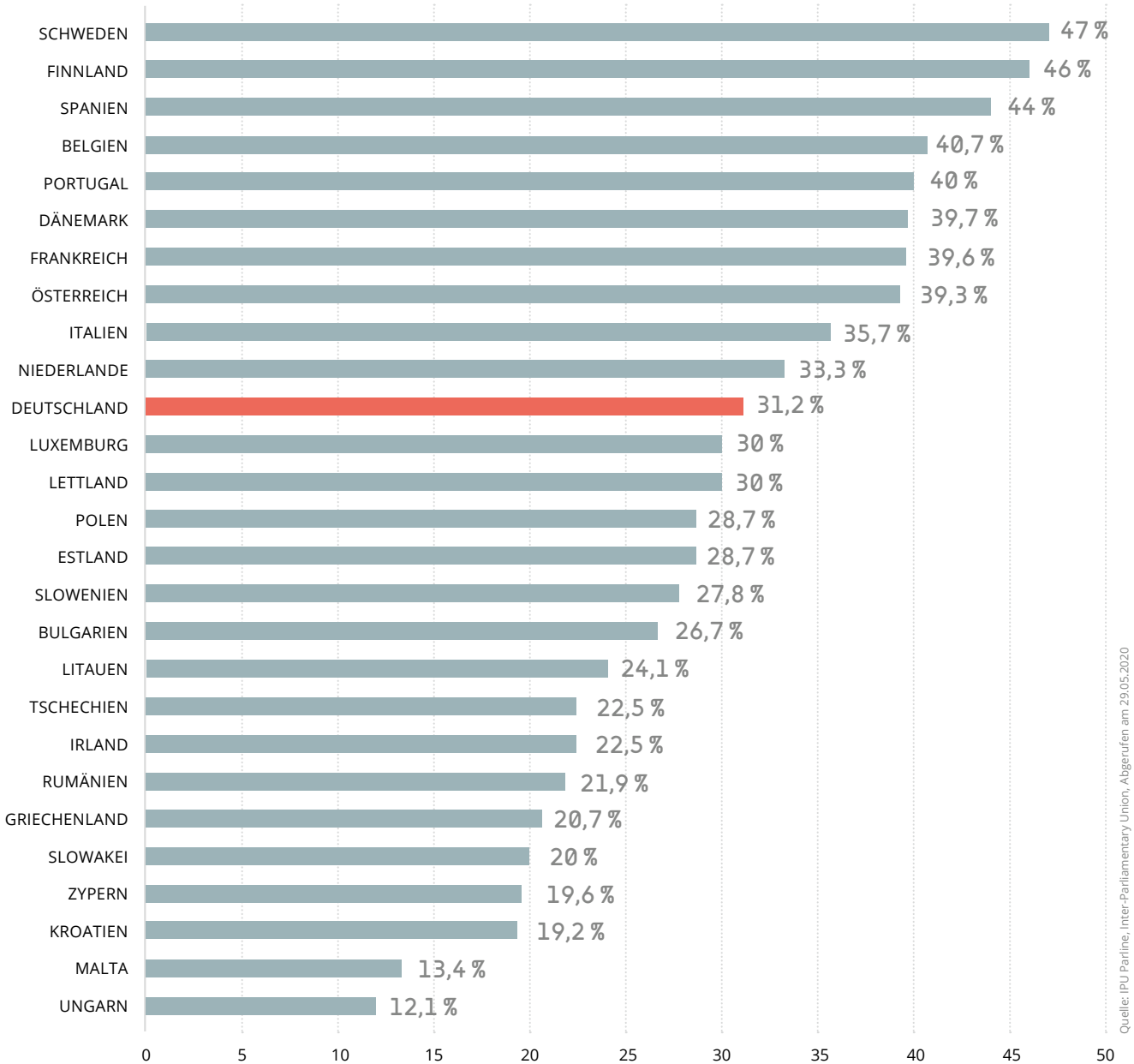
WIE WEIBLICH SIND DIE BUNDESTAGSFRAKTIONEN?



WIE HAT SICH DER FRAUENANTEIL IM BUNDESTAG SEIT 1949 ENTWICKELT?



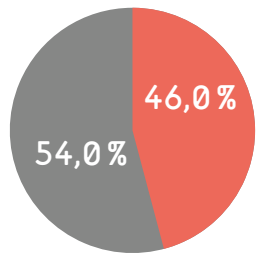
WO STEHT DEUTSCHLAND IM VERGLEICH ZU DEN WEITEREN EU-LÄNDERN?
FRAUENANTEIL IN NATIONALEN PARLAMENTEN



Quelle: IPU Parline, Inter-Parliamentary Union, Abgerufen am 29.05.2020

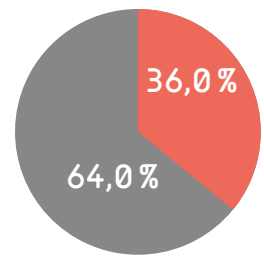
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN LANDESEBENE

WIE VIELE FRAUEN SIND IN DEN OBERSTEN BUNDES-BEHÖRDEN BESCHÄFTIGT



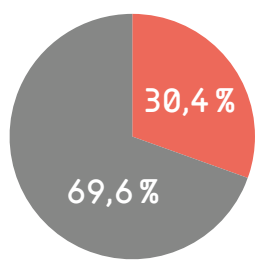
Quelle: Destatis, Gleichstellungsindex Juni 2019

WIE VIELE LEITUNGSPOSITIONEN SIND IN DEN OBERSTEN BUNDES-BEHÖRDEN MIT FRAUEN BESETZT?



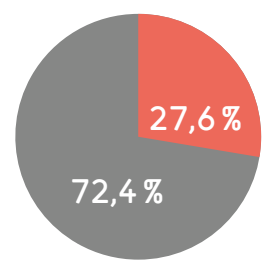
Quelle: Destatis, Gleichstellungsindex Juni 2019

WIE WEIBLICH SIND DEUTSCHE LANDTAGE?



Quelle: Statista, Stand: November 2019

WIE VIELE FRAUEN VERTRETEN UNS IM NRW-LANDTAG?

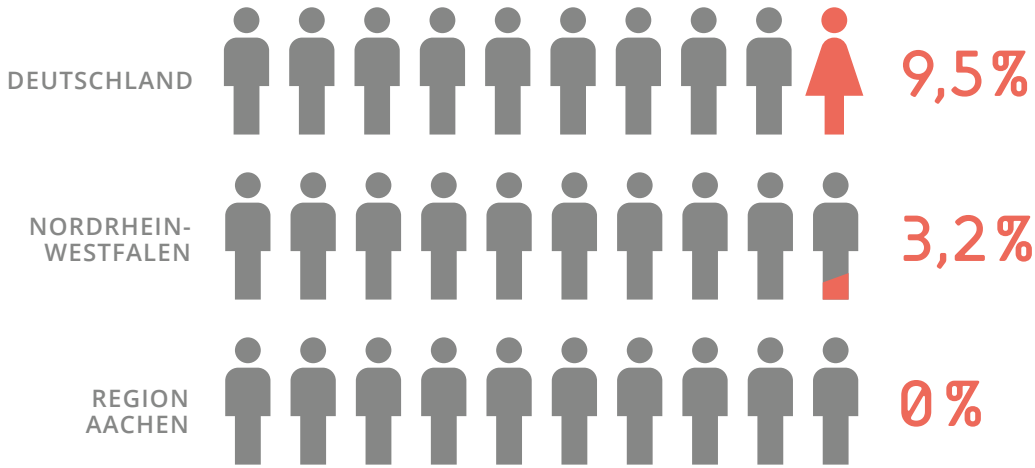


Quelle: Statista, Stand: November 2019

Weiblich
Männlich

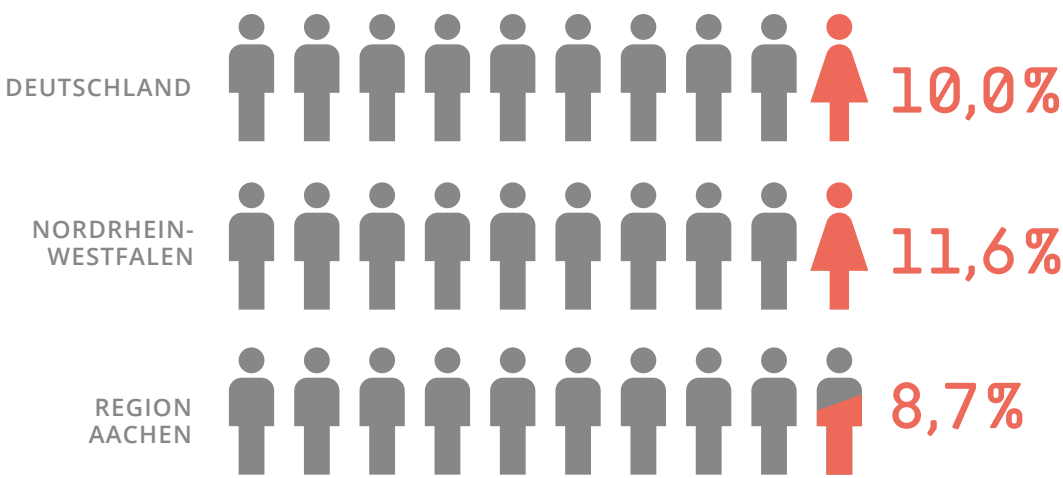
ZAHLEN, DATEN, FAKTEN KOMMUNALE EBENE

WIE VIELE LANDRÄTE SIND WEIBLICH?



10 Figuren repräsentieren 100 %
Quelle: Deutscher Landkreistag, August 2019

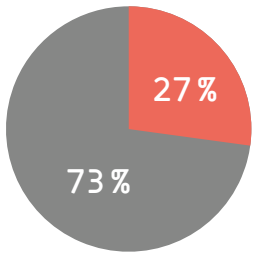
WIE VIELE FRAUEN GIBTS ES UNTER DEN (OBER-)BÜGERMEISTER*INNEN?



10 Figuren repräsentieren 100 % (Ohne beigeordnete Bürgermeister*innen)
Quelle: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung NRW, Liste Kommunen, Stand: Mai 2020; EAF Berlin, 2019

Weiblich
Männlich

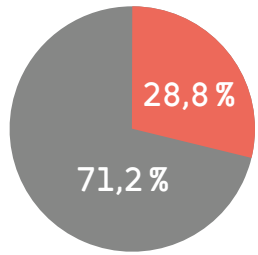
WIE VIELE FRAUEN GIBT ES IN DEN KREIS-, STADT- UND GEMEINDERÄTEN DEUTSCHLANDS?



Durchschnitt

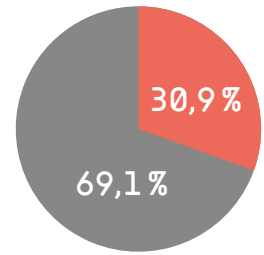
Quelle: Deutscher Städte- und Gemeindebund, Stand: September 2019

WIE VIELE FRAUEN SIND IM STÄDTEREGIONSTAG VERTRETEN?



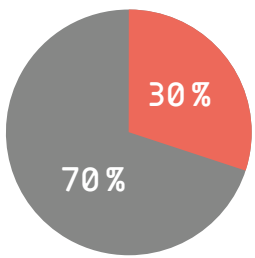
Quelle: Gremieninfo Städteregion Aachen, abgerufen am 29.05.2020

WIE VIELE FRAUEN SIND IM KREISTAG DÜREN VERTRETEN?



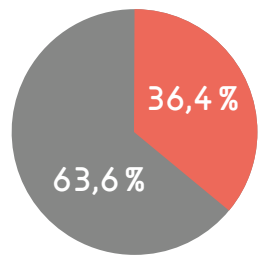
Quelle: Sdnet Kreistag Düren, abgerufen am 05.06.2020

WIE WEIBLICH SIND DIE KREIS-, STADT-, UND GEMEINDERÄTE NRWs?



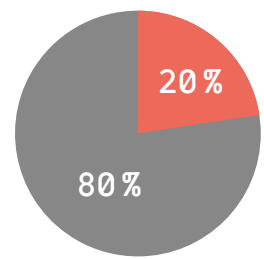
Quelle: Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW, Stand: März 2020

WIE VIELE FRAUEN SIND IM RAT DER STADT AACHEN VERTRETEN?



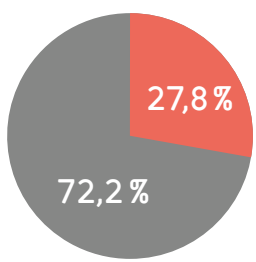
Quelle: Ratsinfo Aachen, abgerufen am 05.06.2020

WIE VIELE FRAUEN SIND IM KREISTAG HEINSBERG VERTRETEN?



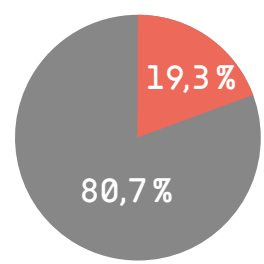
Quelle: Sitzungsdienst Kreis Heinsberg, abgerufen am 05.06.2020

WIE HOCH IST DER FRAUENANTEIL IN DEN KREIS-, STADT-, UND GEMEINDERÄTEN DER REGION AACHEN?



Quelle: Region Aachen, Stand: Mai 2020

WIE VIELE FRAUEN SIND IM KREISTAG EUSKIRCHEN VERTRETEN?



Quelle: Sdnet Kreis Euskirchen, abgerufen am 05.06.2020

Weibliche Abgeordnete

Männliche Abgeordnete

Die Argumente

„Mehr Frauen in Politik und Parlamente" – das sind die Argumente!

Der Blick auf die Zahlen zeigt: Von Parität und einer geschlechtergerechten Repräsentation von Frauen sind wir noch weit entfernt. Dabei sind 52 % und damit über die Hälfte der Wahlberechtigen in Deutschland Frauen.

Die in Artikel 20 GG verankerte Volkssouveränität setzt die gleichberechtigte Teilhabe und Einflussnahme der Bürger*innen auf die Staatsgewalt voraus. Dieses Ungleichgewicht führt somit zu einem Mangel an Legitimation, da eine **Grundidee der repräsentativen Demokratie** verletzt wird: die der Volksvertretung, die ein Spiegel der Gesellschaft ist und das verkleinerte Bild des Wahlvolks wiederspiegelt. Dieser Auffassung liegt die Vorstellung einer „deskriptiven Repräsentation"[8] zugrunde, bei der nicht das Handeln der Repräsentant*innen im Vordergrund steht, sondern die Eigenschaften und Einstellungen der Repräsentierten.[9] Repräsentation wird an soziodemographischen Kriterien wie z.B. Geschlecht, Alter, oder Bildung festgemacht. Es wird angenommen, dass Vertreter*innen der jeweiligen Gruppe ihre Gruppeninteressen am ehesten vertreten können. Eine höhere politische Repräsentation von benachteiligten Gruppen hat damit zur Folge, dass diese im politischen Diskurs sichtbarer werden. Sie sorgt dafür, dass deren Anliegen, Perspektiven und Interessen stärker zur Geltung kommen. Das bedeutet auch: Frauen können aufgrund ihrer sozialen Lage andere politische Interessen entwickeln als Männer. Da politische Interessen nicht objektiv vorhanden sind, sondern in einem komplexen Prozess hervorgebracht werden, ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe am Entscheidungsprozess nicht nur legitimere, sondern auch angemessenere Entscheidungen.[10]

Diese Auffassung ist nicht unumstritten: Gegner dieser Argumentation wenden ein, dass die Zusammenfassung der weiblichen Bevölkerung als „Gruppe Frau"[11] insbesondere bei einer heterogenen Bevölkerungsstruktur problematisch

sei. Zudem würden die einzelnen Abgeordneten „das ganze Volk“ vertreten und seien laut Grundgesetz nur ihrem Gewissen verpflichtet. Dass dieses Volk aus Frauen und Männern besteht, ist in diesem auf Ganzheit zielenden Repräsentationsverständnis nicht relevant.[12] Ein weiterer Einwand: Diese Sicht verkenne die eminent wichtige Rolle der Parteien bei der Interessenvertretung. Und schließlich garantiere ein höherer Frauenanteil auch nicht automatisch das Eintreten für geschlechtergerechte Politikinhalte.

Es zeigt sich aber, dass die Vertretung gleichstellungsrelevanter Inhalte umso wahrscheinlicher ist, wenn Frauen repräsentiert sind. So kam eine Studie für den Deutschen Bundestag 2011 zu dem Schluss, dass weibliche Bundestagsabgeordnete eher frauenpolitische Interessen vertreten als Männer, dies aber auch abhängig vom parteipolitischen Kontext ist. Die Unterrepräsentanz von Frauen führt nun dazu, dass wichtige gleichstellungspolitische Weichenstellungen zu zögerlich bzw. zu spät erfolgen (prominentes Beispiel: die Entgeltgleichheit bei gleicher/gleichwertiger Arbeit).[13]
Zudem gilt: Männer und Frauen haben die gleichen Rechte an politischen Entscheidungen mitzuwirken und sie zu beeinflussen. Die Monopolisierung der politischen Macht durch ein Geschlecht ist ungerecht.[14]
Das Grundrecht auf **Gleichheit vor dem Gesetz** und **Gleichberechtigung von Frauen und Männern** hat deshalb im Grundgesetz mit Artikel 3 einen hohen Rang erhalten. Artikel 3 Abs. 2 GG („Männer und Frauen sind gleichberechtigt“) ist im Zuge der Wiedervereinigung weiterentwickelt und ergänzt worden: Die 1991 eingesetzte Gemeinsame Verfassungskommission (GVK) war aufgefordert worden, auch den Gleichberechtigungsartikel zum Gegenstand ihrer Beratungen zu machen, da mit dem bestehenden Satz zwar die formale, nicht jedoch die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern erreicht worden sei. Vor allem wurde um die Frage gerungen, ob eine sogenannte „Kompensationsregelung“ zulässig sei. Hier ging es also um die Frage, inwieweit Frauen zum Beispiel im Arbeitsleben durch Fördermaßnahmen eine Bevorzugung erlangen dürfen. Schließlich einigte sich die GVK auf die Formulierung: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Damit wurde ein klarer Auftrag an den Staat formuliert, die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv voranzubringen. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bildet die 1994 verabschiedete Verfassungsergänzung damit die Rechtsgrundlage für Gleichstellungsgesetze.

Ein drittes gewichtiges Argument ergibt sich aus den **Wahlrechtsgrundsätzen der allgemeinen und gleichen Wahl** (Artikel 38 Abs. 1 GG) – das Kernstück der Demokratie – in Verbindung mit dem passiven Wahlrecht, also dem Recht, gewählt zu werden. Der Grundsatz der „Allgemeinheit“ untersagt den Ausschluss von Personengruppen, z.B. aufgrund ihres Geschlechts. Die passive Wahlgleichheit von Frauen, die die tatsächliche Chancengleichheit von Kandidatinnen voraussetzt, wird in der Praxis jedoch unterlaufen.[15] Das heißt: In einer repräsentativen Demokratie müssen alle die gleiche Chance haben, vom Repräsentierten zum Repräsentanten zu werden. Es genügt nicht, einzelne Führungspositionen in Regierung und Verwaltung mit Frauen zu besetzen. Die Volksvertretungen müssen insgesamt paritätisch besetzt werden. Anders ausgedrückt: Solange Frauen keinen gleichberechtigten Zugang zu politischen Ämtern haben, sie nicht die gleichen Rechte wahrnehmen können und ihnen die Kandidatur durch strukturelle Benachteiligungen beim Zugang zu den Wahlämtern erschwert wird, ist die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht verwirklicht. Nur durch die gleichberechtigte Mitwirkung beider Geschlechter an politischen Entscheidungen kann echte Gleichheit in der Gesellschaft erreicht werden.[16]

Was genau sind die Ursachen für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik?

Zeit, nach dem Warum zu fragen!

Zu den Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik

Warum sind Frauen in der deutschen Politik auf allen Ebenen noch immer unterrepräsentiert? – so lautete eine der zentralen Fragen, die wir im September 2019 gemeinsam mit Politikerinnen aus der Region Aachen in einem Workshop diskutierten.
Das Ziel: Mehr Frauen für die politische Arbeit interessieren.
Die Antworten sind vielschichtig – es spielen historische, soziale, wirtschaftliche und strukturelle Faktoren eine Rolle.
Das folgende Kapitel basiert auf Studien, Beiträgen aus der einschlägigen Literatur und der Presse sowie den Ergebnissen des Workshops.

Politisches Interesse von Frauen

„Bei Frauen sind die Lust auf Politik und der Gestaltungswille nicht so stark ausgeprägt wie bei Männern", heißt es oft. Mangelt es also an politikinteressierten Frauen? Ein Indikator kann das Ausmaß der politischen Beteiligung von Frauen sein. Zu den Formen politischer Partizipation zählen neben der Mitgliedschaft in politischen Parteien, etwa die Teilnahme an Wahlen und Demonstrationen oder die Arbeit in Bürgerinitiativen. Schon der Blick auf die Wahlbeteiligung zeigt, dass Frauen ihr Recht ebenso aktiv wahrnehmen wie Männer: Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung der Frauen bei 76,0 %, bei den Männern bei 76,3 %. Auch bei Bürgerinitiativen und Demonstrationen gibt es keine gravierenden Unterschiede.

Gleichwohl belegt der Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales: Die Zahl der Frauen mit „starkem" bis „sehr starkem" Interesse an Politik steigt zwar seit Jahren (von 21,3 % in 1995 auf 32,3 % in 2018) – ist unter den Männern aber höher (50,8 % in 2018).[17] Bettina Westle, Professorin für Demokratieforschung an der Universität Marburg, sieht einen Grund dafür in der sozialen und kulturellen Prägung. „Frauen werden politikferner sozialisiert. Sie werden in der Kindheit seltener mit Politik konfrontiert als Jungen."[18] Später würden viele Frauen in politikferneren Berufen arbeiten und weniger verdienen – je höher das Gehalt, desto stärker sei auch das politische Interesse, so Westle. Auch das geschlechterspezifische Rollenverständnis spielt dabei eine Rolle. Frauen und Mädchen gelten als emotional, fürsorglich, kommunikativ. Männer und Jungs werden als rational, technikaffin, erfinderisch gesehen. Und das hatte stets auch Auswirkungen auf die Wahl des Ausbildungsberufs oder Studienplatzes. Aber ist das auch heute noch so? Ein Blick auf die Top 3 der Berufsgruppen im aktuellen Bundestag (Juristen, Wirtschafts- und Politikwissenschaftler*innen) stellt dies infrage: Denn sie kommen aus Studiengängen, in denen Frauen aufgeholt und überholt haben. Im Wintersemester 2018/19 lag der Frauenanteil unter den Studienanfänger*innen im ersten Hochschulsemester in den Rechtswissenschaften bei 61 %, in den Wirtschaftswissenschaften bei 49 % (im gesamten Studienbereich der Wirtschaftswissenschaften bei 52 %) und in den Politikwissenschaften bei 50,5 %. Auch Platz 4 – Lehramt – ist bei Frauen besonders beliebt.[19]

> „Frauen werden politikferner sozialisiert. Sie werden in der Kindheit seltener mit Politik konfrontiert als Jungen."

Geschlechterstereotype dieser Art verhindern die Förderung weiblicher politischer Talente und führen dazu, dass Frauen eher zögern Verantwortung zu übernehmen.[20] Zu diesem Schluss kommt auch das Forschungsprojekt FRIDA (Demokratie – Partizipation – Vielfalt. Frauen in der Kommunalpolitik im ländlichen Raum), das an der Hochschule Landshut der Frage nachging: Was motiviert Frauen für die Politik? Die fehlende Wertschätzung und Kritik von außen, das ständige Absprechen von politischer Kompetenz, sowie die eigene Angst, nicht genug über Politik zu wissen, um sich zu beteiligen, wurde von den befragten jungen Frauen nicht nur thematisiert, sondern war auch Teil ihrer Selbstwahrnehmung: Das eigene politische Interesse und Wissen wurde von den Teilnehmerinnen heruntergespielt, obwohl sie durchaus Wissen und feste Meinungen zu politisch relevanten Themen hatten.[21]

Frauen und Ehrenamt

Politik fängt nicht erst mit dem Mandat, sondern schon vorher an. Viele Politiker*innen waren vor der Übernahme des Mandats oder politischen Ehrenamtes in bürgerschaftlichen Zusammenschlüssen, Parteien, kommunalpolitischen Gremien engagiert. Ein weiter häufig angeführter Grund steht deshalb in Zusammenhang mit dem Ehrenamt: Frauen engagierten sich seltener ehrenamtlich, weshalb auch weniger von ihnen in der Politik wirklich ankämen. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums aus 2017 zum freiwilligen Engagement[22] zeigt, dass sich Frauen mit 41,5 % insgesamt zwar etwas seltener freiwillig engagieren als Männer (45,7 %). Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede je nach Alter: In den Altersgruppen 14 bis 19, 35 bis 39, 40 bis 44 und 45 bis 49 Jahre engagieren sich mehr Frauen als Männer (ein Plus von bis zu 5,6 % pro Alters-

stufe). Ein Grund für diese Unterschiede könnte sein, dass sich die Lebenssituationen von Frauen und Männern in den verschiedenen Altersgruppen stark voneinander unterscheiden, was auch zu Schwankungen im Engagement führt. Folglich sind in den Altersstufen zwischen 20 und 34 Jahren weniger Frauen als Männer freiwillig politisch aktiv, weil das die Lebensphase ist, in der sie eine Familie gründen und Kinder bekommen.

Geschlechterunterschiede werden auch an den gesellschaftlichen Feldern sichtbar, in denen sie aktiv sind: Frauen engagieren sich häufiger im sozialen oder Gesundheitsbereich als Männer – also Bereiche, in denen sie beruflich und privat unterwegs sind. Das ehrenamtliche Engagement im Kindergarten oder im Elternbeirat und die erlebten Missstände in diesen Bereichen, sind für viele Frauen überhaupt erst der Auslöser, ein kommunalpolitisches Amt anzustreben.[23] Für Politik und politische Interessenvertretung setzen sich in ihrer Freizeit dagegen etwas mehr als doppelt so viele Männer als Frauen ein (5,0 % zu 2,3 %). Und das hat seine Gründe: „Politisches Engagement könnten sich Frauen oft schlicht nicht leisten"[24], so Helga Lukoschat, Politikwissenschaftlerin und Vorsitzende der *Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF)*. Denn politisches Engagement im Gemeinderat oder Kreistag ist ein Ehrenamt, für das eine junge Mutter neben Hauptberuf und Familie erstmal Zeit finden muss. Die Sitzungen beginnen meist spätnachmittags und können bis zum Abend andauern – neben Ausschüsse und Versammlungen des Ortsvereins. So kommen pro Woche allein für das Ehrenamt schnell zehn Stunden oder mehr zusammen. Dagegen sind sozial-karitative Ehrenämter für Frauen meist besser in den Tagesablauf zu integrieren. Da diese aber oftmals keine eigenen Entscheidungsbefugnisse beinhalten, sind Frauen auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten seltener in Leitungsfunktionen und Vorständen wiederzufinden, was ungleiche Beteiligungschancen in Gremien, Verbandsarbeit und Politik zur Folge hat.[25]

Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik

Um diesen Dreifach-Spagat zwischen Familie, Beruf und politischem (Ehren-)Amt zu meistern, sind kreative Lösungen wie Absprachen und ggf. Neuverteilung von Aufgaben rund um Haushalt und Kinderbetreuung gefragt. Männliche Politiker haben diese Sorge oft nicht: Gemäß einer Untersuchung mit dem Titel „Frauen führen Kommunen" der EAF aus 2014 geben besonders die älteren männlichen Befragten mehrheitlich an, dass ihre Frau beruflich kürzertrete und ihrem Mann den Rücken freihalte. Demgegenüber benennen Bürgermeisterinnen auf die Frage hin, was die wichtigsten Erfolgsfaktoren für ihre Karriere seien, die Unterstützung von Partner*in und Familie als entscheidendes Kriterium – und zwar viel häufiger als ihre männlichen Kollegen. Eine kommunalpolitische Führungsposition ist mit einem hohen Arbeitspensum und langen Arbeitszeiten verbunden. Die Dauerbelastung ist hoch. Nahezu die Hälfte der hauptamtlichen Bürgermeister*innen ist nach eigenen Angaben 50 bis 60 Stunden pro Woche tätig, knapp ein Drittel bis zu 70 Stunden und etwas mehr als ein Zehntel bis zu 80 Stunden. Nicht nur im Rathaus. Denn wer gewählt werden will, muss für andere sichtbar sein – im Ort, auf Vereinsfeiern, Dorfesten, am Stammtisch. Familie und Privates müssen sich den Anforderungen des Amtes anpassen. Die Mehrheit der Bürgermeisterinnen ist daher über 50 Jahre alt, ihre Kinder sind bereits erwachsen. In den Jahren davor organisieren Frauen ihren beruflichen Alltag meist um die Kinderbetreuungszeiten herum, während die männlichen Kollegen gezielt ihre politischen Karrieren vorantreiben und abends auch mal länger machen (können).[26]

Die Mehrheit der Bürgermeisterinnen ist über 50 Jahre alt, ihre Kinder sind bereits erwachsen.

Besonders in ländlichen Regionen kommt eine traditionelle Rollenverteilung hinzu – dort, wo die Kinderbetreuungsmöglichkeiten nur dürftig ausgebaut sind und Familie und Mandat sich noch schwerer vereinbaren lassen. Der „mental workload“ und die Verantwortung für die Organisation der Familie liegt in vielen Fällen bei den Frauen. Ihre Auslastung ist höher, als das nach außen sichtbar ist. Sie leisten mehr als anderthalbmal so viel unbezahlte Sorge- und Hausarbeit wie Männer, wodurch gerade weibliche Gemeinde-, Stadtrat- und Kreistagsmitglieder ein sehr viel geringeres Zeitbudget für Beruf und Ehrenamt zur Verfügung haben. Ein Mann wird nicht gefragt, ob er sich ein politisches Amt als junger Vater wirklich zutraut und wie er es mit der Familie vereinbaren kann. Einer Frau wird diese Frage in ihrer politischen Laufbahn häufig gestellt.

„Platzhirsch-Problem“

Die Einbindung in informelle Entscheidungs- und Machtstrukturen ist von entscheidender Bedeutung für den politischen Karriereweg. Da aber Frauen später in Parteien eintreten und weniger gut parteiintern vernetzt sind als ihre männlichen Kollegen, haben sie schlechtere Chancen, von der Partei nominiert zu werden. Untersuchungen belegen zudem: Männer nominieren tendenziell eher Männer. Frauen würden meist erst dann nominiert, wenn die Situation als aussichtslos oder verfahren gilt und kein Mann kandidieren will (zum Beispiel, weil die Erfolgschancen zu gering sind) oder weil sich die Partei durch die „Frauenkarte“ bessere Gewinnchancen ausrechnet, so Lukoschat. Überdurchschnittlich oft sind Frauen dann jedoch die Überraschungssiegerinnen – und werden bei der nächsten Wahl wiedergewählt.[27] Ähnliche Strukturen und Vorgehensweisen zeigen sich auch auf der Ministerialebene: Studien belegen, dass Vorgesetzte eher diejenigen begünstigen, die ihnen ähnlich sind: weiß, männlich, ähnliche Ausbildung, ähnlicher Hintergrund, bis hin zum gleichen Namen. Zudem seien Bewerbungsverfahren für wichtige Posten nicht selten so zugeschnitten, dass keine Frau dafür infrage komme, deckte ZEIT Online 2018 auf.[28]

Politische Kultur

Die EAF machte 2014 in einer Befragung männlich dominierte Machstrukturen in den Parteien als entscheidende Ursache für die Unterrepräsentanz von Frauen in den kommunalen Spitzenpositionen aus. 57 % der von ihr befragten Bürgermeisterinnen zeigten sich unzufrieden mit der politischen Kultur: etwa mit Arbeitsklima und Arbeitsweise, Sitzungs- und Redekultur sowie der Abwertung, Marginalisierung und Ungleichbehandlung von Frauen. Dadurch würden die Zugangs-, Betätigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb von Parteien massiv behindert.[29] Sie berichteten von „Grabenkämpfen“, „Mobbing“, „Profilierungssucht“ und „Vetternwirtschaft“ und kritisierten, dass oft zu wenig sachorientiert und zu sehr im Sinne persönlicher (Macht-)Interessen agiert werde. „Endlosdiskussionen“ und „monologartige Vorträge“ verlangsamten die Entscheidungsfindung.

„Mit der wird das nix“

Politikerinnen machen häufig die Erfahrung, dass an sie andere Maßstäbe angelegt werden als an ihre männlichen Kollegen: Man müsse sich erstmal beweisen – und zwar als Frau, nicht als Mensch. Sie würden öfter unterbrochen, ihre Redebeiträge hätten weniger Gewicht. Gerade zu Beginn ihrer politischen Karriere sehen sie sich nicht selten mit Fragen konfrontiert, die weniger auf Inhalte und die eigene Haltung abzielen, sondern auf das Private: was denn Mann und Kinder zu ihrem politischen Engagement sagen würden und wie sie das denn so hinbekommen wolle. Oder es geht ums Aussehen.[30] Die politische Karriere von Ulla Schmidt begann Anfang der 90er Jahre mit einem Spruch: „So hässlich bist du doch gar nicht, dass du in die Politik gehen musstest.“[31] Für die Kolumnistin Margarete Stokowski sind Frauen vor allem dann die erste Wahl, „wenn alles vor die Wand gefahren ist“[32] Prominentes Beispiel: Andrea Nahles – die erst dann ins Steuerhaus durfte „als der Schulz-Zug entgleist war.“ Der Soziologe Klaus Theweleit beobachtet dieses Verfahren, die Reparatur renommierter Institutionen, die Männer zu Bruch gefahren haben, Frauen zu überlassen, schon seit Jahren – nicht nur in der Politik. Insbesondere sieht er hinter den Reaktionen auf Andrea Nahles’ Erscheinungsbild (weite Klamotten über Körper-

fülle; lautes Sprechorgan) aus den „Netznachrufen" eine ganz bestimmte Auffassung: „Sieht doch jeder: Mit der an der Spitze wird das nix … mit der Erscheinung … das konnte einfach nicht gehen auf Dauer". Für Theweleit ist der Umgang mit Politikerinnen wie Andrea Nahles, Teresa May und Annegret Kramp-Karrenbauer Ausdruck eines neuen Anti-Feminismus.[33] Züge von Mobbing sowie offener und subtiler Diskriminierung offenbaren sich nicht nur, aber umso verschärfter in der Onlinewelt (natürlich nicht nur gegenüber Frauen). „Man muss verstehen, wie massiv Frauen mittels digitaler Gewalt aus der Politik und dem öffentlichen Leben gedrängt werden", so Ines Kappert, Leiterin des Gunda-Werner-Institus für Feminismus der Heinrich-Böll-Stiftung gegenüber ZEIT Online.[34]

Eine Repräsentativerhebung, die die Universität Leipzig 2016 in Kooperation u.a. mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Rahmen der „Mitte"-Studien deutschlandweit durchführte ergab: Etwa die Hälfte der Befragten leugnet die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft und im Beruf oder nimmt sie nicht zur Kenntnis („moderner Sexismus"). Rund 22 % der Befragten vertritt sogar die Meinung, dass sich Frauen wieder mehr auf ihre Rolle als Ehefrau und Mutter besinnen sollten. Über 17 % der Befragten waren der Meinung, für eine Frau solle es wichtiger sein, ihren Mann bei seiner Karriere zu unterstützen, anstatt selbst Karriere zu machen (traditioneller Sexismus). Der moderne Sexismus ist demnach weitaus häufiger als der traditionelle Sexismus. Dieser ist durch die Leugnung der Diskriminierung von Frauen charakterisiert – politische Anstrengungen zu mehr Gleichberechtigung werden mithin als Angriff auf Etabliertenrechte und als Begünstigung von Frauen verurteilt. Das Brisante daran: Solche Einstellungen finden sich laut Studie nicht nur in rechtsextremen und -populistischen Gruppierungen und Parteien wieder, sondern – mit unterschiedlichen Ausprägungen – in allen Parteien, Altersgruppen, Bildungsniveaus und Erwerbsstatusgruppen.[35]

Eine Kultur kann sich erst dann wandeln, wenn die Träger und Meinungsführer dieser Kultur ihre unbewussten und handlungsleitenden Glaubenssätze erkennen und kritisch hinterfragen.

Mythen erkennen und hinterfragen!

Solche Glaubenssätze, nicht hinterfragten Denkgewohnheiten, impliziten Erwartungen, die das Klima in der Gesellschaft, der Politik oder in Unternehmen bestimmen, sind meist unsichtbar. Das macht die Sache so kompliziert, denn eine Kultur kann sich erst dann wandeln, wenn die Träger und Meinungsführer dieser Kultur ihre unbewussten und handlungsleitenden Glaubenssätze erkennen und kritisch hinterfragen. Doch das sei in Bezug auf Geschlechterstereotype gar nicht so einfach, so Christiane Funken, Professorin der Soziologie mit Schwerpunkt auf Geschlechter- und Organisationsforschung. Denn die Glaubenssätze und Leitbilder über das andere Geschlecht speisen sich aus Vorstellungen, die das Zusammenleben über Jahrhunderte hinweg geregelt haben. Sie haben eine Geschlechterordnung begründet, die durch höchst ungleiche Macht- und Chancenverteilung gekennzeichnet ist und die Gestaltungsräume von Frauen und Männern unterschiedlichen Sphären zuordnet: Den Männern war der öffentliche Raum zugedacht, in dem Macht repräsentiert, akkumuliert und ausgeübt wird – also Wirtschaft und Politik, wirkmächtige Entscheidungszirkel und gesellschaftliche Institutionen (Kirche, Recht, Bildung etc.). Frauen blieb die private Sphäre häuslicher Einflussnahme überlassen. Es verstehe sich von selbst, dass die Bewohner der Machtsphäre von jeher versucht haben, ihr Privileg gegen alle weiblichen Forderungen nach Teilhabe zu verteidigen, so Funken.[36] Hier wirken auch historische Weichenstellungen nach: Die Institutionen, die Verfahren und Spielregeln der neuzeitlichen Demokratie entstanden im 19. Jahrhundert explizit unter Ausschluss von Frauen.[37] Demokratie und Partizipation wurden bis ins 20. Jahrhundert hinein als männlich gedacht, konzipiert und praktiziert. „Während die Einbeziehung von immer mehr

Männern im Verlauf des 19. Jahrhunderts häufig sogar von oben oktroyiert wurde, blieb Frauen das Wahlrecht trotz ihres Engagements über Jahrzehnte verwehrt.
Und dieser Ausschluss gestaltete sich bis zum Ende des 19. Jahrhunderts bemerkenswert unumstritten und stabil", so Hedwig Richter.[38]

Ein weiterer Grund für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik liegt in den **strukturell bedingten Benachteiligungen**, die sich auf die Beteiligungschancen und -möglichkeiten von Frauen auswirken:

Aussichtsreiche Direktkandidatenplätze sind eher männlich besetzt

Dass der Frauenanteil im Bundestag und zahlreichen Länderparlamenten rückläufig ist, liegt auch an der veränderten Parteienlandschaft – genauer: am Wahlerfolg von FDP und AfD. Die Fraktionen der FDP mit 22,5 % und AfD mit nur 11 % weisen (neben der CDU/CSU mit 20,7 %) einen unterdurchschnittlichen Anteil an weiblichen Bundestagsabgeordneten auf. Dagegen haben die Parteien, die traditionell für höhere Frauenanteile sorgen (Bündnis 90/Die Grünen: 58,2 %, Die Linke: 53,6 %, SPD: 42,8 %) bei der Wahl 2017 Verluste oder nur minimale Zugewinne erzielt. Auch die Union hat bei den Zweitstimmen deutlich verloren; durch Überhangmandate (43 der insgesamt 46)[39] ist der Anteil der Wahlkreisabgeordneten in der CDU/CSU-Fraktion jedoch gestiegen.

Da viele Wahlkreise, besonders die aussichtsreichen, von und mit männlichen Abgeordneten „besetzt" werden, Frauen dagegen viel seltener von Parteien als Wahlkreiskandidat*innen nominiert werden, gilt: **Je mehr Sitze im Parlament als Direktmandate vergeben werden, desto niedriger ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten.** Für Frauen kommt erschwerend hinzu, dass für die Kandidatur auf ein Direktmandat materielle und immaterielle Ressourcen wie Zeit, Geld und soziales Netzwerkkapital notwendig sind, über die Frauen in der Regel in geringerem Maße verfügen.[40] Männer kommen zudem häufiger auf die aussichtsreicheren Listenplätze als Frauen. Zur Bundestagswahl 2017 war auf den Landeslisten der Parteien jeder dritte Kandidat eine Frau. In den 299 Wahlkreisen war nur jeder vierte Direktkandidat weiblich.[41] Direkt gewählt wurden 64 Frauen (21 %) und 235 Männer (79 %). Die Chance auf einen günstigen Listenplatz zu kommen oder von der eigenen Partei als Direktkandidat*in aufgestellt zu werden, ist somit in der Praxis nicht für alle gleich.

In diesem Zusammenhang ist daher von **struktureller Benachteiligung beim Zugang zu den Wahlämtern** die Rede. Das Wahlsystem, die Ausgestaltung des Wahlrechts und parteiliche Kandidatenauswahlprozesse haben demnach erheblichen Einfluss darauf, ob und in welchem Maße Frauen in der Politik vertreten sind. Ein Großteil der Parteien hat sich auf freiwilliger Basis eigene Regeln für die Repräsentanz der Geschlechter auf Wahllisten und Ämter gegeben. Diese reichen aber offensichtlich nicht aus, zumal keine der Parteien wirksame Sanktionen bei Nichterfüllung vorsieht.[42]

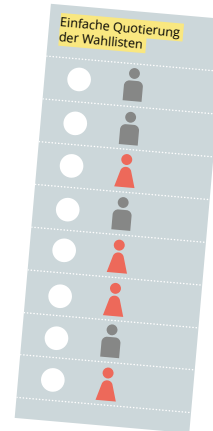
Das Wahlsystem, die Ausgestaltung des Wahlrechts und parteiliche Kandidatenauswahlprozesse haben demnach erheblichen Einfluss darauf, ob und in welchem Maße Frauen in der Politik vertreten sind.

Was ist der Weg zu Parität?

Diskutierte Modelle

Die Hürden und strukturellen Benachteiligungen von Frauen in der Politik machen deutlich, wie wichtig innerparteiliche Regelungen und gesetzliche Rahmenbedingungen für eine geschlechtergerechte Repräsentation sind. Gerade die Entwicklung des Frauenanteils im Bundestag, der in der aktuellen Legislaturperiode so groß wie nie zuvor ist, zeigt, dass dieser keinem linearen Wachstum folgt. Ohne Gegensteuern und aktives Handeln wird der Frauenanteil nicht nur auf einem ohnehin geringen Niveau bleiben, sondern weiter sinken. National wie international diskutierte, in Deutschland teils auch schon praktizierte Modelle zur Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten werden im Folgenden vorgestellt.[43] Im Wesentlichen gibt es zwei Konzepte: Parteiinterne Quoten, durch welche sich die politischen Parteien freiwillig selbst verpflichten, auf den Wahllisten ein konkret festgelegtes Verhältnis zwischen Männern und Frauen einzuhalten und ein Paritätsgesetz, welches vorschreibt, dass die Plätze auf den Wahllisten der Parteien gleichberechtigt an Frauen und Männer verteilt werden.

Bei Listen- und Direktmandaten



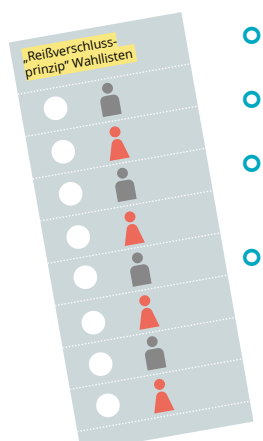
Quotierung der Wahllisten

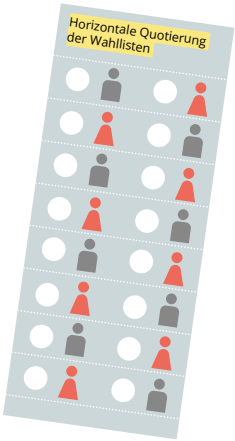
Quotierungen werden in Deutschland über freiwillige Regelungen der Parteien teils bereits umgesetzt.

- Bei der **einfachen Quotierung** muss die festgeschriebene Mindestquote beider Geschlechter auf den Wahllisten der Parteien erreicht werden.
- Neben einer paritätischen 50-%-Geschlechterquote gibt es auch Regelungen mit festgelegter Mindestquote (etwa 30 oder 40 %).
- Da Frauen meist auf den hinteren, weniger aussichtsreichen Listenplätzen zu finden sind, zeigt eine solche Quotierung im Ergebnis eher wenig Wirkung.

„Reißverschlussprinzip“ für Wahllisten

- Die einfache Quotierung der Wahllisten erweist sich als deutlich effektiver, wenn Frauen und Männer „alternierend“ (d.h. abwechselnd bzw. im „Reißverschluss“), aufeinander folgen.
- Somit wird weitestgehend sichergestellt, dass 50 % der Listenmandate an Frauen gehen.
- Die Kandidat*innen werden auf den vorderen, mittleren und hinteren Listenplätzen platziert.
- Zusätzlich kann festgelegt werden, dass Frauen die ungeraden Listenplätze zustehen (sie also auf Platz 1 und 3 usw. stehen)
- Eine alternierende Besetzung der Listen ist bei Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der SPD bereits Praxis.





Horizontale Quotierung der Spitzenplätze

- Mit dieser Form der Quotierung kann sichergestellt werden, dass es möglichst viele Frauen in die Volksvertretung schaffen.
- Ein bestimmter Anteil der vorderen Listenplätze einer Partei muss mit Frauen besetzt werden.
- Bei einer paritätischen Quotierung wäre somit die Hälfte der vorderen Listenplätze Frauen vorbehalten.

Quote: Für und Wider

„Quoten sind ungerecht – sie bevorzugen Frauen und benachteiligen Männer."

„Quoten stellen Gerechtigkeit her, indem sie die strukturelle Bevorzugung von Männern in der Politik ausgleichen."

„Quoten sind undemokratisch."

„Paritätische Quoten zielen auf gleiche Zugänge zur politischen Macht – unabhängig vom Geschlecht. Dies gehört im 21. Jahrhundert zum Anspruch der modernen Demokratie."

„Quotierte Listen schränken das aktive Wahlrecht der Wähler*innen ein."

„Listen, die paritätisch besetzt sind, berühren nicht das aktive Wahlrecht. Bei Kommunalwahlen bleibt es möglich, zu kumulieren und zu panaschieren."

„Wenn eine Geschlechterquote eingeführt wird, muss auch für andere Gruppen Quoten eingeführt werden."

„Frauen sind keine Gruppe bzw. Minderheit. Sie stellen über die Hälfte der Bevölkerung dar."

„Quotierte Listen machen Frauen zu ‚Quoten-Frauen'."

„Auf paritätisch besetzten Listen wären Frauen ‚Quoten-Frauen' und Männer ‚Quoten-Männer'."

„Geschlechterquoten in der Politik sind verfassungswidrig"

„Nach der Ansicht einiger Verfassungsrechtler*innen könnte diese Vorgabe per Gesetz im Wahlrecht verankert werden."

Bei Direktmandaten

Mit einer Quotierung der Direktkandidaturen sind größere verfassungsrechtliche Bedenken verbunden, da eine Quote hier noch stärker in die Wahl und Parteienfreiheit eingreifen würde. Folgende Vorschläge werden diskutiert:

Tandem-Modell

- Pro Wahlkreis werden zwei Sitze (statt eines Sitzes) an ein „Tandem“ vergeben. Jede politische Partei stellt eine Frau und einen Mann auf.
- Nur paritätische Vorschläge werden zugelassen.
- Die Wähler*innen geben, wie bisher, nur eine Stimme für den Wahlkreisvorschlag (das Tandem) einer Partei ab.
- Gewählt ist das Tandem, das die meisten Stimmen erhält.
- Um die Größe des Parlaments nicht zu verdoppeln, müsste die Anzahl der Wahlkreise vorher halbiert werden.

Wahlkreis-Duos

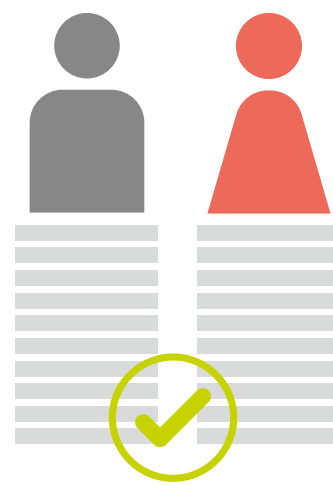
- Jede politische Partei stellt jeweils einen Mann und eine Frau als Wahlkreiskandidat*in auf.
- Die Wähler*innen vergeben zwei Erststimmen jeweils an einen Mann und eine Frau (auch aus unterschiedlichen Parteien)
- Gewählt wären der Kandidat und die Kandidatin mit den meisten Stimmen.
- Auch bei diesem Modell müsste die Anzahl der Wahlkreise halbiert werden.

Ausgleich über die Wahlliste

- Bei der Verteilung der Mandate muss die Überrepräsentanz eines Geschlechts bei den Direktmandaten ausgeglichen werden.
- Die Anzahl der Wahlkreise und die Direktwahlelemente bleiben unverändert.

Wechsel zum Einstimmenwahlrecht

- Direktmandate würden abgeschafft.
- Die Listen müssten im Reißverschlussverfahren quotiert werden.
- Bei einem reinen Verhältniswahlrecht würden keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr entstehen (der Bundestag könnte nicht weiter anwachsen).



Frauanteile und das Gesetz

Parität und Verfassung in Deutschland

Der Rückgang der Frauenanteile in der Politik demonstriert: Freiwillige Selbstverpflichtungen der Parteien bzw. parteiinterne Quoten allein reichen nicht aus. Ohne verbindliche Regelungen ist keine gleichberechtigte Teilhabe zu erreichen. In Deutschland wird schon seit mehr als einem Jahrzehnt über Paritätsgesetze diskutiert. Inspiriert vor allem von den Erfolgen, die in Frankreich durch das Parité-Gesetz zu verzeichnen sind, bildeten sich auch in deutschen Bundesländern zahlreiche Initiativen. Landesfrauenräte, lokale Frauenverbände sowie Vertreter*innen der Parteien schlossen sich zusammen, um das Thema auf die öffentliche Agenda zu setzen – etwa der Deutsche Frauenrat mit seiner 2018 gestarteten Kampagne „Mehr Frauen in die Parlamente". Bundesweite, parteiübergreifende Netzwerke wie das Helene-Weber-Kolleg haben es sich zur Aufgabe gemacht, Akteur*innen zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und Argumente zu schärfen. Zugleich setzte eine Debatte um die Verfassungskonformität gesetzlicher Paritätsregelungen ein. Zwei Bundesländer haben 2019 einen Durchbruch erreicht: Brandenburg und Thüringen. Gegen beide Gesetze wurden Verfassungsklagen eingereicht.[44]

Brandenburg: erstes Parité-Gesetz

Im Rahmen des Jubiläums „100 Jahre Frauenwahlrecht" nahm die Debatte noch einmal an Fahrt auf. In Brandenburg brachte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2018 einen Gesetzentwurf für ein inklusives Parité-Gesetz in den Landtag ein. („Parité" nimmt auf das französische Gesetz Bezug, das 2001 in Kraft trat.) Das Vorhaben wurde über Monate durch zahlreiche Veranstaltungen, Publikationen und eine Unterschriftenkampagne („Wir fordern ein Parité-Gesetz für Brandenburg – jetzt!") begleitet. Der Durchbruch wurde am 31. Januar 2019 erreicht. Mit den Stimmen der Regierungsparteien SPD und Die Linke sowie mit Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen beschloss Brandenburg als erstes Bundesland ein Paritätsgesetz. Es war allerdings ein rot-rot-grünes „Kompromissgesetz", fehlten doch die von den Grünen geforderte Einbeziehung der Direktkandidaturen (bei Halbierung der Wahlkreise und Aufstellung von Wahlkreis-Duos) sowie ein effektiver Sanktionsmechanismus. Das Gesetz sieht vor, dass die Landeslisten der Parteien, die sich zur Wahl stellen, nach dem Reißverschlussverfahren und damit abwechselnd mit Frauen und Männern zu besetzen sind. Die Wahlversammlung entscheidet, ob eine Frau oder

ein Mann den ersten Platz einnimmt. Bei Verstößen gegen die Vorgaben zur paritätischen Besetzung hat der Wahlausschuss diese Wahlvorschläge zurückzuweisen. Falls eine abwechselnde Besetzung nicht durchgängig gegeben ist, werden diese Bewerber*innen aus der Liste gestrichen und die Liste muss neu gebildet werden. Brandenburgs Parité-Gesetz tritt im Juli 2020 in Kraft und soll erstmals bei den Landtagswahlen 2024 angewendet werden.

Parité-Gesetz Thüringen

Am 5. Juli 2019 folgte Thüringen als zweites Bundesland. Die Regierungsfraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen brachten im März 2019 einen gemeinsamen Gesetzentwurf ein. Das Gesetz unterscheidet sich in drei Punkten vom brandenburgischen Gesetz: Es ist klarer bei den Sanktionen, sieht keinerlei Ausnahmeregelungen vor und hat für Personen, die als „divers" registriert sind, eine Lösung gefunden. Wie auch in Brandenburg, sieht es die alternierende Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern vor. Auch hier entscheidet die Wahlversammlung der jeweiligen Partei, ob der erste Listenplatz an eine Frau oder einen Mann vergeben wird. Doch sieht es klare Sanktionen vor: Die Liste wird ab dem Platz zurückgewiesen, ab dem die paritätische Besetzung durchbrochen wird (Teilzurückweisung). Innerhalb einer bestimmten Frist können die Parteien eine Korrektur vornehmen. Anschließend muss die Liste neu eingereicht werden. Auch hier hatten im Vorfeld zahlreiche Aktionen stattgefunden – etwa die Kampagne „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen". Das Gesetz wurde nach einer Klage der AfD am 15. Juli 2020 von den Thüringer Verfassungsrichtern gekippt. Die Begründung: Die Freiheit der Wahl verlange, dass Wahlen nicht durch Zwang und Druck des Staates durchgeführt würden.

Paritätsvorhaben in den übrigen Bundesländern

In Nordrhein-Westfalen haben die Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen im Herbst 2019 einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht. Auch in Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Niedersachsen, Berlin und Bayern wurden Gesetzentwürfe vorgelegt oder sind in Arbeit. Da die Initiative für Paritätsgesetze meist von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen ausgeht, werden dem Großteil dieser Vorhaben aufgrund der aktuell vorherrschenden politischen Konstellationen und Mehrheitsverhältnisse aber kaum Chancen auf Erfolg eingeräumt. In Bayern und Sachsen sind entsprechende Gesetzentwürfe bereits im letzten Jahr abgelehnt worden.[45]

Vielerorts wird nun mit Spannung verfolgt, wie das Brandenburger Parité-Gesetz nach der Niederlage in Thüringen verfassungsrechtlich beurteilt wird. Denn das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs ist bundesweit die erste Entscheidung zu einem Paritätsgesetz und könnte Signalwirkung haben. Die AfD hält Paritätsgesetze für verfassungswidrig, weil sie in die Freiheit der Wahl und die Rechte der Parteien unzulässig eingreifen würden und reichte daher Klage ein. Die AfD hat bundesweit allerdings die wenigsten weiblichen Mitglieder und damit auch das größte Problem, Frauen für Wahlen aufzustellen. Das Thüringer Justizministerium verteidigte zuvor das Paritätsgesetz vor allem mit dem Gleichberechtigungsgebot im Grundgesetz und der Landesverfassung. Das brandenburgische Verfassungsgericht will nach bisherigen Angaben noch in diesem Jahr über die Beschwerde der Piratenpartei, der NPD, der AfD sowie einer Privatperson entscheiden.

Urteil in Rheinland-Pfalz

Das Landesverfassungsgericht in Rheinland-Pfalz untersagte 2014 in einer Eilentscheidung, auf Wahlzetteln das Gleichberechtigungsgebot sowie den Anteil der weiblichen Abgeordneten und der Kandidatinnen anzugeben.
Das Gericht sah hierin die Freiheit der Wahl verletzt.

Urteil in Bayern

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof wies im März 2018 eine Popularklage des Aktionsbündnisses „Parité in den Parlamenten" ab. Ziel der Klage war es, zu überprüfen, ob die bestehenden Wahlgesetze in Bayern gegen die Bayerische Verfassung verstoßen, weil sie die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung und die Beseitigung bestehender Nachteile verhinderten und eine effektive Einflussnahme des Volkes auf die Staatsgewalt

einschränkten. Begründet wurde das Urteil unter anderem mit der Neutralität des Wahlrechts und der Wahlrechtsgrundsätze, die weder Frauen noch Männer bevorzugten oder benachteiligten. Aus der Bayerischen Verfassung ergebe sich zudem „keine Pflicht des Gesetzgebers, die bisher geltenden wahlrechtlichen Bestimmungen um paritätische Vorgaben zu ergänzen".[46] Gegen das Urteil wurde Verfassungsbeschwerde eingereicht, über deren Zulässigkeit noch nicht entschieden wurde.

Paritätsgesetz auf Bundesebene?

Mit ihrem gemeinsamen Antrag (DS 19/16485) vom 14.01.2020 drängen Mitglieder der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen auf Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils im Deutschen Bundestag.[47] Auch in den Regierungsfraktionen von CDU/CSU und SPD wird seit 2018 intensiv über Paritätsregelungen diskutiert. Die angestrebte Wahlrechtsreform eröffnete nun die Möglichkeit, das Thema mit auf die Tagesordnung zu setzen. Durch die Dynamik der letzten beiden Jahre bildete sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Union, SPD, Grünen, Linken und FDP zum Thema. Bei der Bundestagsdebatte vom 16. Januar 2020 unter der Überschrift „Mehr Frauen in den Bundestag" wurde allerdings deutlich, dass die Chancen für ein Paritätsgesetz auf Bundesebene in naher Zukunft eher gering sind.[48] Union, FDP sowie AfD lehnten gesetzgeberische Maßnahmen bislang ab. Unter dem Titel „Keine Wahlrechtsreform ohne Parität" hat der Frauenrat Ende Januar einen Aufruf gestartet, diese Forderung in dem „historischen Zeitfenster" der Verhandlungen zur Wahlrechtsreform mit einem offenen Brief an die Abgeordneten des eigenen Wahlkreises zu stellen.[49]

Zur Debatte um gesetzliche Paritätsregelungen

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene bildet Artikel 3 Abs. 2 („Männer und Frauen sind gleichberechtigt.") und die 1994 verabschiedete Verfassungsergänzung in Abs. 2 GG („Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin") die Rechtsgrundlage für Gleichstellungsgesetze. Sie ist ein klarer Auftrag an den Staat, die Gleichberechtigung der Geschlechter aktiv voranzubringen. Die verfassungsrechtliche Debatte kreist im Wesentlichen um zwei Fragen: Erstens: Inwieweit greifen gesetzliche Vorgaben zur Parität in die Wahlrechtsgrundsätze der allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen (Art. 38 Abs. 1 GG) sowie in die Parteienfreiheit (Art. 21 Abs. 1 GG) ein? Zweitens: Sind mögliche Eingriffe durch das Gleichberechtigungsgebot von Art. 3 Abs. 2 GG und dessen Ergänzung von 1994 zu rechtfertigen? Wenn unterschiedliche Verfassungsgüter kollidieren, so müssen diese gegeneinander abgewogen und in Übereinstimmung gebracht werden. Die entsprechenden gesetzgeberischen Maßnahmen müssen geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein.[50]

Grundgesetz und Paritätsdebatte: Welche Artikel spielen eine Rolle?

ARTIKEL 3

Gleichberechtigungsgebot
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Diskriminierungsverbot
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

ARTIKEL 20

Volkssouveränität
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

ARTIKEL 21

Parteienfreiheit
(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

ARTIKEL 38

Wahlrechtsgrundsätze
(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Paritätsgesetze und Verfassungsmäßigkeit

Wahlrechtsgrundsätze

Kontra: „Paritätsgesetze greifen in die in Art. 38 GG festgeschriebenen Wahlrechtsgrundsätze ein: Sie beeinträchtigen die Freiheit der Wahl, da die vorschlagsberechtigten Personen nicht mehr alle potenziellen Kandidat*innen für bestimmte Listenplätze vorschlagen könnten. Auch die passive Wahlgleichheit wird eingeschränkt, wenn Kandidat*innen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem Geschlecht nicht mehr wählbar sind. Das Diskriminierungsverbot aus Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG verbietet aber eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts."

Pro: „Paritätsgesetze bedeuten eine Stärkung des Wahlrechtsgrundsatzes der Allgemeinheit der Wahl, welcher den Ausschluss einzelner Gruppen von politischer Einflussnahme etwa aufgrund ihres Geschlechts untersagt. Die passive Wahlgleichheit von Frauen setzt die tatsächliche Chancengleichheit von Kandidatinnen voraus, welche in der Praxis aber unterlaufen wird. Eingriffe in die Wahlrechtsgrundsätze der Freiheit und Gleichheit der Wahl sind daher zu rechtfertigen."

Parteienfreiheit

Kontra: „Paritätsregelungen greifen erheblich in die Parteienfreiheit (Art. 21 Abs. 1 GG) ein: Die autonome Auswahl der Personen, über die eine Partei an der politischen Willensbildung mitwirkt, gehört zum Kernbereich ihrer Betätigungsfreiheit. Sie schränken zudem die Chancengleichheit der Parteien ein, indem kleinere Parteien benachteiligt werden, da sie größere Schwierigkeiten haben könnten, ihre Listen paritätisch zu besetzen. Außerdem kann es Teil des politischen Programms einer Partei sein, Quoten abzulehnen und/oder ausschließlich die Interessen eines Geschlechts wahrzunehmen."

Pro: „Parteien tragen mit ihrer herausgehobenen Stellung, den damit verbundenen Rechten und Privilegien bis hin zur staatlichen Parteienfinanzierung eine besondere Verantwortung. Sie sind nicht nur demokratischen Grundsätzen für die innerparteiliche Organisation verpflichtet, sondern auch dem Demokratiekonzept des Grundgesetzes und dem Gleichberechtigungsgebot. Da Paritätsgesetze auf gleichberechtigte Teilhabe an der politischen Machtausübung abzielen und nicht auf das inhaltliche Profil von Parteien, wird die programmatische Freiheit der Parteien nicht beeinträchtigt. Ebenso wenig besteht eine Benachteiligung kleinerer Parteien, da es sich um eine zahlenmäßig überschaubare Anzahl an Kandidat*innen handelt."

Gleichberechtigungsgebot

Kontra: „Frauen werden bei der Aufstellung von Kandidat*innen durch die Parteien nicht benachteiligt. Da der Anteil der Kandidatinnen in der Regel über dem Anteil der weiblichen Parteimitglieder liegt, ist die erforderliche tatsächliche Chancengleichheit gegeben. Die zahlenmäßige Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen ist kein Beleg für strukturelle Benachteiligung, sondern ist lediglich als „statistisches Indiz" zu bewerten. Gegen diese massiven Eingriffe in die Wahlrechtsgrundsätze und die Parteienfreiheit reicht das Gleichberechtigungsgebot aus Art. 3. Abs. 2 Satz 1 GG nicht aus, um Paritätsgesetze unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu rechtfertigen.

Pro: „Das Grundgesetz setzt mit Art. 20 GG und der darin verankerten Volkssouveränität die gleichberechtigte Teilhabe und den effektiven Einfluss der Bürger*innen auf die Staatsgewalt voraus. Dies unterstreicht sowohl die jüngere Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts als auch das Demokratieverständnis der Europäischen Union im Lissabon-Vertrag. Nichtparitätisch besetzte Parlamente widersprechen diesem Demokratieverständnis und führen zu einem Mangel an demokratischer Legitimation. Das Gleichberechtigungsgebot in Art. 3 Abs. 2, Satz 2 GG ist zudem als aktiver Auftrag an den Staat zu verstehen.

Diese „grundlegenden Regeln der Demokratie", auf die sich die Gegner eines Paritätsgesetzes berufen sind unter Ausschluss von Frauen entstanden, was mit einem modernen Demokratieverständnis ebenfalls nicht zu vereinbaren ist (siehe dazu Kap. „Ursachen der Unterrepräsentanz von Frauen").[51]

Antworten der politischen Parteien

Frauenanteile und innerparteiliche Regelungen

Wie stehen die politischen Parteien dazu?

Das Wahlrecht, die Quotenregelungen und die Nominierungspraxis in den Parteien haben einen erheblichen Einfluss auf den Frauenanteil in Parlamenten und Gremien.

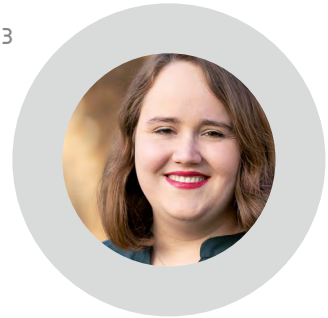
Wir haben die Parteivorstände der sechs Bundestagsparteien (CDU[52], SPD, Grüne, FDP, Linke, AfD) gefragt, was sie tun, um den Frauenanteil in ihrer Partei zu steigern.

Darum geht es im nächsten Kapitel. Die hier gewählte Reihenfolge der Parteien basiert nicht, wie meist üblich, auf der Anzahl an Sitzen oder Mitgliedern, sondern auf dem Frauenanteil. Wir beginnen also mit der Partei mit dem höchsten Anteil an Parlamentarierinnen.

Bündnis 90/Die Grünen

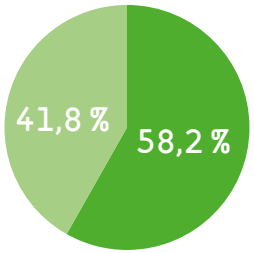
„Unser Anspruch ist die Hälfte der Macht den Frauen. Wenn man sich im Moment die Parlamente anschaut, sind wir davon weit entfernt. Das wollen wir ändern! Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie.“[53]

Ricarda Lang, Stellvertretende Bundesvorsitzende
und frauenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen



© Bündnis 90/Die Grünen

FRAUENANTEIL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BUNDESTAGSFRAKTION

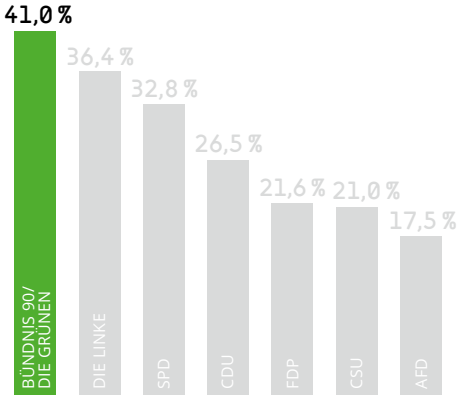


Weibliche Abgeordnete
Männliche Abgeordnete

+ 2,6 %
seit der letzten Legislaturperiode (ab 2013)

Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der Grünen-Fraktion bei 58,2 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Unser Anspruch war und ist: die Hälfte der Macht den Frauen. Für unsere Gremien und Fraktionen heißt das, dass mindestens 50 % der Mitglieder Frauen sein müssen. Unsere Bundestagsfraktion wird diesem Anspruch gerecht. Seit vielen Legislaturperioden liegt ihr Frauenanteil bei über 50 %. Darauf dürfen wir uns aber nicht ausruhen. Denn der jetzige Frauenanteil im Parlament, der niedriger ist als noch vor 10 Jahren, zeigt, dass Fortschritt nicht linear verläuft, sondern wir Errungenschaften immer wieder aufs Neue verteidigen müssen.

Was sind die Gründe dafür?

Dass der Frauenanteil insgesamt über 50 % liegt, hängt auch damit zusammen, dass es in unserer Partei fest institutionalisierte Maßnahmen gibt, um Frauen zu fördern und zu unterstützen, wie zum Beispiel eine Frauenquote von mindestens 50 %, und wir uns seit Jahrzehnten glaubhaft für Gleichberechtigung einsetzen.

Welche konkreten Maßnahmen und Regelungen tragen aus Ihrer Erfahrung dazu bei, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in politischen Ämtern zu erreichen und den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

Ein wichtiger Faktor ist sicherlich die Frauenquote von mindestens 50 %, die die Grüne Partei bereits seit Ende der 80er Jahre hat. Konkret heißt das: Bei jeder Listenaufstellung unserer Partei im Vorfeld von Wahlen – sei es für den Bundestag, Landtag oder die Kommunalparlamente – ist jeder zweite Platz ein Frauen-Platz. Der niedrige Frauenanteil in der Politik, aber auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Wirtschaft, zeigt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen nicht ausreichen. Die Frauen-Quote ist ein grünes Erfolgskonzept, das sich bewährt hat. Und das wir bis hin zu unseren höchsten politischen Ämtern umsetzen: Sowohl der Fraktionsvorstand als auch der Bundesvorstand werden von einer Doppelspitze geführt. Gleichzeitig dürfen Frauenquote und Doppelspitze-Regelungen nicht alleine gedacht werden, sondern müssen von weiteren Maßnahmen flankiert werden. Das sind zum einen Förderprogramme, die auf Frauen ausgerichtet sind und diese unterstützen. Zum anderen arbeiten wir seit langer Zeit daran, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Vereinbarkeit von Familie und politischem Engagement sicherstellen. Bei alledem ist klar, dass all diese Maßnahmen darauf abzielen, dass wir irgendwann in einer Gesellschaft leben, in der das Geschlecht nicht mehr über politische Einbringungsmöglichkeiten entscheidet. Das Ziel der Quote ist also immer, sich selbst irgendwann überflüssig zu machen. Der allgemeine Frauenanteil im Bundestag zeigt jedoch, dass wir davon noch weit entfernt sind.

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN:

50 %

Frauenquote von mindestens 50 % für Parteiämter, Mandate und Listenplätze

Wahllisten sind alternierend mit Frauen und Männern zu besetzen, wobei die ungeraden Plätze Frauen zur Verfügung stehen.

In Versammlungen reden Frauen und Männer abwechselnd. (Frauenstatut von Bündnis 90/ Die Grünen § 1 und 2)

Mann-Frau-Doppelspitze sowohl im Bundes- als auch im Fraktionsvorstand

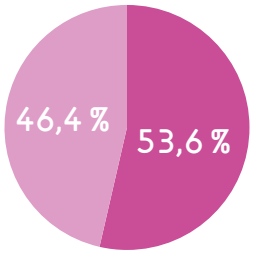
Die Linke

„Damit Frauen mitmischen können, wo die Entscheidungen getroffen werden, lasst uns die Mission „fifty-fifty" starten: Sowohl die wunderbare Carearbeit als auch die einflussreichen Posten sollten gleich zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden."[54]

Katja Kipping, Parteivorsitzende Die Linke (gemeinsam mit Bernd Riexinger)

© Anke Illing

FRAUENANTEIL DIE LINKE BUNDESTAGSFRAKTION



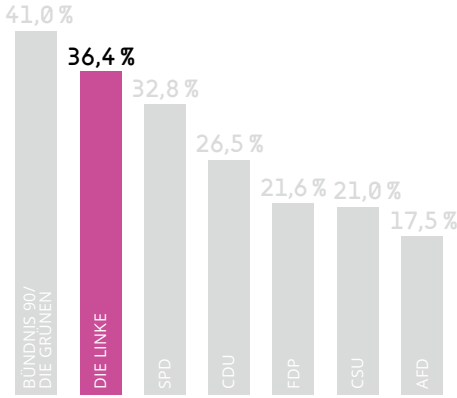
Weibliche Abgeordnete

Männliche Abgeordnete

-2,65 %
seit der letzten Legislaturperiode (ab 2013)

Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der Linken-Fraktion bei 53,6 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Der hohe Frauenanteil in unserer Linksfraktion im Bundestag freut mich natürlich sehr. Auch in unserer Fraktion im EU-Parlament und in den meisten Landesparlamenten liegt er über 50 %. Bei der Fraktionsführung in den Landtagen haben wir sogar einen Frauenanteil von über 60 %, in Hamburg seit Anfang dieses Jahres eine weibliche Doppelspitze. Dass Frauen bei uns in den Linksfraktionen so stark vertreten sind, ist keine Selbstverständlichkeit und sah auch vor ein paar Jahren noch anders aus. Frauen sind sicherlich nicht einfach die besseren Menschen, vielleicht machen sie auch nicht unbedingt bessere Politik – aber sicherlich nicht schlechter als Männer. Es gibt keinen Grund dafür, dass sie in den Parlamenten unterrepräsentiert sein sollten. Im Gegenteil: bestimmte Themen kommen eben nur auf den Tisch, wenn Frauen sich politisch einmischen. Ich denke nur an diese gruselige Szene in der Petra Kelly von den Grünen 1983 den FDP-Abgeordneten Detlef Klein fragt, ob er dafür sei, dass Vergewaltigung in der Ehe ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Nachdem er entschlossen mit „Nein" antwortet, bricht das fast nur aus Männern bestehende Parlament in Lachen aus. Es hat weitere 14 Jahre gedauert bis diese Gewalt gegen Frauen endlich zur Straftat erhoben wurde. Ohne mehr politische Mitbestimmung von Frauen wäre es vermutlich heute noch erlaubt.

Was sind die Gründe dafür?

Dass der Frauenanteil unserer Linksfraktion im Bundestag so hoch ist hat meiner Meinung nach, vor allem zwei Gründe: der erste ist sicherlich, dass wir in der LINKEN eine Frauenquote haben. Das heißt, sowohl unsere Vorstände als auch die Listen für die Bundestagswahl werden quotiert gewählt. Die Frauenquote ist für mich ein Instrument, dass wir brauchen, solange Frauen in der Partei und den Parlamenten unterrepräsentiert sind. Dass das allgemein noch der Fall ist, liegt ja weniger an den Frauen selbst, sondern hat strukturelle Gründe. Es liegt zum Beispiel daran, dass Frauen häufig familiär mehr eingebunden sind, sich teilweise noch zu wenig zutrauen oder sogar von Männern konkret daran gehindert werden, sich politisch einzubringen. Ich wünsche mir, dass wir irgendwann an den Punkt kommen, dass wir Frauenquoten nicht mehr brauchen. Aktuell sind sie aber bitternötig. Der zweite Grund für unseren hohen Frauenanteil ist, dass wir seit Jahren konkret Frauen in der LINKEN fördern. So haben wir ein sogenanntes Mentoringprogramm zur Förderung junger Politikerinnen, es gibt landes- und bundesweite Zusammenschlüsse von Frauen, die sich vernetzen und feministische und frauenpolitische Kampagnen und Inhalte in der Partei vorantreiben und außerdem haben wir seit einigen Jahren das Frauenplenum auf unseren Parteitagen als festen Bestandteil verankert. Ich denke, dass autonome Frauenräume sehr wichtig sind, um sich gegenseitig zu bestärken, sich auch mal ohne die Dominanz von Männern auszutauschen und eigenständige Forderungen für linke Politik aufzustellen.

Welche konkreten Maßnahmen und Regelungen tragen aus Ihrer Erfahrung dazu bei, um die Gleichstellung von Frauen und Männern in politischen Ämtern zu erreichen und den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

Ich denke, dass eine Frauenquote und Förderprogramme für Frauen wichtige Instrumente sind, um eine Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik zu erreichen. Zudem sind autonome Frauenräume und -zusammenschlüsse wichtige Orte zur Stärkung von Frauen allgemein und auch in der eigenen Partei. Hinzukommt, dass Politik die Themen, die vorrangig Frauen betreffen, mehr in den Mittelpunkt stellen muss. In unseren Wahlprogrammen gibt es immer ein eigenes Kapitel mit unseren feministischen und frauenpolitischen Forderungen. Politik für und Politik von Frauen gehört unbedingt zusammen.

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN:

Ämter, Mandate sowie Wahllisten sollen zu mindestens 50 % weiblich besetzt sein.

Einer der ersten beiden Listenplätze ist einer Frau vorbehalten, danach die ungeraden Plätze.

In Versammlungen sprechen, unter der Voraussetzung entsprechender Wortmeldungen, Frauen und Männer abwechselnd.
(Bundessatzung DIE LINKE, Kap. 2, § 10)

Doppelspitzen mit jeweils mindestens einer Frau sowohl im Bundes- als auch im Fraktionsvorstand

Mentoringprogramm zur Förderung junger Politikerinnen

Verankerung eines „Frauenplenums" (Austausch, Vernetzung, Einflussnahme)

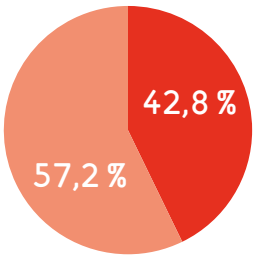
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

©Saskia Esken

„Wir Frauen erheben Anspruch auf gleiche Rechte und gleiche Teilhabe. Wir haben viel erkämpft und besetzen Spitzenpositionen, und doch gibt es noch viel zu tun in Partnerschaft, Beruf und Politik. Auch in Zeiten von Corona darf es nicht rückwärts gehen!"[55]

Saskia Esken, Bundesvorsitzende der SPD (gemeinsam mit Norbert Walter-Borjans)

FRAUENANTEIL SPD BUNDESTAGSFRAKTION

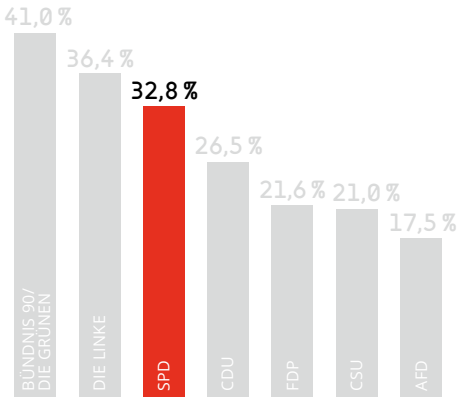


Weibliche Abgeordnete
Männliche Abgeordnete

+0,8 % seit der letzten Legislaturperiode (ab 2013)

Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der SPD-Fraktion bei 42,8 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Der rückläufige Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist nach mehr als 100 Jahren Frauenwahlrecht dramatisch. Gleichberechtigte politische Teilhabe ist zentral für die Demokratie. Deshalb setzt sich die SPD auf allen Ebenen für mehr Frauen in den Parlamenten ein. In der Bundestagsfraktion ist es uns gelungen, den Frauenanteil von rund 42 % zu halten. Das gelingt auch durch die konsequent paritätische Listenaufstellung der SPD. Das setzt sich in unseren Gremien fort. Der geschäftsführende Fraktionsvorstand der SPD ist mit mehr Frauen als Männern besetzt (Stand Mai 2020). Die Bundesgremien der Partei sind paritätisch besetzt.

Was sind die Gründe dafür?

Die Gründe sind vielfältig. Drei Aspekte will ich nennen: Frauen übernehmen immer noch den Löwenanteil an unbezahlter Sorgearbeit für Haushalt, Kinder und pflegebedürftige Angehörige – meist neben dem Beruf. Da bleibt oft weniger Zeit für lange Sitzungen und ehrenamtliche Aufgaben in der Politik.

Politische Arbeit in Parteien hat den Ruf der langen Abende in verrauchten Kneipen. Das entspricht immer seltener der Realität. Doch viele Menschen – vor allem junge Frauen – schreckt dieses Bild ab. Deshalb entwickeln wir als Partei Angebote, die flexibler sind. Aktuell erleben wir einen enormen Digitalisierungsschub in der politischen Arbeit. Ich wünsche mir, dass wir vieles davon langfristig in attraktive Beteiligungsmöglichkeiten umwandeln. Wir glauben, was wir sehen. Und wir sehen noch zu wenige Frauen in den Schlüsselpositionen von Politik und Gesellschaft. Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder, damit mehr Frauen sich in ihrer Lebenswirklichkeit repräsentiert sehen und dadurch selbst zum Engagement motiviert werden.

Was tun Sie, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen und den Frauenanteil in Ihrer Partei und im Bundestag zu erhöhen?

Vorbilder sind wichtig. Seit über 30 Jahren hat die SPD eine Geschlechterquote von 40 % für alle Gremien und Wahllisten. Für die Bundestags- und Europawahl gilt der sogenannte Reißverschluss, bei dem Frauen und Männer alternierend aufgestellt werden. Dieses Prinzip von 50:50 trägt zu einem höheren Frauenanteil in den Parlamenten und damit zu mehr weiblichen Vorbildern in der Politik bei. Mit der Möglichkeit der Doppelspitze haben wir unseren Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern auch in der Satzung verankert. Dass beispielsweise Ortsvereine gleichberechtigt von einer Frau und einem Mann geleitet werden können, verbessert die Vereinbarkeit von Beruf, Privatleben und Engagement vor Ort. Mit dem Empowerment-Programm „Frauen an die Macht“ unterstützen wir Frauen, innerhalb der SPD durchzustarten. Bei allen anderen Bildungsangeboten der Parteischule im Willy-Brandt-Haus gibt es einen Frauenanteil von 50 %. Auf regionaler Ebene gibt es eine Vielzahl von Mentorinnenprogrammen, die wir unterstützen.

Seit 2018 gibt es eine Koordinationsstelle für Gleichstellung in der SPD, deren Aufgabe es ist, insbesondere die Repräsentanz von Frauen in unseren Strukturen und in unserer Kommunikation weiter zu verbessern. Die SPD hat viele Frauen, die großartige Arbeit leisten. Das wollen wir noch sichtbarer machen. So sind auf unseren Veranstaltungen auf Bundesebene beispielsweise Frauen und Männer gleichberechtigt vertreten.

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN:

40 % Es gilt eine verpflichtende Mindestquote von 40 % für Wahllisten, Gremien und Ämter.

Die Aufstellung der Wahllisten für Bundestags- und Europawahlen erfolgt alternierend, nach dem sog. Reißverschlussprinzip, d.h. eine Frau, ein Mann, beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin (Satzung der SPD, § 4 Wahlordnung).

Mann-Frau-Doppelspitze für Parteivorsitz

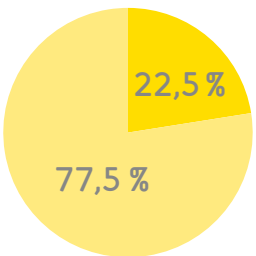
Freie Demokratische Partei (FDP)

„Liberale setzen auf die Würde und Freiheit jedes einzelnen Menschen. Geschlecht ist dabei weder Makel noch Verdienst. Die Entfaltung und Teilhabe weiblicher Führungskräfte ist uns ein wichtiges Anliegen."[56]

Linda Teuteberg, Generalsekretärin der FDP

©Tobias Koch

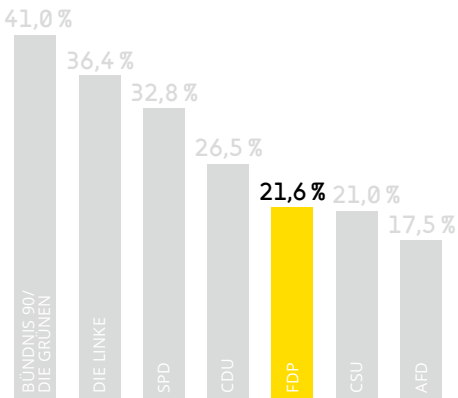
FRAUENANTEIL FDP BUNDESTAGSFRAKTION



Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

Weibliche Abgeordnete
Männliche Abgeordnete

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN:

/ Bislang gibt es keine verpflichtende Quotenregelung

Auf ihrem Parteitag im April 2019 beschloss die FDP, zwischen Bundesverband und Landesverbänden Zielvereinbarungen zur Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten festzulegen. Diese sollen regional differenziert aufgesetzt werden und für verschiedene Funktionen, Ebenen und Mandate Mindestanzahlen für die Repräsentation von Frauen vorsehen.

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der FDP-Fraktion bei 22,5 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Die Bundestagsfraktion der Freien Demokraten hat einen Antrag zur stärkeren Repräsentanz von Frauen im Parlament eingebracht. Darin fordern wir die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine bessere politische Teilhabe und Repräsentation von Frauen auf höchster politischer Ebene. Ziel muss es sein, dass zukünftig mehr Frauen am demokratischen Prozess als Entscheidungsträgerinnen beteiligt sind. Die Kommission soll eine Studie in Auftrag geben, um Barrieren im Vorfeld von Kandidaturen und im parlamentarischen Alltag zu identifizieren, beispielsweise bei der Aufstellung von Wahllisten und der Verbesserung der Rahmenbedingungen im parlamentarischen Alltag. Denn international vergleichende Studien zeigen immer wieder, dass Frauen desto stärker in den Parlamenten vertreten sind, je besser sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt somit auch die politische Teilhabe von Frauen. Außerdem sollten wir die Möglichkeiten der virtuellen Präsenz durch die Digitalisierung prüfen. Der Bundestag sollte seine Vorbildfunktion nutzen, um Leitplanken für eine Kultur des respektvollen Miteinanders zu gestalten, die mehr Frauen ermutigt, ein politisches Mandat anzustreben.

Was sind die Gründe dafür?

Es ist ein parteiübergreifendes Phänomen – das liegt auch an der Überzahl historischer männlicher Vorbilder, dass unbewusst das Männliche zum Maß des Menschlichen gemacht wird. Es wird damit auch zum Maßstab dessen gemacht, wie Politiker zu sein haben. Oft unbewusst, aber hartnäckig und folgenreich. Gleich ob Mann oder Frau – jeder, der in der Politik etwas erreichen will, muss Leidenschaft für Politik haben, muss konfliktfähig sein, Kritik aushalten, sich Debatten stellen und Durchhaltevermögen haben. Alte Rollenbilder und -erwartungen sind noch immer sehr wirkmächtig. Es wird häufig mit zweierlei Maß gemessen und die notwendigen Eigenschaften und Fähigkeiten Männern positiv zugeschrieben und Frauen entweder abgesprochen oder zum ehrenrührigen Vorwurf gemacht. Es ist eine Frage der Perspektive, wenn ein- und dasselbe Verhalten als Durchsetzungsfähigkeit gelobt oder als Härte diffamiert wird.

Was tun Sie, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen und den Frauenanteil in Ihrer Partei und im Bundestag zu erhöhen?

Eine Befragung unserer weiblichen Mitglieder hat ergeben, dass es bei den Frauen eine hohe Motivation für politisches Engagement gibt. Endlose Nacht- und Wochenendsitzungen sind für viele Frauen inakzeptabel. Strukturelle Veränderungen der Parteiorganisation und -struktur sind für mehr weibliches Engagement somit unerlässlich. Ehrenamt wird immer abends und am Wochenende stattfinden, kann und muss aber effizienter organisiert werden.

Um das Engagement von Frauen in der FDP zu erhöhen, haben wir im April 2018 eine Arbeitsgruppe „Chancen durch Vielfalt“ ins Leben gerufen. Ziel der AG ist es, effektive Maßnahmen für das Diversity Management zu entwickeln, um neue weibliche Mitglieder und Wähler zu gewinnen sowie mehr Frauen in die Parteiarbeit einzubinden und für Führungsämter zu gewinnen. Erste wichtige Ergebnisse der AG sind etwa unser Code of Conduct für einen respektvollen Umgang in der Partei und unsere politische Agenda für mehr Selbstbestimmung und Vielfalt.

Für die Gleichstellung von Frauen und Männern spielt vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine wichtige Rolle. Eltern benötigen mehr Flexibilität im Berufsleben durch flexible Arbeitszeitmodelle, digitale Arbeitsplätze und flexible Angebote zur Kinderbetreuung – auch in Betrieben. Diese lebensnahen Maßnahmen sind nötig, damit mehr Frauen Führungspositionen übernehmen.

Zudem wollen wir mehr Frauen ermutigen, Berufe in den MINT-Fächern zu ergreifen, da diese oft besser bezahlt werden und somit dazu beitragen, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu verringern. Einseitige Modelle wie die Steuerklasse 5 wollen wir abschaffen, da sie falsche Anreize setzen.

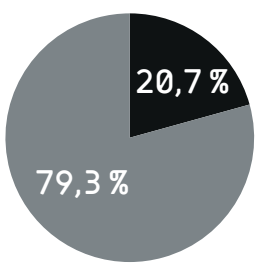
Christlich Demokratische Union Deutschlands und Christlich-Soziale Union (CDU/CSU)

©Laurence Chaperon

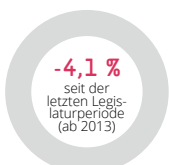
„Frauen machen die Hälfte unserer Bevölkerung aus, entsprechend müssen sie repräsentiert sein. Wir diskutieren seit Jahren viel über Frauenförderung. Unser Ziel werden wir aber erst dann erreicht haben, wenn wir diese Diskussionen nicht mehr brauchen."[57]

Annegret Kramp-Karrenbauer, Bundesvorsitzende der CDU und Bundesministerin der Verteidigung

FRAUENANTEIL CDU/CSU BUNDESTAGSFRAKTION



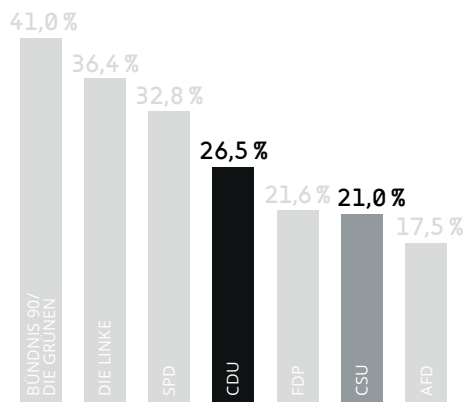
Weibliche Abgeordnete
Männliche Abgeordnete



In der 18. Legislaturperiode (ab 2013 bis 2017) waren 77 Frauen Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, somit betrug der Frauenanteil 24,8 %. 63 dieser Frauen sind Mitglied der CDU, die weiteren gehören der CSU an.

Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der CDU/CSU-Fraktion bei 20,7 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Die CDU hat es zwar geschafft, Frauen in Führungspositionen zu haben. Im Augenblick zum Beispiel stellt sie die Bundeskanzlerin, die CDU-Vorsitzende und Bundesverteidigungsministerin und auch die Präsidentin der Europäischen Kommission. Trotzdem: Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion, aber auch in unserer gesamten Partei und auch in Ämtern und Mandaten vor Ort ist nach wie vor zu niedrig. Es ist unser Ziel, die Mitarbeit in der CDU für mehr Frauen attraktiver zu machen. Mit dieser Frage beschäftigt sich derzeit eine Kommission, die zum nächsten Parteitag im Dezember 2020 Ergebnisse vorlegen wird.

Was sind die Gründe dafür?

Häufig wird vertreten, dass Frauen weniger interessiert an Politik sind. Ein Blick auf Wahlbeteiligung oder Ehrenamt widerlegen diese These. Allerdings scheint es so, als würden Frauen in Parteien nicht ankommen. Um Frauen stärker für Ämter und Mandate zu gewinnen, muss zum einen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Politik geschaffen werden. Noch immer übernehmen Frauen einen großen Teil der Familien- und Pflegearbeit, was sie von politischen Ämtern oft abhält. Zum anderen muss daran gearbeitet werden, wie strukturelle Benachteiligungen von Frauen abgebaut werden können. Daran arbeiten wir.

Was tun Sie, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen und den Frauenanteil in Ihrer Partei sowie in der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag zu erhöhen?

Insgesamt engagieren sich nach wie vor mehr Männer als Frauen in der Union. Allerdings liegt der Anteil der Frauen bei den Neueintritten höher als in der „Bestandsmitgliedschaft". Im Durchschnitt sind die neu eintretenden Mitglieder 37 Jahre alt.

Es ist aber der Anspruch der gesamten Parteiführung, mehr Frauen für die Mitarbeit in der CDU zu gewinnen. Weil die Ansprache vor allem vor Ort geschieht, haben die verschiedenen Landesverbände Maßnahmen eingeführt, die (jungen) Frauen den Weg in die CDU erleichtern sollen. Eine Auflistung finden Sie im Gleichstellungsbericht der CDU.

Das Thema (junge) Frauen in der Politik beschäftigt die Parteiführung aber auch weiter, insbesondere mit Blick darauf, welche Strukturen angepasst werden müssen, um den Anteil von Frauen sowohl in der Partei als auch in politischen Ämtern und Mandaten zu erhöhen. Dazu hat der letzte Parteitag eine Kommission unter Leitung des Generalsekretärs einberufen, die sich u.a. mit genau dieser Frage beschäftigen wird. Erste Ergebnisse werden für den Sommer erwartet. Zum nächsten Parteitag im Dezember soll ein Maßnahmenpaket dann vorliegen.

Die Fragen wurden aufgrund des regionalen Schwerpunkts von der CDU beantwortet.

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN CDU:

1/3

Es gilt ein „Frauenquorum" (satzungsgemäß vorgeschriebene Mindestanzahl), das empfiehlt, ein Drittel der Parteiämter, Mandate und Listenplätze weiblich zu besetzen.
Wird im ersten Wahlgang dieses Quorum nicht erreicht, muss die Wahl mit weiteren Vorschlägen wiederholt werden.
Dieses Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.
(Statut der CDU, Kap. C § 15)

Die **Frauen Union** scheiterte 2019 mit der Forderung, das Quorum von 33 % zu einer verbindlichen Quote umzugestalten. Der Vorstoß wurde vorerst lediglich zur weiteren Beratung an Parteigremien überwiesen.
Über eine verbindliche Frauenquote von 50 % entscheidet der für Dezember 2020 geplante Parteitag der CDU.

33 %

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN CSU:

/

Es gibt keine verbindliche Regelung für die Quotierung von Listenplätzen.

Auf Landes- und Bezirksebene sollen 40 % der Ämter an Frauen vergeben werden (Satzung der CSU, § 8)

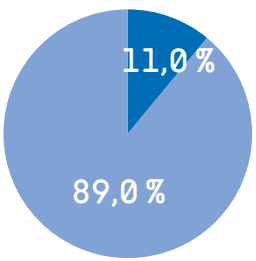
Alternative für Deutschland (AfD)

„Ich halte es für sehr wichtig, dass der Frauenanteil in der Politik weiter ansteigt. Auf diese Weise wird auch die Akzeptanz unter der weiblichen Wählerschaft steigen."[58]

Dr. Alice Weidel, Stellvertretende Bundessprecherin der AfD

©AfD

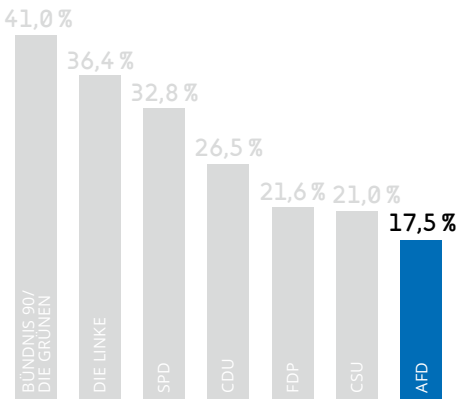
FRAUENANTEIL AfD BUNDESTAGSFRAKTION



Quelle: Deutscher Bundestag, Stand: Juli 2019

Weibliche Abgeordnete
Männliche Abgeordnete

WIE VIELE FRAUEN GIBT ES UNTER DEN PARTEIMITGLIEDERN?



Quelle: Mitgliederanzahlen laut Parteien zum Stichtag: 31.12.2019

Der Anteil weiblicher Mandatsträgerinnen im aktuellen Bundestag liegt bei rund 31 % – in der AfD-Fraktion bei 11 % (Stand Juli 2019). Wie stehen Sie dazu?

Ich wäre erfreut, wenn sich mehr Frauen für die Arbeit in der AfD begeistern ließen und entsprechend mehr weibliche Mandate in den Parlamenten, Kreistagen und Rathäusern vertreten wären.

Was sind die Gründe dafür?

Frauen sind in politischen Parteien allgemein unterrepräsentiert. Das hat unterschiedliche Gründe. Frauen vertreten auch in der Politik häufig einen sehr konsensualen Ansatz. Innerparteiliche Machtpolitik wirkt auf viele weibliche Mitglieder abschreckend.

Was tun Sie, um die Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen und den Frauenanteil in Ihrer Partei und im Bundestag zu erhöhen?

Frauen sind in der AfD selbstverständlich gleichgestellt. Um den Frauenanteil zu erhöhen, versucht die AfD bereits an der Basis Überzeugungsarbeit zu leisten. Frauen sollen motiviert werden, für Ämter und Mandate zu kandidieren. Eine Quote halten wir hingegen für Demokratiefeindlich.

PARTEIINTERNE REGELUNGEN UND MASSNAHMEN AfD:

In der AfD wurden bislang Maßnahmen zur Frauenförderung oder parteiinterne Quoten abgelehnt

Die Bundessatzung der AfD, § 17 (2) schließt die Gründung parteiinterner Frauenorganisationen explizit aus.

Das Thema „Gleichstellung“ findet in der Bundesatzung keine Erwähnung.

©Deutscher Bundestag / Achim Melde

Antworten von Politikerinnen

Starke Frauen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene

Was sagen die Politikerinnen selbst dazu?
Wir haben Bundestags-, Landtags- und Kreistags-abgeordnete sowie Bürgermeisterinnen gefragt, was es braucht, um die Frauenanteile in der Politik zu steigern.
Als regionale Entwicklungsorganisation für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen sowie die Kreise Düren, Heinsberg und Euskirchen haben wir einen Schwerpunkt auf die Region Aachen gesetzt und Frauen interviewt, die hier politisch aktiv sind bzw. ihre Wahlkreise haben.

Starke Frauen auf Bundesebene

Claudia Moll
Mitglied des Bundestages

©Nikolai Kues

STECKBRIEF

Name: Claudia Moll

Position: Mitglied des Bundestages (MdB)

Partei: SPD

Seit wann MdB? seit 2017

Seit wann in der Politik? Seit 2009 im Rat der Stadt Eschweiler

Wahlkreis 88: Aachen II (Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg (Rhld.) und Würselen)

MACHT. MIT. FRAUEN!

Sie sind staatlich examinierte Altenpflegerin. Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja: wodurch, durch wen?

Ich habe in meinem Beruf 30 Jahre lang mit vielen Kolleginnen und Kollegen für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege gekämpft. Ich kann mich noch gut an meine erste Demonstration erinnern als ich gerade erst begonnen hatte, in der Pflege zu arbeiten. Leider hat sich jedoch in all den Jahren wenig verändert. Weil die Politik viel zu wenig auf unsere Forderungen aus der Pflegebranche gehört hat, habe ich den Entschluss gefasst, es selbst zu versuchen. Auf diesem Weg habe ich natürlich eine Menge Unterstützung von meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Pflege, ohne die ich es vielleicht gar nicht geschafft hätte. Das hat mich außerordentlich bestärkt. Dazu hatte ich ein tolles Team, das mich im Wahlkampf enorm unterstützt hat. Aber es gab und gibt natürlich auch Gegenwind.

Warum sollten sich mehr Frauen politisch engagieren bzw. in die Politik gehen?

Politik muss die Bevölkerung in ihrer Vielfalt abbilden. Dazu gehört es, dass unsere Parlamente zur Hälfte mit Frauen besetzt sind. Außerdem ist es doch so, dass Probleme, Sorgen und Nöte von Frauen dann am besten gelöst werden können, wenn Frauen sich selbst an den Entscheidungen beteiligen. Das gilt auch für alle anderen Bereiche der Politik. Wenn wir als Gesellschaft die Situation in der Pflege verbessern möchten, müssen wir die Pflegerinnen und Pfleger anhören und ihre Meinung in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Das passiert nach meiner Erfahrung nicht automatisch. Wenn Frauen also etwas verändern möchten, sollten sie sich selbst für diese Veränderung einsetzen. Dazu muss man sich auch schon einmal zusammenschließen, um Druck auszuüben.

Wie meistern Sie den Balanceakt zwischen Politik/Beruf und Familie? Haben Sie ein persönliches Beispiel für gelungene Vereinbarkeit?

Ich bin als Bundestagsabgeordnete in diesem Jahr alleine 22 Wochen in Berlin. In den Wahlkreiswochen bin ich dann natürlich viel in meiner Heimat unterwegs. Und wenn nicht gerade eine Pandemie unser öffentliches Leben komplett verändert, lasse ich mich auf unzähligen kleinen und großen Veranstaltungen in meinem Wahlkreis blicken. Ich möchte mich darüber gar nicht beschweren,

schließlich habe ich es mir selber so ausgesucht. Ohne das große Verständnis meines Mannes wäre das alles gar nicht möglich. Wenn ich mir vorstelle, dass unsere beiden Töchter noch nicht erwachsen wären, weiß ich nicht, wie wir das alles unter einen Hut bekommen würden. Da muss sich definitiv noch vieles tun. Aber das habe ich auch schon als Altenpflegerin gemerkt.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu begegnen?

Es gibt nicht die eine konkrete Maßnahme, mit der wir auf einmal ganz viele Frauen für die Kommunalpolitik gewinnen und in Führungsverantwortung bringen können. Maßnahmen, wie etwa eine Frauenquote, können die Situation nicht von heute auf morgen ändern. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir Frauen durch unser tatsächliches politisches Handeln begeistern können. Eine Partei, die sich zum Beispiel intensiv für die Abschaffung der KiTa-Gebühren, für bessere Betreuung oder die Aufwertung der Pflegeberufe einsetzt, wird am Ende auch mehr Frauen dazu ermutigen können, sich selbst einzubringen. Diese Frauen im Anschluss fit für Führungspositionen zu machen, wird das kleinere Problem sein. Frauen sind ja schließlich nicht dümmer als Männer!

Brauchen wir eine Frauenquote in den Parlamenten? Wie stehen Ihre männlichen Kollegen dazu?

Uns Frauen sollte die Hälfte des Parlaments gehören. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist jedoch zurzeit mit etwa 30 % so niedrig wie seit über 20 Jahren nicht mehr. Ich weiß, dass die Diskussion um Quoten nicht bei allen, sowohl bei Frauen als auch bei Männern, auf offene Ohren stößt. Aber klar ist doch, dass Frauen und Männer gleichberechtigt an den politischen Entscheidungen beteiligt sein müssen. Deshalb setzen wir uns als SPD-Bundestagsfraktion für ein fortschrittliches und geschlechtergerechtes Wahlgesetz ein. Wir wollen endlich verbindliche Vorgaben für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in unseren Parlamenten haben.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

Politische Gremien müssen insgesamt familienfreundlicher werden. Oft sind es Frauen, die an Sitzungen nicht teilnehmen können, weil sie zum Beispiel keine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder finden. Mehr Frauen werden wir nur gewinnen, wenn wir uns für ihre Belange einsetzen. Ich empfehle jedoch allen Frauen, die sich politisch einbringen, selbstbewusst zu sein und sich zu vernetzen. Männer, die sich für Führungspositionen interessieren, kochen auch nur mit Wasser. In den meisten Parteien gibt es, teilweise auch gezielt für Frauen, bereits gute Schulungsangebote. Frauen sollten diese Angebote stärker wahrnehmen und sich untereinander besser austauschen. Man lernt andere Frauen kennen und kann viel voneinander lernen. Aber unter dem Strich muss man es selbst wollen. Es kommt nichts von alleine. Das ist jedenfalls meine Erfahrung.

„Es bleibt viel zu tun. Mischt Euch ein, macht mit. Es lohnt sich, liebe Frauen!"

Claudia Moll, Mitglied des Bundestages

Starke Frauen auf Bundesebene

Katharina Willkomm
Mitglied des Bundestages

©Katharina Willkomm

STECKBRIEF

Name: Katharina Willkomm

Position: Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Mitglied des Bundestages (MdB)

Partei: FDP

Seit wann MdB? seit 2017

Seit wann in der Politik? 2010

Wahlkreis 090 (Kreis Düren)

MACHT. MIT. FRAUEN!

Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja, wodurch bzw. durch wen?

Ich war schon früh am politischen Geschehen interessiert. Mein Politiklehrer hat mich gefördert und mein Interesse gestärkt. Wir haben z.B. damals eine Podiumsdiskussion zur Bürgermeisterwahl in der Schule organisiert. Mit Beginn meines Jura-Studiums war mir klar, dass ich mich auch in einer Partei engagieren will. Dabei wurde ich von einem guten Freund, bei einer langen Diskussion auf dem heimischen Schützenfest, unterstützt, den Weg zu den Freien Demokraten zu finden. Er zeigte mir, wie die Parteistrukturen aussehen, was man sonst parteiintern wissen musste und wie Wahlkampf funktioniert. Dadurch wurde mir der Einstieg vereinfacht und fand sehr schnell Anschluss.

Welche Erfahrungen machen Frauen, die sich politisch engagieren (möchten)? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Zu Beginn habe ich mich vor Ort bei den Jungen Liberalen und der FDP engagiert. Auf Kommunalebene freuen sich die Verantwortlichen, wenn junge Menschen bereit sind, sich in Gremien oder im Wahlkampf einzubringen, ganz unabhängig vom Geschlecht. Weil ich das zusammen mit Freunden gemacht habe, hat es Spaß gemacht, dabeizubleiben. Selbst nach meiner Wahl in den Bundestag habe ich keine „Geschlechter-Grenze“ wahrgenommen. Wahr ist: Wenn man was will, wie etwa die Funktion als verbraucherschutzpolitische Sprecherin, dann muss man das aktiv auch einfordern und begründen. Aber das geht den Männern nicht anders.

Was sind die Gründe für den geringen Frauenanteil im Bundestag? Schildern Sie bitte ein konkretes Beispiel aus Ihrer politischen Laufbahn.

Politik als Beruf ist – wie viele andere auch – nicht immer einfach. Hier wird schon manchmal mit harten Bandagen gekämpft, der Terminkalender ist voll bis in die Nacht. Nicht aus jeder langen Gremiensitzung können Sie einen erfüllenden Gedanken mitnehmen, der Sie durch die Woche trägt. Vielleicht sind Männer eher bereit, diese nicht ganz gesunden Umstände zu ignorieren und bewerten auf der anderen Seite Boni wie Status und Aufmerksamkeit höher als viele Frauen.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

In einem Parteitagsbeschluss vom letzten Jahr zum Thema „Freiheit durch Emanzipation" steht der schöne Satz, „Wir Freie Demokraten möchten, dass Kinder für sich sagen können: ‚Ich kann alles werden'". Genau da müssen wir hin. Rechtlich gibt es an der vollen Gleichberechtigung keinen Zweifel. Was besser werden muss, ist der Zugang zu Chancen im Alltag. Es geht um Rollenbilder, um die Arbeitsverteilung und Arbeitsorganisation in Familie, Beruf und Gesellschaft. Die Kinderbetreuung muss verbessert werden. Das heißt, wir müssen die Ganztagsbetreuung an Schulen und Hortbetreuung flächendeckend ausbauen, mehr und zeitlich flexiblere Kindergartenplätze schaffen, Tageseltern wie Betriebskindertagesstätten stärker fördern. Wir müssen auf der anderen Seite Arbeitszeiten flexibler gestalten und, soweit betriebliche Erfordernisse nicht entgegenstehen, ein Stück von der Präsenzkultur weg. Das könnte zu den wenigen positiven Aspekten der Coronakrise zählen, sowohl bezogen auf die Arbeit als auch auf Politik im Ehrenamt oder als Beruf: Das künftig die digitalen Möglichkeiten von Online-Gremiensitzungen, politischen Treffen und sogar politischen Veranstaltungen mit Publikum stärker genutzt werden als das vor der Krise war. Das könnte auch für Frauen die Beteiligung an und Engagement in der Politik einfacher machen.

Welche Initiativen und Aktionen gibt es bereits und welche halten Sie für aussichtsreich und zielführend?

Wir Freie Demokraten haben auf dem letzten Bundesparteitag eine Agenda beschlossen, um den vergleichsweise niedrigen Frauenanteil in der Partei kontinuierlich zu erhöhen. Das betrifft insbesondere Zielvereinbarungen auf allen Parteiebenen für mehr Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten. Über die Umsetzung und den Erfolg der Zielvereinbarungen wird im Bundesvorstand regelmäßig berichtet. Wir haben eine Beauftragte für Diversity als Beisitzerin im Bundesvorstand eingesetzt, einen Code of Coduct mit Verhaltensregeln zum Schutz vor Diskriminierung etabliert und das Empowerment-Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gestärkt. Das ist nicht nur Parteitagslyrik. So haben sich zum Beispiel in den letzten Monaten in den Spitzenpositionen Linda Teuteberg als Bundes-Generalsekretärin, Nicole Beer als Spitzenkandidatin für den Europawahlkampf und jetzt als Vizepräsidentin des EU-Parlaments durchgesetzt. Bettina Stark-Watzinger ist zur Parlamentarischen Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion aufgestiegen. Auf Landesebene ist Yvonne Gebauer als NRW-Schulministerin eine von drei liberalen Ministern und Aushängeschild der NRW-FDP. Im Herbst schließlich könnten die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer Marie-Agnes Strack-Zimmermann zur Oberbürgermeisterin wählen. Es gibt nichts geschenkt, aber wir Frauen sind auf einem guten Weg.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

Am Anfang steht die richtige Einstellung des einzelnen: Ich muss das Interesse haben, etwas zu bewegen, ich muss mitmachen wollen. Ich darf nicht darauf warten, bis jemand kommt und mich fragt. Sonst kann ich lange warten. Auf der anderen Seite bin ich als Verantwortungsträgerin in der gleichen Rolle wie jede Vereinstrainerin. Ich muss rausgehen und Frauen in meiner Gemeinde auch aktiv ansprechen und ermutigen, sich zu engagieren. Vielleicht ist die persönliche Ansprache noch etwas wichtiger, um eine Frau zu gewinnen als einen Mann. Freuen tun sich natürlich beide darüber. An dieser Stelle geht das nur indirekt: An alle Frauen - wie Männer - die sich für Selbstbestimmung und Individualität politisch einsetzen wollen, ich lade Sie herzlich ein, bei uns mitzumachen!

„Ich freue mich auf noch mehr starke Frauen in der Politik. Gut für uns Frauen, gut für die Politik!"

Katharina Willkomm,
Mitglied des Bundestages

Dr. Patricia Peill
Mitglied des Landtages NRW

Starke Frauen auf Landes-ebene

©Patricia Peill

STECKBRIEF

Name: Dr. Patricia Peill

Position: Mitglied des Landtages NRW (MdL)

Partei: CDU

Seit wann MdL? seit 2017

Seit wann in der Politik? seit 2003 Ratsmitglied

Wahlkreis Düren I (Aldenhoven, Inden, Jülich, Langerwehe, Linnich, Merzenich, Niederzier, Nörvenich, Titz und Vettweiß)

MACHT. MIT. FRAUEN!

Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja: wodurch, durch wen?

Gestalten war mir immer wichtig! Als ich zur Schulzeit meiner Kinder Schulpflegschaftsvorsitzende war, habe ich erfahren, dass ohne politischen Rückhalt die Umsetzung notwendiger Projektideen nicht möglich ist. Daher habe ich mich entschieden, als Ratsmitglied in meiner Heimatkommune zu kandidieren und viel Unterstützung durch meine Familie und die Eltern im Ort erfahren. Sie haben mich motiviert, viele Themen der Kinder-, Schul- und Jugendarbeit auf den Weg zu bringen. Als Ratsfrau konnte ich mir ein auf Freundschaft geprägtes Netzwerk aufbauen, mit dessen Unterstützung ich in den Kreis- und später in den Landtag einziehen konnte. Dazu gehörte auch, Verantwortung in parteilichen Vereinigungen zu übernehmen, an Parteitagen und Veranstaltungen mitzuwirken. Wichtig ist die Freude an der Politik! Findet man seine eigenen Themen steigt das Selbstvertrauen, sich auf dem politischen Parkett erfolgreich zu bewegen.

Warum sollten sich mehr Frauen politisch engagieren bzw. in die Politik gehen?

Wir Frauen sind heute hervorragend ausgebildet! Vielfach sind Frauen trotz Beruf und Familie in einem Ehrenamt tätig und engagieren sich intensiv in Fördervereinen, Kirchenvorständen, Schulpflegschaften und Initiativen. Dieses wichtige Engagement kann „frau“ zielführend verstärken, indem „frau“ auch in die Politik geht. Denn es braucht beide Seiten, um Wirksamkeit zu erlangen. Das politische Mandat ist eine gute Ergänzung zu einem anderen Ehrenamt! Für mich ist es in der heutigen Zeit sehr wichtig, dass wir in politischen Fragen einen ganzheitlichen Ansatz finden. Dazu gehört zu 100 % der Blickwinkel der Frauen! In Gremien, in denen Frauen mitarbeiten, werden bessere Ideen, bessere Lösungen, bessere Konzepte gefunden. Mein Ziel ist: 50 % Frauen, 50 % Männer!

Was sind die Gründe für den geringen Frauenanteil auf der Landesebene? Schildern Sie bitte ein konkretes Beispiel aus Ihrer politischen Laufbahn.

Die Bewerbung um ein politisches Amt erfordert nicht nur Engagement, sondern vor allem den Mut, „den Hut in den Ring zu werfen“. Hier sind Frauen oft zurückhaltender als

Männer und schon die Aufstellungsversammlung ist eine große Hürde. Ich schildere das gerne so: „Alle Kandidaten stehen am Strand vor dem Meer der politischen Chancen. Alle Kandidaten schwimmen los, die große Welle der Aufstellungsversammlung kommt und im Ergebnis werden die Frauen wieder an den Strand gespült, die Männer jedoch schwimmen weiter zum Mandat." Ich erlebe oft, dass Kandidaten strategischer vorgehen, Netzwerke nutzen und besser Mehrheiten „organisieren". Kandidatinnen hingegen wollen durch ihre Kompetenz, Ideen und politische Ziele gewinnen. Ich wünsche mir von den Frauen mehr Mut, sich Aufgaben zuzutrauen. Männer, denen man eine Leitungsfunktion anbietet, sagen sofort „ja" und fragen dann erst, was diese Position überhaupt beinhaltet. Frauen bitten mich hingegen, noch eine Nacht darüber nachdenken zu dürfen, ob sie die Kompetenz besitzen, es zeitlich schaffen, genug Unterstützung haben, und fragen dann auch noch, ob ich es Ihnen zutraue, obwohl ich es ihnen ja angeboten habe. Mein Rat an alle Frauen: „Habt Mut, sagt schneller „ja" und trefft Entscheidungen im Vertrauen auf ein unterstützendes Frauennetzwerk!"

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

In den letzten drei Workshops, die ich zu dem Thema durchgeführt habe, wurde folgendes genannt: Für das Mandat sind familienfreundliche Sitzungstermine mit verlässlichem Zeitlimit, Partizipationsmöglichkeiten (digital), konstruktive Diskussionskultur und Unterstützung durch das familiäre Umfeld nötig. Wichtig ist für Frauen die Möglichkeit, sich in die Aufgabenbereiche einzuarbeiten und fachlich weiter bilden zu können. Aus Parteisicht können die nun angedachten Satzungsänderungen wie die Einführung einer Frauenquote helfen, wobei die Frauen in der CDU hier unterschiedlicher Meinung sind. Die einen möchten aufgrund ihrer Fähigkeiten in Gremien gewählt werden und nicht, weil auf jedem x. Platz eine Frau stehen muss, die anderen sehen aufgrund ihrer Erfahrungen in von Männern dominierten Verbänden keine andere Chance.

Welche Initiativen und Aktionen gibt es bereits, wie erfolgreich sind diese und welche sind auch für NRW denkbar?

Früher war das politische Parteiensystem in seinen Regeln eher starr und man musste sein privates und berufliches Leben daran anpassen, wenn man mitmachen wollte. Die Zeiten haben sich geändert, es geht um den Wettbewerb der Talente. Daher muss die politische Gremienarbeit flexibel sein und sich „atmend" an die Möglichkeiten der Mandatsträger*innen anpassen. Manche Frauen haben z.B. nur begrenzt Zeit, sich Themen zu widmen, Gremien müssen daher eine projektbezogene Mitarbeit ermöglichen. Die Frauenorganisationen der Parteien setzen dies mit der Arbeit an konkreten Projekten über einen definierten Zeitraum bereits um. Digitale Kommunikation und Videokonferenzen machen politische Arbeit ortsunabhängig und bieten damit eine neue Form der politischen Partizipation. Hier sind wir aktuell in einem guten, spannenden Lernprozess. Durch die Teilhabe an politischen (Frauen-)Netzwerken können schon heute Frauen motiviert werden, sich für politische Ämter zu bewerben. Ziel muss es sein, den Frauen eine „Willkommenskultur" zu vermitteln, denn in einer Gruppe angenommen zu sein, sich zugehörig zu fühlen, ist für Frauen sehr wichtig.

Wie können Frauen gezielt unterstützt und gefördert werden?

Es gibt schon viele Angebote für Frauen, um zum Beispiel das notwendige Wissen um die politischen Gepflogenheiten, aber auch für ihre persönliche Entwicklung, zu lernen. Diese sollten noch aktiver kommuniziert und gesammelt, einfach zu finden und auf einer „Frauen-Empowering-Plattform" dargestellt werden! Aber auch eine gezielte Ansprache von Frau zu Frau, ein gemeinsamer Besuch von Veranstaltungen, die Übernahme von Patenschaften bereits politisch engagierter Frauen, ein Trainee- oder Mentoringprogramm und vor allem Vorbilder politisch erfolgreicher Frauen sind sehr hilfreich. Es haben sich die Vorzeichen verändert: Im „Wettbewerb der Talente 2020" müssen die Parteien auf Frauen zugehen und ihre Attraktivität darstellen!

„Je mehr Frauen in den Räten, desto besser die Politik für den Ort! Politik muss noch weiblicher werden!"

Dr. Patricia Peill, Abgeordnete des Landtages NRW

Eva-Maria Voigt-Küppers
Mitglied des Landtages NRW

Starke Frauen auf Landes-ebene

©Johannes Kempen

STECKBRIEF

Name: Eva-Maria Voigt-Küppers

Position: Mitglied des Landtages NRW (MdL), stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Partei: SPD

Seit wann MdL? 2010

Seit wann in der Politik? 1974

Wahlkreis Aachen III (Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath und Würselen)

MACHT. MIT. FRAUEN!

Sie sind staatlich anerkannte Erzieherin. Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen?

Für mich bedeutet Politik Verantwortung, Einsatz für andere Menschen sowie Gestaltung lebenswerter und sozialer Lebensumstände. Der SPD bin ich schon 1974 beigetreten und habe es als junge Frau bis in den Landesvorstand der Jusos gebracht. Seit 1994 bin ich Mitglied des Stadtrats und des Jugendhilfeausschusses in Würselen. 2010 wurde ich durch den SPD-Unterbezirk Kreis Aachen als Landtagskandidatin aufgestellt und konnte prompt das Direktmandat gewinnen. Seitdem bin ich direkt gewählte Abgeordnete für Alsdorf, Baesweiler, Herzogenrath und Würselen.

Welche Erfahrungen machen Frauen, die sich politisch engagieren (möchten)? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Frauen kämpfen immer noch mit Vorurteilen, die sich meist auf überholte, tradierte gesellschaftliche Rollenbilder gründen. Sie werden belächelt, nicht ernst genommen, ihre Kompetenz wird angezweifelt. Zielstrebige und fordernde Frauen gelten oft als unsympathisch und zickig, während diese Eigenschaften bei Männern als Durchsetzungsfähigkeit gewertet werden. Bis heute ist es so, dass Frauen oft nur dann kandidieren „dürfen“, wenn sich kein Mann für dieses Amt interessiert.

Welche Maßnahmen tragen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und politischem (Ehren-)Amt bei?

Veränderungen müssen in den Köpfen anfangen und hieran hapert es an vielen Stellen noch. Das deutsche Steuer- und Versicherungssystem sorgt in weiten Teilen dafür, dass eigentlich überholte Familienstrukturen erhalten bleiben. Ein markantes Beispiel hierfür ist das Ehegattensplitting, das im ganz überwiegenden Teil der Fälle dafür sorgt, dass es die Frauen sind, die nach der Geburt eines Kindes gar nicht mehr oder nur noch in Teilzeit arbeiten. Wichtig ist ein Ausbau der Kindertagesstätten und Ganztagsschulen. Das ist nicht nur ein Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern von solchen Einrichtungen und den dortigen Bildungsangeboten profitieren auch die Kinder ganz deutlich. In der Kommunalpolitik müssen die Strukturen modernisiert werden. Sitzungen der Räte, Ausschüsse und Parteigremien bis in den späten Abend hinein sind eine Zumutung für das Familienleben. Ein schonender Umgang mit der knappen Ressource Zeit kann dazu beitragen, die Beteiligungs-

möglichkeiten der zeitlich besonders belasteten Frauen zu verbessern. Das gilt aber nicht nur für die Frauen: Laut einer aktuellen Studie ist die jüngere Generation der männlichen Kommunalpolitiker in Deutschland ebenfalls daran interessiert, den hohen Zeitbedarf einzuschränken.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

Schlechte Rahmenbedingungen in der haupt- und ehrenamtlichen Politik haben zum Ergebnis, dass Frauen ebenso wie im Beruf, viel seltener Karriere machen können. Der Aussage, dass Politik „jünger und weiblicher" werden muss, stimmt fast jeder zu. Häufig ist es aber so, dass es bei dieser symbolischen Zustimmung bleibt und keine konkreten Maßnahmen folgen. Notwendig ist eine Kultur der Anerkennung und gegenseitigen Wertschätzung. Gerade junge Eltern befinden sich häufig in der „rush hour des Lebens" – sie sind noch nicht lang im Beruf, sie müssen sich um ihre Familie kümmern und möchten sich noch ehrenamtlich engagieren. Für diese Mehrfachbelastung besteht oft wenig Verständnis. Die Parteien müssen die Frauen- und Nachwuchsförderung in den Blick nehmen und die Herausforderungen, vor denen diese im Leben gerade stehen, dabei unbedingt beachten. Sie müssen außerdem Plattformen bieten, damit sich junge Frauen und Eltern vernetzen und Erfahrungen austauschen können. Die Einbindung weiblicher Vorbilder in den Austausch bietet hierbei große Chancen.

„Vor 100 Jahren wurde das Frauenwahlrecht eingeführt. Höchste Zeit, diesen historischen Schritt zum Anlass zu nehmen und die Bedingungen zu verbessern!"

Eva-Maria Voigt-Küppers, Abgeordnete des Landtages NRW

In den Bundesländern gibt es verschiedene Initiativen zur Steigerung des Frauenanteils. Welche halten Sie für erfolgsversprechend?

Der Zugang für Frauen in politische Organisationen muss erleichtert sowie das Interesse von Frauen an der Politik geweckt werden. Erfolgreich werden wir nur sein, wenn wir ein Bündel von Maßnahmen in Betracht ziehen. Wir Frauen werden nicht alle von derselben Maßnahme angesprochen. Erfolgversprechend scheinen mir daher alle Maßnahmen, die

- das Engagement von Frauen sichtbar machen, so dass Vorbildwirkung entstehen kann
- die Netzwerkbildung von ehrenamtlich engagierten und hauptamtlichen Frauen unterstützen
- vorhandene politische Strukturen öffnen und modernisieren
- eine gezielte Nachwuchs- und Frauenförderung durchführen wie z.B. durch Mentoring-Programme.

Hervorheben möchte ich dabei die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen – AsF in der SPD. Die AsF hat sich die Gleichstellung von Frauen und Männern in Partei und Gesellschaft zum Ziel gesetzt. Sehr interessant finde ich außerdem die Arbeit des Helene Weber Kollegs (www.frauen-macht-politik.de). Es ist die erste bundesweite und parteiübergreifende Plattform für engagierte Frauen in der Politik. Das Kolleg wurde 2011 ins Leben gerufen, um mehr Frauen für die (Kommunal-)Politik zu gewinnen und ihre Einstiegs- und Aufstiegschancen zu verbessern sowie den bundesweiten wie internationalen Austausch und die Zusammenarbeit von (Kommunal-)Politikerinnen zu fördern.

Brauchen wir eine Frauenquote in den Parlamenten?

Ja. Die Zeiten, in denen die politischen Teilhabe- und Aufstiegschancen für Frauen allein dem guten Willen der Parteien überlassen werden sollten, sind vorbei. Es ist Zeit für ein Paritätsgesetz! Dafür setzt sich die SPD, auch deren männliche Mitglieder, ein. Wir haben mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 2019 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen eingebracht, der sich in der Beratung befindet. Wir möchten, dass gesetzlich festgelegt wird, dass Landeslisten abwechselnd von Frauen und Männern besetzt werden.

Ingrid von Morandell
Mitglied im Städteregionstag Aachen

Starke Frauen auf Kommunalebene

©R. Duschner

STECKBRIEF

Name: Ingrid von Morandell

Position: Mitglied im Städteregionstag Aachen, Fraktionsvorsitzende

Partei: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seit wann im Städteregionstag?
2009

Seit wann in der Politik?
2004 – Mitglied der Grünen seit 2005

MACHT. MIT. FRAUEN!

Auf der kommunalen Ebene ist der Anteil der Politikerinnen oft noch geringer als auf der Bundes- oder Landesebene. Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe dafür?

Kommunalpolitik ist sicherlich weniger „sexy" – lokale Themen sind meist sehr konkret und oft langwierig. Themen auf Landes- und Bundesebene lassen mehr Diskussionsspielraum und entwickeln sich oft aus allgemeinpolitischen Fragen, wie zum Beispiel dem Umgang mit dem Klimawandel oder auch der Gleichberechtigung. Also bei uns Grünen gehen dann neue Frauen oft lieber in die Landes- oder Bundespolitik … und fehlen in der Kommunalpolitik.

In den Kommunen fehlen ganz sicher auch mehr positive weibliche Beispiele – „der" Ratsherr und „der" Bürgermeister dominieren nach wie vor und sind in der Öffentlichkeit einfach stärker präsent. Die vielen Frauen, die sich auf kommunaler Ebene engagieren, ob in Elterninitiativen, Mensavereinen, Flüchtlingshilfen oder Schulpflegschaften (um nur einige Beispiele zu nennen), tauchen da in der Öffentlichkeit nicht entsprechend auf. Dieses Engagement wird auch nicht als politisches Engagement gewertet und geschätzt.

Welche Erfahrungen machen Frauen, die sich politisch engagieren (möchten)? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Sie erfahren, dass sie etwas bewegen können! Sie erfahren, dass sie ihr eigenes Lebensumfeld und das Lebensumfeld der Menschen in ihrer Stadt oder Gemeinde aktiv verbessern können. Sie haben Einfluss darauf, wie Schulen ausgestattet werden, wie Spielplätze und Kindertagesstätten gestaltet werden und wie auch der Natur ihr Raum gegeben werden kann. Sie erfahren auch, dass ihre weibliche Akribie Früchte trägt. Dass Nachfragen (fast) immer notwendig sind und viele Diskussionen – z. B. durch eine quotierte Redner*innenliste – zu einem Zeitpunkt beendet werden, an dem schon alles gesagt wurde, nur nicht von allen.

Meine persönlich erstaunlichste Erfahrung war, dass ich mehr Zeit zur Verfügung hatte! Trotz Kind, Vollzeitjob, gewerkschaftlichen Engagements und Hobby – die Politik hat mein Zeitmanagement deutlich verbessert. … Und ich habe natürlich auch erlebt, wie stolz meine Tochter auf mich und mein Engagement war. So hat sie mich immer unterstützt.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu begegnen?

Ganz klar: Wir brauchen eine Gesetzliche Quotierung! Diese muss schon bei der Kandidat*innen-Aufstellung für Listen und Wahlkreise greifen. Parteien können für ihre Vertretungen in den Räten und Parlamenten dann nur entsprechend der Bevölkerung Kandidat*innen aufstellen – eben jeweils zur Hälfte Frauen und Männer.

Was die konsequente Anwendung bei Entsendung in Gremien, wie z.B. Aufsichtsräten, anbelangt, ist im AGG des Landes NRW eine unklare Regelung, die dringend noch eindeutigere Erläuterungen benötigt, so dass der Interpretationsspielraum so gering wie nötig wird. Plätze in Gremien, die nicht quotiert besetzt werden können, bleiben dann solange leer, bis der Quote entsprochen wird.

Ich bin überzeugt, dass es genauso viele Frauen wie Männer gibt, die sich politisch engagieren würden. Wenn wir – parteiübergreifend – engagierte Frauen ansprechen, sich erst einmal mit ihrem Knowhow als sachkundige Bürgerinnen einzubringen, um sozusagen in die Kommunalpolitik „reinzuschnuppern", so werden sie unter den vorher genannten Rahmenbedingungen auch für politische Ämter gewonnen.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

Hier gibt es tolle Mentorinnenprogramme – auch kommunale Angebote, die nicht parteibezogen sind. Männer haben sehr starke Netzwerke – wir Frauen haben da einen Nachholbedarf und müssen uns noch immer viel zu sehr als Einzelkämpferinnen gegen diese Männernetzwerke behaupten. Diese Energie sollten wir mehr für die Unterstützung von anderen Frauen einsetzen können. Auf Wahlversammlungen sollten auch Männer danach gefragt werden, wie sie denn Politik und Familie unter einen Hut bringen und wie sie entscheiden, wenn ein Kind krank zuhause ist und gleichzeitig eine Ratssitzung ansteht.

Ihr Tipp für (angehende) Politikerinnen:

Erst mal sollte Politik Spaß machen, die Themen und Aufgaben suchen, die mir am Herzen liegen! Und Politik nicht als Kampf, sondern als Chance zur Entwicklung sehen. Norbert Blüm hatte nicht Recht[59]: Wer harmoniebedürftig ist, ist genau richtig in der Politik! Denn erfolgreiche Politik ist ein wenig wie Mediation – sie führt zu dem Ziel, das für alle Beteiligten einen Vorteil bringt.

„Verantwortliches Handeln bezieht auch das politische Engagement mit ein – und das wollen wir Frauen!"

Ingrid von Morandell, Mitglied im Städteregionstag Aachen

Ulla Thönnissen
Mitglied im Städteregionstag Aachen

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Johannes Kempen

STECKBRIEF

Name: Ulla Thönnissen

Position: Fraktionsvorsitzende im Städteregionstag Aachen

Partei: CDU

Seit wann im Städteregionstag? 2009

Seit wann in der Politik? 2003

MACHT. MIT. FRAUEN!

Auf der kommunalen Ebene ist der Anteil der Politikerinnen noch geringer als auf der Landes- oder Bundesebene. Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe dafür?

Der geringe Anteil von (jungen) Frauen in der Kommunalpolitik ist aus meiner Sicht überwiegend auf zwei Gründe zurückzuführen:

1. Nach wie vor gibt es strukturell bedingte Benachteiligungen für Frauen, auch in der Politik. Ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Kompetenzen sind in Parteien und Parlamenten zu wenig präsent. Die Bedingungen, unter denen Kommunalpolitik stattfindet, sind für berufstätige Frauen oder Mütter extrem ungünstig. Politik auf der kommunalen Ebene ist ein Ehrenamt und sehr zeitintensiv. Die Sitzungen finden überwiegend in den Abendstunden (nach Feierabend) statt – die Strukturen sind insgesamt familienunfreundlich.

2. Frauen kommunizieren „anders“ als Männer und es gibt Strukturen, in die Frauen nur sehr schwer hineinkommen. In der Parteiversammlung wird zwar diskutiert, aber das Wesentliche wird oft anschließend oder im Vorfeld verhandelt. Viele Frauen haben darauf keine Lust, und waren bislang in diesen Runden auch nicht besonders willkommen. Und immer noch wird das Engagement von Frauen stärker hinterfragt. Auf der einen Seite ist es heute selbstverständlich, dass Frauen in der Politik vertreten sein sollen, auf der anderen Seite sind sie immer noch in den entscheidungsmächtigen Gremien unterrepräsentiert.

Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja: wodurch, durch wen?

Da ich schon immer ein politischer Mensch war, habe ich durch einen intensiven Kontakt mit der Frauenunion in Aachen im Jahr 2006 den Entschluss gefasst, mich parteipolitisch zu engagieren und im Jahr 2009 erstmalig für ein kommunalpolitisches Mandat kandidiert. Unterstützung habe ich anfänglich fast ausschließlich von anderen Frauen erfahren. Im Jahr 2011 bin ich für mein kommunalpolitisches Engagement von der Bundesregierung mit dem „Helene-Weber-Preis“ ausgezeichnet worden. Der Preis war für mich weitere Motivation, ehrenamtlich weiterhin in der Politik zu arbeiten.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu begegnen?

Es müssen dringend Strukturen verändert (modernisiert) werden, damit Frauen sich (stärker) im kommunalpolitischen Umfeld engagieren (können). Beispielsweise könnte man deutlich mehr Gremiensitzungen digital veranstalten, damit Frauen die Möglichkeit der Teilnahme haben. Es bedarf Veränderungen in der politischen Kultur. Vor allem müssen strukturelle Barrieren abgebaut werden. Hierfür könnten – wie in anderen Ländern auch - gesetzliche Vorgaben ein wirksames Instrument sein. Darüber hinaus müssen alle Kommunalpolitiker besser geschützt werden. Angriffe werden persönlicher, verbale Aggression wird deutlich ausgeweitet und geht über viele bisher vorhandene Grenzen hinaus. Ein höherer Frauenanteil ist nicht nur unter demokratischen Gesichtspunkten wichtig, sondern insbesondere auch weil Frauen Kompetenzen, Sichtweisen und Alltagserfahrungen in die Kommunalpolitik einbringen, die unverzichtbar sind. Außerdem sollte endlich ein „Leitbild Frauenförderung“ erstellt werden. Erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen könnten als Vorbild herausgestellt werden, wie Amt, Familie und Beruf deutlich besser vereinbar ist.

Brauchen wir eine Frauenquote in den Parlamenten? Wie stehen Ihre männlichen Kollegen dazu?

Wir brauchen keine Frauenquote, wir brauchen Parität. Frauen stellen über die Hälfte der Bevölkerung – eigentlich müsste es selbstverständlich sein, dass sie im gleichen Maße wie Männer auf politische Entscheidungen und die Gesetzgebung Einfluss nehmen. 100 Jahre nach der Einführung des Frauenwahlrechts ist dies immer noch nicht der Fall. Und obwohl die Gleichberechtigung in unserem Grundgesetz verankert ist, gibt es nach wie vor strukturell bedingte Benachteiligungen für Frauen in der Politik. Es gibt durchaus männliche Kollegen, die das genauso sehen. Aber natürlich gibt es genauso gut diejenigen unter den männlichen Kollegen, die alles dafür tun, die alten Machtstrukturen zu erhalten.

Ihr Tipp für (angehende) Politikerinnen:

Angehende Politikerinnen sollten sich auf jeden Fall innerhalb des politischen Umfelds Netzwerke mit anderen Politikerinnen (durchaus überparteilich) suchen oder schaffen. Darüber hinaus kann ich aus meiner Erfahrung sagen: Nehmt euch Helene Weber (eine der Mütter des Grundgesetzes) zum Vorbild und seid konsequent lästig, wenn man euch bremsen will! Lasst euch nicht entmutigen, wenn die Geduld auf die Probe gestellt wird und sucht euch erfahrene Mentorinnen, mit denen ihr eure Erfahrungen und eure Lösungsansätze austauschen könnt.

„Macht zu gleichen Teilen – das Thema muss weiter vorangetrieben und der Weg für Parität geebnet werden.“

Ulla Thönnissen, Mitglied im Städteregionstag Aachen

Anna Stelten
Mitglied des Kreistages Heinsberg

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Anna Stelten

Auf der kommunalen Ebene ist der Anteil der Politikerinnen noch viel geringer als in den meisten Bundesländern. Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe?

Meine Erfahrung ist, dass oft die Arbeit im Hintergrund von fleißigen Frauen gemacht wird, im Vordergrund aber Männer stehen. Ich wünsche mir, dass – wenn es um Wahlen und Ämter geht – Frauen viel selbstbewusster auftreten. Außerdem: Wenn in Beziehungen die Kinderbetreuung und die Haushaltsbetreuung gerecht aufgeteilt ist, dann haben beide die Zeit, um sich in der Kommunalpolitik zu engagieren.

Welche Erfahrungen machen Frauen, die sich politisch engagieren (möchten)? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Man muss sich beweisen. Man muss Leistung zeigen. Alle Parteien haben Probleme, Neumitglieder zu werben. Ich habe leider den Eindruck, dass trotzdem Neulinge – gleich ob männlich oder weiblich – manchmal eher als Konkurrenz betrachtet werden und nicht als Bereicherung. Das ist schade! Als Vorsitzende eines Gemeindeverbandes versuche ich genau das zu ändern. Jeder soll die Chance haben, sich so politisch einzubringen, wie es ihr oder ihm wichtig ist. Das Geschlecht darf dabei keine Rolle spielen.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu begegnen?

Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement muss gewährleistet sein. Ratssitzungen und Parteiveranstaltungen müssen familienfreundlich terminiert sein. Hierbei sind auch Wirtschaft und Arbeitgeber gefragt. Nur durch Flexibilität in allen Bereichen wird mehr Frauen der Zugang zur Kommunalpolitik erleichtert.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

Es hilft sehr, wenn langjährig engagierte Frauen interessierten Frauen, die neu dabei sind, von ihren Erfahrungen in der Politik berichten. Dabei kann man viel für die eigene Arbeit mitnehmen, mehr als durch gönnerhaft gemeinte Ratschläge. Aber wichtig ist doch vor allem, den politischen Einsatz des Einzelnen nach Ideen, Arbeit und Leistung zu bewerten und nicht nach Geschlecht.

Ihr Tipp für (angehende) Politikerinnen:

Nicht aufgeben und beharrlich für seine Ziele eintreten.

„Politik sollte immer einen Querschnitt der Gesellschaft darstellen. Unsere Gesellschaft braucht mehr engagierte Frauen, die sich einbringen."

Anna Stelten, Mitglied des Kreistages Heinsberg

Dr. Maria Schoeller
Mitglied des Kreistages Düren

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Maria Schoeller

STECKBRIEF

Name: Dr. Maria Schoeller

Position: Mitglied des Kreistages Düren

Partei: CDU

Seit wann Kreistagsabgeordnete? 2014

Seit wann in der Politik? 2004

MACHT. MIT. FRAUEN!

Auf der kommunalen Ebene ist der Anteil der Politikerinnen noch viel geringer als in den meisten Bundesländern. Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe?

Trotz der Schwierigkeit von Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagieren sich sehr viele Frauen ehrenamtlich im sozialen Bereich. Bei meinen Bemühungen um Mitstreiterinnen im politischen Bereich kam häufig die Antwort „Politik ist ein schmutziges Geschäft, ich arbeite lieber im sozialen Bereich mit“. Wir müssen der Politik vor Ort das Image nehmen, dass es aus politischen Grabenkämpfen, Profilierungssüchten und Vetternwirtschaft besteht. Der Zeitbedarf für die politische Arbeit muss zudem überschaubar sein. Sitzungen müssen sach- und ergebnisorientiert sein und dürfen nicht aus langen Monologen bestehen. Das halten Frauen, die zwischen Familie, Beruf und weiteren Engagements die Zeit aufteilen müssen nur schlecht aus. In den Zeiten von Kontaktverboten in der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass Konferenzen per Video viele, nicht alle, persönliche Treffen ersetzen können. Das spart Zeit und ist gerade für Frauen mit Familien eine Möglichkeit teilzuhaben. Eine Benachteiligung als Frau in meiner eigenen politischen Arbeit habe ich bisher nicht erfahren, weiß aber von anderen Frauen, dass es lange dauern kann, bis sie ernst genommen werden.

Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja: wodurch, durch wen?

Durch meine Kinder habe ich mich in der Elternarbeit in Kita und Schule engagiert und der damalige Bürgermeister hat mich im Jahr 2004 angesprochen, ein Mandat für den Wahlkreis meines Heimatdorfes zu übernehmen. Ich war vorher politisch nicht tätig. Seit 2009 bin ich Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat und seit 2014 habe ich auch ein Mandat im Kreistag Düren für die Gemeinde Merzenich. Unterstützt wurde ich in den ganzen Jahren von meiner Familie, denn ein politisches Mandat, gerade als Fraktionsvorsitzende, ist mit einem erheblichen Vorbereitungsaufwand und mit vielen Sitzungsterminen verbunden. Oft kam es einem Vollzeitjob gleich. Mein Mann und meine 4 Kinder haben mich immer unterstützt und dafür bin ich sehr dankbar. Unterstützung in der Arbeit selbst habe ich bei Bedarf immer vom Gemeindeverband und Kreisverband und der kommunalpolitischen Vereinigung unserer Partei bekommen. Auch

der Frauenverband unserer Partei ist immer eine Stütze, wenn es um Informationen und um Austausch in problematischen Situationen geht.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu begegnen?

Der zeitliche Aufwand für das politische Mandat im Ehrenamt muss überschaubar bleiben. Themen müssen sachorientiert abgearbeitet werden. Die Entscheidungsprozesse müssen nachvollziehbar und offen sein. Frauen opfern ihre Freizeit nicht, um Entscheidungen nur abzunicken, sie möchten mitgestalten. Die Verteilung von interessanten Aufgaben und Posten muss fair und vor allen Dingen kompetenzorientiert sein.

Brauchen wir eine Frauenquote in den Parlamenten? Wie stehen Ihre männlichen Kollegen dazu?

Leider muss ich erkennen, dass eine feste Quote für einen Frauenanteil zu weitaus größeren Erfolgen um mehr Frauen unter den Mandatsträgern führt. Eigentlich bin ich keine Freundin einer Quotenregelung, aber gerade in Vorbereitung der Kommunalwahl 2020 musste ich ein Nachlassen in diesen Bemühungen um mehr Frauen in einigen Verbänden erkennen, auch weil der Druck der Partei zu diesem Thema ein wenig nachgelassen hat und somit in manchen Verbänden keine hohe Priorität mehr eingeräumt wird.

Ihr Tipp für (angehende) Politikerinnen:

Mehr Selbstbewusstsein!!!!

Wenn es um die Verteilung von Aufgaben und Posten geht, haben viele männliche Kollegen schon die Hand gehoben während wir Frauen noch überlegen, ob wir der Aufgabe gewachsen sind. Trauen Sie sich mehr zu! Dazu werden in vielen Bereichen Schulungen angeboten, die auf die anstehenden Aufgaben vorbereiten. Ein Austausch mit anderen Frauen in gleicher Situation kann oft viel helfen.

„Wir Frauen müssen uns mehr zutrauen. Mit unserem politischen Engagement kann viel bewegt werden."

Dr. Maria Schoeller, Mitglied des Kreistages Düren

Dr. Margrethe Schmeer
Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Stefan Auler

STECKBRIEF

Name: Dr. Margrethe Schmeer

Position: Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Partei: CDU

Seit wann Bürgermeisterin? seit 2009

Seit wann in der Politik? seit 1994

MACHT. MIT. FRAUEN!

Als sachkundige Bürgerin, Ratsfrau, Ausschussvorsitzende und Bürgermeisterin haben Sie verschiedene Stationen in der Politik durchlaufen. Warum ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass sich mehr Frauen politisch engagieren?

Wir brauchen mehr weibliche Vorbilder in der Politik. Frauen denken, handeln und regieren anders als Männer. Sie sind oft emphatischer, taktvoller, lösungsorientierter und pragmatischer als ihre männlichen Kollegen und nicht so laut. Daher sollte es einen ausgewogenen Proporz geben, um die unterschiedlichen Sicht- und Herangehensweisen zu berücksichtigen. Nur gemeinsam schafft man eine Politik der Vielfalt und Fairness.

Bemerkenswert im aktuellen Kontext der Covid 19-Krise: Das Forbes Magazin vom 13. April 2020 fragt, welche Länder weltweit bislang mit den wenigsten Todesopfern bezogen auf die Gesamtbevölkerung durch die Pandemie gekommen seien, und stellt fest, dass an der Spitze solche stehen, die von Frauen geführt werden: Taiwan, Neuseeland, Island, Finnland, Norwegen, Dänemark und eben auch gerade – als ein bevölkerungsreicher Nicht-Insel-Staat – Deutschland. Warum: weil diese Frauen der Bevölkerung rückhaltlos die Wahrheit in ernster Lage vermittelt und erklärt haben und weil sie entschlossen schnell einschneidende Maßnahmen durchsetzen ließen.

Das macht doch Mut!

Nur jedes zehnte Rathaus in Deutschland wird von einer Frau geführt. Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen?

Die Arbeit in kommunalpolitischen Führungspositionen ist sehr zeitintensiv und daher nicht unbedingt einfach mit einem Familienleben zu kombinieren. Die Arbeitszeiten sind großenteils ungünstig, viele Sitzungen finden am späten Nachmittag oder Abend statt. Dies kann zu Problemen bei der Kinderbetreuung führen, da Kitas und Kindergärten dann in der Regel geschlossen sind. Außerdem sind die Positionen oft befristet bzw. vom Ausgang der nächsten Wahlen abhängig. Diese Ungewissheit und die nicht langfristigen Jobperspektiven können abschreckend wirken. Oft haben Frauen ein geringeres Interesse an politischer Amtsübernahme als Männer. Sie legen zwar Wert auf das (Mit-)Gestalten und Planen, sind aber nicht so sehr an Macht und Machtspielen interessiert und arbeiten lieber

ohne Einsatz von Tricks und ohne Ellenbogenmentalität.

Welche Maßnahmen tragen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und kommunalpolitischen (Ehren-)Amt bei?

Alte Rollenklischees z.B. bei der Verteilung der Aufgaben im Haushalt und der Kinderbetreuung müssen noch tiefer hinterfragt und geändert werden. Hilfreich wären eigene städtische Betreuungseinrichtungen mit der Möglichkeit ausgedehnter Randzeitöffnungen, von denen auch andere bis spät Beschäftigte (z.B. beim Theater) profitieren könnten. Außerdem die Möglichkeit, Kinder im Bedarfsfall mit zur Arbeit zu bringen, wenn sie dort stundenweise betreut werden könnten, oder dass Materialien zur selbstständigen Beschäftigung von Kindern vom Arbeitgeber angeschafft werden.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu begegnen?

Netzwerke unter Frauen müssen weiter verstärkt werden. Eine häufig schon praktizierte Maßnahme ist ein politisches Mentoringprogramm: Eine Frau, die sich für eine politische Arbeit interessiert, wird von einer anderen Frau geschult und in den Arbeitsbereich eingeführt. Dies kann den Start erleichtern und als „Mutmacher" fungieren.

Wie stehen Sie zur Quote?

Die Besetzung einer Stelle sollte grundsätzlich nach Qualität und Leistung erfolgen, denn niemand möchte auf Dauer als „nur Quotenfrau" angesehen werden. Aber eine Frauenquote schafft Bewusstsein für ungleiche Verhältnisse und kann als Triebfeder nützlich sein. Sie ermöglicht Frauen, sind sie erst einmal im Amt, sich zu beweisen und zu zeigen, dass genau sie die Richtigen sind. Wünschenswert wäre natürlich, dass eine Frauenquote bald nicht mehr nötig ist.

Ihr Tipp für (angehende) Politikerinnen:

Frauen sollen mutig sein und sich nicht von der Männerdominanz in der Politik abschrecken lassen. Und sie sollten sich immer trauen, Fragen zu stellen, um Unsicherheiten zu beseitigen. Denn Fragen heißt wissen wollen, anfängliche Unwissenheit ist normal und kein Makel.

„Gerade meine Partei, die CDU, hat noch deutlichen Nachholbedarf dabei, den Gender-Gap aufzufüllen. Aber es gibt auch Hoffnung. Yes, we can..., frei nach Obama!"

Dr. Margrethe Schmeer, Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Hilde Scheidt
Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Heike Lachmann

STECKBRIEF

Name: Hilde Scheidt

Position: Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Partei: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Seit wann Bürgermeisterin? 2004

Seit wann in der Politik? 1994

MACHT. MIT. FRAUEN!

Was hat Sie darin bestärkt, in die Politik zu gehen? Haben Sie Unterstützung auf Ihrem Weg in die Politik erhalten. Wenn ja, wodurch bzw. durch wen?

Als junge Frau in den 80ern politisiert durch die Friedensbewegung, dem Kampf gegen Atomkraft und für Gleichberechtigung von Frauen, war es 1994 mein Wunsch, in der Stadt, in der ich mit meiner Familie lebe, politisch aktiv zu werden. Bei den Grünen fand ich die Unterstützung, die ich brauchte, um mich in die Kommunalpolitik einzuarbeiten. Schnell wurde deutlich, dass ich mich zu sozialpolitischen Themen engagieren wollte. Es machte Spaß, ich bekam Anerkennung und war zunächst sachkundige Bürgerin im Sozialausschuss. Damit konnte ich Einfluss nehmen auf politische Entscheidungen, ich hatte die Unterstützung meiner Fraktion und der Erfolg gab mir Recht. 1999 folgte die erste Kandidatur für den Stadtrat, danach war ich Spitzenkandidatin der Aachener Grünen im Bundestagswahlkampf, seit 2004 bin ich Grüne Bürgermeisterin der Stadt Aachen … eine Erfolgsgeschichte, die nur realisierbar ist durch die Anerkennung der Menschen, die mir als Politikerin vertrauen. Politisch arbeiten heißt für mich nicht selbstverliebt nach dem nächsten Amt streben, sondern Ziele und Inhalte in den Vordergrund stellen.

Wäre Ihre politische Karriere anders verlaufen, wenn Sie ein Mann wären?

Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten. Einerseits erleben wir, dass viele Frauen in die erste Reihe gehen und hervorragende Karrieren in der Politik machen, sie sind an der Spitze angekommen. Andererseits sinkt der Frauenanteil in den politischen Gremien. Sicher spielt hier auch der hohe Zeitaufwand (den man nicht unterschätzen sollte) eine Rolle. Viele Frauen sind durch Beruf und Familie hochbelastet, da reicht das Zeitbudget nicht immer für ein zusätzliches politisches Amt. Als Mann ist es dagegen oft selbstverständlich und gesellschaftlich akzeptiert, dass er sich diese Zeit nimmt. Die „Frau an seiner Seite“ ist die Variante, die gern gesehen wird. Frauen müssen häufig nicht nur die doppelte Leistung bringen, sondern sich auch in der Gesellschaft rechtfertigen. Ich wurde oft gefragt: „Wie kommt denn deine Familie damit zurecht?“ Gleichzeitig habe ich erfahren, dass gute Leistungen und Kompetenzen hohe Anerkennung bringen, es aber auch Netzwerke und Support innerhalb der Gremien braucht. In meiner Partei ist die Quotierung von 50 % bei allen

Wahlen und die Doppelspitze der Führung von Partei und Fraktion fest verankert. Also die gleichberechtigte Chance für Frauen und Männer.

Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen?

Ich erfahre, dass hier, wie in vielen Lebensbereichen, noch immer ein tradiertes Frauenbild vorherrscht. Frauen dürfen politisch arbeiten, vorzugsweise zu den klassischen (Frauen-) Themen Soziales und Familie. Aber ich bin überzeugt, dass sich etwas bewegt. Greta Thunberg hat mit ihrer Bewegung „fridays for future" junge Menschen in der ganzen Welt überzeugt, für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und ein neues gerechtes Wirtschaftssystem auf die Straße zu gehen. Sie ist das Gesicht einer ganzen Generation und macht jungen Frauen Mut, sich politisch zu engagieren. Ich bin sicher, damit werden die politischen Gremien in den Kommunen weiblicher. Dazu braucht es jedoch den festen Willen, Dinge zu verändern und selbstbewusst in die erste Reihe zu gehen. Also nur Mut, Ihr Frauen!

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu begegnen?

Alle Parteien und politischen Gruppen haben viele Möglichkeiten, junge Frauen aktiv in ihre Arbeit einzubeziehen. Wir erleben ja gerade eine neue Politisierung der jungen Generation – durch Fridays for Future, den Protest gegen die Asylpolitik der EU, den Kampf gegen Rechtsextreme, Intoleranz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Besonders Schulen haben hier eine wichtige Schlüsselrolle. Die Chance einer demokratischen Bildung wird an den Schulen aktiv wahrgenommen und auch hier können junge Frauen erfahren, wie wichtig das gesellschaftliche Engagement ist. Ich bin sicher, dass sie ihre Chancen ergreifen werden, politisch aktiv zu sein.

Ein Frauenanteil von 50 % in allen Gremien ergibt den gleichberechtigten Anspruch auf Führungspositionen. Diese Regel müsste in allen Gremien gelten, nicht nur in der Politik. Schauen wir uns die Fotos aus der Politik, von Aufsichtsräten und Kommissionen an, hier ist „Mann" meistens unter sich.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

Durch Mentoring-Programme können wir gezielt fördern und Frauen auf die Aufgaben in kommunalen Ämtern vorbereiten. Erfahrene Politikerinnen geben ihre Kompetenzen weiter und werden begleitet von politisch interessierten Frauen. So wird politische Arbeit erfahrbar, Unsicherheiten und Ängste beseitigt und der Einstieg in ein kommunales Mandat vorbereitet. Frauen nehmen sich leider gerne erst einmal zurück, sie lernen aber durch diese Begleitung, sich und ihre Fähigkeiten positiv einzuschätzen und selbstsicher nach vorne zu gehen.

„‚Die Gleichberechtigung in Italien ist erst dann erreicht, wenn auch einmal eine total unfähige Frau in eine verantwortliche Position aufgerückt ist.' Agata Cappiello, italienische Frauenrechtlerin, Turin. Dieser Satz hat für mich weltweite Gültigkeit!"

Hilde Scheidt, Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Margareta Ritter
Bürgermeisterin der Stadt Monschau

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Margareta Ritter

„Mir ist bewusst, wie wichtig ein gesellschaftliches und politisches Engagement von Frauen und Müttern ist."

Margareta Ritter, Bürgermeisterin der Stadt Monschau

STECKBRIEF

Name: Margareta Ritter

Position: Bürgermeisterin der Stadt Monschau

Partei: CDU

Seit wann Bürgermeisterin? seit 2009

Seit wann in der Politik? seit 1991

MACHT. MIT. FRAUEN!

Warum sollten sich mehr Frauen politisch engagieren bzw. in die Politik gehen?

Politische Beteiligung von Frauen ist für das Selbstverständnis in der Gesellschaft notwendig. Ich betrachte Frauen, auch in kommunalpolitischen Führungspositionen als normalen und zeitgemäßen Vorgang.

Welche Erfahrungen machen Frauen, die sich politisch engagieren (möchten)? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Der Zugang zu politischem Engagement beginnt in der Regel an der Basis, vor Ort. Dieser Zugang ist meines Erachtens gerade auch für uns Frauen leicht, weil wir immer noch in der Minderheit sind und auch unsere männlichen Parteifreunde dankbar für politisches Engagement sind. Hier kann man gute Erfahrungen sammeln und auch direkt Erfolge – oder Misserfolge – kennenlernen. Die Bürgernähe und die damit verbundenen zeitnahen und spürbaren Gestaltungsmöglichkeiten

können dabei sehr motivierend sein. Wenn es um Führungspositionen geht, darf man nicht warten, bis man gefragt wird, sondern sollte den Hut in den Ring werfen.

Wie meistern Sie den Balanceakt zwischen Politik/Beruf und Familie? Haben Sie ein persönliches Beispiel für gelungene Vereinbarkeit?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf/ Politik ist immer ein riesiger Spagat. Dank der Unterstützung meiner Eltern, in unserem Mehrgenerationenhaus, war mir der Balanceakt dankenswerterweise mit einem guten Gefühl möglich. Ich bin froh, dass vermehrt auch junge Männer die Vereinbarung von Familie und Beruf suchen und damit ein modernes Bild partnerschaftlicher Familienarbeit schaffen.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu begegnen?

Hier hat sich in den vergangenen Jahren zwar einiges leicht positiv entwickelt. Eine deutliche Verbesserung in den Betreuungsangeboten ist für die Vereinbarung von Familie und Beruf unbedingt erforderlich, um mehr Frauen auch für kommunalpolitische Führungspositionen zu gewinnen. Unsere CDU-geführte Landesregierung hat mit dem Kinderbildungsgesetz – KIBIZ- neue und wesentliche Impulse hierfür gesetzt.

Brauchen wir eine Quote um den Frauenanteil in der Politik zu steigern? Wie stehen Ihre männlichen Kollegen dazu?

Die Quote ist aus meiner Sicht ganz einfach notwendig, um ein zeitgemäßes Rollenverständnis herbeizuführen. Ich respektiere dabei andere Meinungen, von Männern, aber auch von Frauen.

Anna-Katharina Horst Bürgermeisterin der Gemeinde Weilerswist

Starke Frauen auf Kommunalebene

©Anna-Katharina Horst

STECKBRIEF

Name: Anna-Katharina Horst

Position: Bürgermeisterin Gemeinde Weilerswist

Partei: PARTEILOS

Seit wann Bürgermeisterin? 2015

Seit wann in der Politik? 2010

MACHT. MIT. FRAUEN!

Was sind aus Ihrer Erfahrung die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen?

Befragt nach der Zusammenarbeit mit mir, der Bürgermeisterin, antwortete ein Fraktionsvorsitzender sinngemäß, dass „man mit Frauen arbeiten könne, aber es mit Männern einfacher ist". So banal diese Aussage klingt, so sehr trifft sie den Punkt. Politisch interessierte Frauen und Männer wollen gestalten. Die Herangehensweise ist jedoch häufig verschieden. Männer bauen ihre Netzwerke auf, sichern sich ihre Position in Partei und ihren Gremien mit gegenseitigen Abhängigkeiten. Gestaltung erfolgt über einen eher machtorientierten Weg, denn es geht auch immer um die Frage, wer setzt sich durch, wer geht mit einem (persönlichen) Vorteil aus der Auseinandersetzung heraus. Wortgefechte, Drohgebaren etc. sind ritualisiert. Aufgrund ihrer Erziehung bedienen Frauen die Verhaltensweisen eher selten. Das irritiert und verunsichert. Bei der Besetzung von Führungspositionen tritt die Machtorientierung einerseits und die Irritation zum „anderen" Verhalten andererseits ganz besonders hervor. Ich habe erlebt, dass ich meine Bewerbung um das Bürgermeisteramt eher rechtfertigen als begründen musste. Während in der Regel in familiären Krisen den Frauen die Krisenbewältigung mit den hierfür erforderlichen Führungs- und Managereigenschaften selbstverständlich zugesprochen wird, müssen sie Führungskompetenzen in Politik und Wirtschaft erst einmal beweisen. Bei Männern ist es häufig genau umgekehrt. Reflektiere ich meine Erfahrungen und mein eigenes Verhalten, sind Frauen auch emotional, aber eher daran orientiert, eine Lösung zu einem Sachverhalt zu finden, ohne die Rituale der verbalen

„Ich wünsche mir, dass der Blickwinkel der Frauen bei politischen Entscheidungen mehr Gewicht erhält."

Anna-Katharina Horst, Bürgermeisterin der Gemeinde Weilerswist

Machtdemonstration. Beide Seiten sind von der Verhaltensweise der jeweils anderen Seite irritiert, fühlen sich verunsichert, teils abgestoßen. Und leider zeigt die Realität, dass die Andersartigkeit von beiden Seiten nicht als Bereicherung empfunden wird, sondern mehr oder weniger offen als Grund für eine Abgrenzung herhalten muss. Deshalb müssen beide Seiten ihre Komfortzonen verlassen, wenn sich etwas ändern soll.

Ein weiterer Grund ist das aktuelle Parteien- und Selbstverwaltungssystem. Es setzt auf patriarchalisch orientierten Strukturen des letzten Jahrhunderts auf. System und Strukturen schließt viele Frauen und Männer mit den heute aktuellen Lebensmodellen vieler Frauen und Männer aus. Hinzu kommt, dass die Wahrnehmung zu den Frauen in der Öffentlichkeit häufig auf Äußerlichkeiten reduziert wird. Denken Sie an die Diskussionen zur Frisur der Kanzlerin zu Beginn ihrer Amtszeit.

Wäre Ihre politische Karriere anders verlaufen, wenn Sie ein Mann wären? Falls ja, warum?

Ich bin relativ spät in die Kommunalpolitik eingestiegen und habe die sonst in den Parteien übliche Ochsentour nicht durchlaufen. Im Wahlkampf 2015 wurde ich als Seiteneinsteigerin und Überraschungskandidatin von der CDU zur Kandidatin für das Bürgermeisteramt nominiert. Manchem Gespräch mit Parteimitgliedern konnte ich entnehmen, dass man mir wenn überhaupt Außenseiterchancen gegen den Amtsinhaber einräumte. Ich gehe davon aus, dass ich als Mann nicht unter den beschriebenen Voraussetzungen nominiert worden wäre.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen?

Da bisher in unserem demokratischen System die Einbindung der Frauen nicht selbstverständlich erfolgte, sollte meiner Meinung nach mit einer konsequenten rechtlich verankerten Quotenregelung dieser Prozess auf den Weg gebracht werden. Dieser Ansatz ließe sich relativ kurzfristig umsetzen.

Erst eine Änderung unseres Parteien- und Selbstverwaltungssystems dahingehend, dass politisches Engagement besser mit Familie und Beruf vereinbar sind, kann eine nachhaltige Steigerung des Frauenanteils in der Politik verankern.

Welche konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um der Unterrepräsentanz von Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen zu begegnen?

Quotenregelung für kommunalpolitische Gremien.

Wie können Frauen, die sich für eine politische Laufbahn interessieren, gezielt unterstützt und gefördert werden?

An erster Stelle steht für mich die Einführung in Netzwerke und die Vermittlung von Kontakten. Da ich selber einige Jahre im Marketing gearbeitet habe, befürworte ich ein Mentoring zur Marke „Ich“. Der kritische Vergleich mit den Mitbewerber*innen zu den Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken, strategische Zielentwicklung die Entwicklung eines Konzeptes, das die Zielerreichung unterstützt, sind wichtige Themen des Mentorings. Hierzu gehört ebenfalls eine Reflexion rollenspezifischer Sprache und Verhaltensmuster, um eigenes Verhalten und das Verhalten anderer besser zu verstehen.

So geht Parität: Empfehlungen der befragten Politikerinnen auf einen Blick

„Politik sollte den Anspruch haben, die Bevölkerung in ihrer Vielfalt möglichst gut abzubilden."

„Frauen und Männer müssen gleichberechtigt an der politischen Willensbildung und an den politischen Entscheidungen beteiligt sein."

Politik wird weiblicher werden, wenn …

- eine gesetzliche Quotierung bzw. ein Paritätsgesetz beschlossen wird.
- politische Strukturen modernisiert und Gremien familienfreundlicher werden, so dass Frauen Beruf, Familie und politisches Ehrenamt besser vereinbaren können, indem
  - Sitzungstermine flexibel und mit verlässlichem Zeitlimit gestaltet werden,
  - neue Arbeitszeitmodelle und digitale Kommunikationsmöglichkeiten genutzt werden, welche die politische Arbeit ortsunabhängig möglich machen und eine neue Form der politischen Partizipation bieten,
  - Kinderbetreuung verbessert wird (durch den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsbetreuung an Schulen sowie Hortbetreuung, mehr Kindergartenplätze mit Öffnung der Randzeiten, stärkere Förderung von Tageseltern und Betriebskindertagesstätten),
  - Kinder im Bedarfsfall mit zur Arbeit gebracht werden können, sofern sie dort stundenweise betreut werden können.
- Gremien eine projektbezogene Mitarbeit ermöglichen,
- der Zugang für Frauen in politische Organisationen erleichtert wird, indem Parteien
  - die Frauen- und Nachwuchsförderung mehr in den Blick nehmen
  - engagierte Frauen gezielt ansprechen
  - eine Willkommenskultur schaffen
  - Plattformen zur Vernetzung von jungen Frauen und Eltern bieten
- überholte Rollenklischees aufgebrochen werden, Haus- und Sorgearbeit in der Familie nicht mehr als reine Frauensache gesehen und gerechter aufgeteilt werden.

Frauen können gezielt unterstützt und gefördert werden durch …

- Vernetzung (etwa von ehrenamtlich engagierten und hauptamtlichen Frauen) und „Voneinander lernen“,
- Gezielte Ansprache von Frau zu Frau (gemeinsamer Besuch von Veranstaltungen, Patenschaften durch politisch engagierte Frauen),
- weibliche Vorbilder („der“ Ratsherr oder „der“ Bürgermeister dominieren in der allgemeinen Wahrnehmung),
- Mentoring-Programme,
- Gezielte Schulungsangebote.

Tipps für angehende Politikerinnen und politisch Interessierte:

- mutig(er) und selbstbewusst(er) auftreten,
- Ziele aktiv verfolgen,
- gerechte Aufteilung der Haus- und Sorgearbeit einfordern,
- schneller „ja“ sagen und Entscheidungen treffen im Vertrauen auf ein unterstützendes Frauennetzwerk
- konsequent „lästig“ bleiben, wenn „frau“ ausgebremst wird
- beharrlich für die eigenen Ziele eintreten.

Good Practice

Ein Blick auf die EU-Länder

Im Großteil der 27 EU-Staaten gibt es bereits Quotenregelungen – teils gesetzlich vorgegeben, teils als freiwillige Selbstverpflichtung der Parteien. Belgien, Frankreich, Griechenland, Irland, Kroatien, Luxemburg, Italien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien haben Parität gesetzlich verankert. Dabei zeigt sich: Während Länder wie Frankreich erfolgreich mit einem Parité-Gesetz sind, gibt es Länder, die auch ohne gesetzlich festgeschriebene Quote hohe Frauenanteile in der Politik vorweisen können. Erwartungsgemäß sind die Staaten die Schlusslichter innerhalb der EU, in denen es weder parteiinterne noch gesetzliche Quotenregelungen gibt (Malta mit 13,4 % und Ungarn mit 12,1 %).

Frankreichs „Loi sur la parité“

Auch in Frankreich kam das Parité-Gesetz nicht über Nacht: Parteienbündnisse, eine starke Zivilgesellschaft, große mediale Aufmerksamkeit – und eine Verfassungsänderung. 1999 wurde Artikel 3 der Verfassung der Fünften Republik um den Absatz ergänzt: „Das Gesetz fördert den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu den Wahlmandaten und auf einer Wahl beruhenden Ämtern.“ Mit einer Ergänzung des Artikels 4 wird an die Parteien appelliert: „Sie [die politischen Parteien] tragen unter den gesetzlich festgelegten Bedingungen zur Verwirklichung des im letzten Absatz von Artikel 3 enthaltenen Grundsatzes bei.“ Das „Loi sur la parité“ (Gesetz für die Parität), das am 6. Juni 2000 verkündet wurde, gewährleistet Frauen und Männern den gleichen Zugang zu Mandaten und Wahlämtern. Es gründet auf dem Prinzip der „Egalité“ und damit der Überzeugung, dass staatsbürgerliche Gleichheit nicht nur gleiche Rechte und Pflichten impliziert, sondern auch gleiche Partizipation an der politischen Macht.

Parität auf allen Ebenen

Bei den französischen Wahlen der Kommunalvertretungen und des EU-Parlaments – also bei Listenwahlen nach dem Verhältniswahlrecht – werden Wahllisten paritätisch mit Männern und Frauen besetzt – anderenfalls droht die Zurückweisung der Liste. Der Frauenanteil hat sich auf kommunaler Ebene damit auf über 40 % erhöht. Bei regionalen und nationalen Wahlen kommt das Mehrheitswahlrecht zur Anwendung, es werden also ausschließlich Direktmandate vergeben: Für die Wahlen zur Nationalversammlung schreibt das Parité-Gesetz den Parteien quotierte Vorschläge für die Direktkandidat*innen vor. Beträgt die Differenz zwischen den aufgestellten Kandidatinnen und Kandidaten mehr als zwei Prozentpunkte, drohen nachträgliche Kürzungen staatlicher Zuwendungen für die Parteien. Da sich schnell zeigte, dass gerade die größeren Parteien Kürzungen in Kauf nahmen, stieg der Frauenanteil nur langsam und die Sanktionen wurden nach und nach verschärft. Eine Erhöhung stellte sich nicht sofort ein: Nach der Einführung gesetzlicher Regelungen im Jahr 2000 wurden bei der Wahl 2002 nur 71 Frauen mehr gewählt als 1997.

Aber seither ging es stetig aufwärts. 2007 waren es 18,5 % Parlamentarierinnen und 2012 kam dann der sprunghafte Anstieg zu 26,9 %.[60] Inzwischen hat sich der Frauenanteil in der Nationalversammlung auf fast 40 % erhöht. Besonderen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Partei „La République en Marche“ um Emmanuel Macron, die den staatlichen Paritäts-Vorgaben einen hohen Stellenwert einräumte und ihre Wahlliste mit aussichtsreichen Kandidatinnen besetzte.[61]

Auch auf regionaler Ebene wurde die Wirksamkeit des Gesetzes nach Inkrafttreten erhöht: 2015 wurde die Anzahl der Wahlkreise in den Départements halbiert und Parteien verpflichtet, „Tandems“ aufzustellen, wodurch in jedem Wahlkreis eine Kandidatin und ein Kandidat gewählt werden. Seither sind in den Départementsräten die Hälfte der Plätze mit Frauen besetzt. Das französische Beispiel zeigt: Ein Paritätsgesetz ohne (oder nur mit schwachen) Sanktionen hat wenig Aussicht auf Erfolg. Ein Tandem-Modell in halbierten Wahlkreisen (für Direktmandate) sowie die Zurückweisung von Wahlvorschlagslisten, die nicht mit den Vorgaben konformgehen (für Listenkandidaten), könnten zwei effektive Modelle sein, um Parität zu erreichen. Frankreich lehrt uns auch: Politische Kulturen verändern sich nicht von heute auf morgen. Es braucht einen gesellschaftlichen Diskurs und politische Kräfte, die den Veränderungswillen tatsächlich aufgreifen.[62] Und es braucht eine Gesellschaft, die Gleichberechtigung lebt!

Parität ohne Quote?

Die skandinavischen Länder mit ihrem hohen Anteil an Frauen in Regierung und Parlamenten zeigen uns, dass die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen bei ihnen viel selbstverständlicher ist als bei uns. In Schweden und Finnland, mit dem im EU-Vergleich höchsten Frauenanteilen in nationalen Parlamenten von rund 47 % und 46 % gibt es keine gesetzlich festgeschriebene Quote. Freiwillige parteiinterne Regelungen haben hier eine lange Tradition. Geschlechterquoten sind also keine zwingend notwendige Voraussetzung für höhere Frauenanteile in den Volksvertretungen. Dort, wo es nötig ist, etwa bei Führungspositionen in der Wirtschaft, haben auch skandinavische Staaten Quoten eingeführt. Seit 1995 gibt es eine Quotenregelung für die Gremien der öffentlichen Verwaltung, nach der in allen öffentlichen Komitees, beratenden Gremien, Arbeitsgruppen und vergleichbaren Organen Frauen und Männer zu mindestens zu 40 % vertreten sein müssen.[63] Noch höher als im Parlament ist der Anteil an Politikerinnen an Finnlands Kabinettstisch: Im Dezember 2019 ist mit Sanna Marin eine Frau zur neuen Ministerpräsidentin gewählt worden, deren vier Koalitionsparteien ebenfalls weiblich geführt werden. 11 der insgesamt 19 Kabinettsposten sind mit Frauen besetzt. Das entspricht einem Frauenanteil im Kabinett Marin von rund 58 %[64]. „Unsere Gesellschaft ist anders geprägt”, erklärt Tanja Huutonen, Botschaftsrätin für Presse und Kultur der finnischen Botschaft in Berlin im Interview mit ZEIT Online. „Niemand denkt, dass Frauen weniger können.“ Frauen würden genauso arbeiten wie Männer, das finnische System mache das möglich. Sechs staatliche Rund-um-die-Uhr-Kitas gebe es aktuell in Helsinki, die Kinder könnten dort auch mal übernachten oder am Wochenende kommen, „dafür nimmt man sich den Montag und Dienstag frei“, so Huutonen. Ganztagsschulen mit kostenfreien Mahlzeiten, Nachmittagsbetreuung, flexible Arbeitszeiten und Homeoffice seien normal. „Wir [Frauen] müssen kein schlechtes Gewissen haben, dass wir arbeiten.“[65]

Quote ohne Parität

Demgegenüber gibt es auch EU-Länder, die trotz gesetzlich festgelegter Quoten niedrige Frauenanteile in den Parlamenten haben. Das liegt zum einen an niedrigen Zielwerten – wie etwa in Griechenland, wo 20,7 % der Parlamentarier weiblich sind. Dort wurde eine Kandidatinnenquote von 33 % festgeschrieben. Bei Nichteinhaltung droht die Ablehnung der Wahlliste. Auch finanzielle Sanktionen sind keine Garantie für einen höheren Frauenanteil, insbesondere, wenn sie niedrig sind: In Kroatien werden seit 2008 Verstöße mit einer Geldstrafe von 50.000,00 HRK (umgerechnet ca. 6.770 €) bestraft. Der Frauenanteil liegt dennoch bei nur 19,2 %.

Welche Anreize und Sanktionsmöglichkeiten innerhalb der EU bereits verankert sind, ist Thema des folgenden Kapitels.

Modelle für Anreize und Sanktionen

Der Erfolg von Quotenregelungen hängt entscheidend davon ab, ob sie mit Sanktionen belegt sind. Für die Kontrolle und Durchsetzung der Sanktionen kann im Falle von parteilich festgelegten Quotenregelungen die zentrale Parteiorganisation bzw. eine eigens dafür eingerichtete Kontrollinstanz zuständig sein (etwa bei der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens). Die Kontrolle gesetzlicher Vorgaben liegt in der Regel bei der zuständigen Wahlkommission.[66]

Unverbindliche Empfehlungen

- Schwächste Form
- Wünschenswerte Soll- bzw. Zielvorgaben (z.B. für den Frauenanteil auf Wahllisten)
- Sind rechtlich nicht bindend
- Ein Beispiel sind innerparteiliche Zielvorgaben oder Empfehlungen, die Eingang in Gesetze finden (etwa das Kommunalwahlgesetz von Baden-Württemberg)

Auflagen oder Anreize, ohne Sanktionen

- finanzielle Anreize (etwa durch zusätzliche staatliche Finanzierung bei Erreichung einer Zielvorgabe), um Parteien zu motivieren, mehr Frauen zu nominieren
- qualitative Auflagen: Bericht der Parteien über ergriffene Maßnahmen zur Erreichung der Zielquote und Gründe der Nichterreichung muss von einer Kommission gebilligt werden (z.B. Irland)

Finanzielle Sanktionen

- Werden nach Grad der Verfehlung der Zielquote gestaffelt (z.B. Portugal)
- Können allerdings Parteien zur Kalkulation verleiten, sich diese leisten zu können (etwa in Frankreich bei den Parteien Les Républicains und Parti Socialiste)

Zurückweisung der Liste

- effektivste Form
- Wahlvorschläge, die nicht den Paritätsvorgaben entsprechen, werden zurückgewiesen (in Frankreich auf der Kommunalebene)
- Kann auch an Auflagen gekoppelt sein: etwa mit einer Frist, eine korrekte Liste einzureichen, andernfalls wird die Liste zurückgewiesen (z.B. Spanien)
- Können auch bei innerparteilichen Regelungen verhängt werden

Warum braucht es mehr Frauen in der Politik?

Wir haben gefragt, Besucher*innen des Karlspreisfestes 2019 haben geantwortet. Und das sind die Ergebnisse:

Claire Balke

Paul Hölsgens

Sara Silvan

Frauke Sophie Adamsky

Julia Brinner

Lars Hoffmann

Anna Altenstein

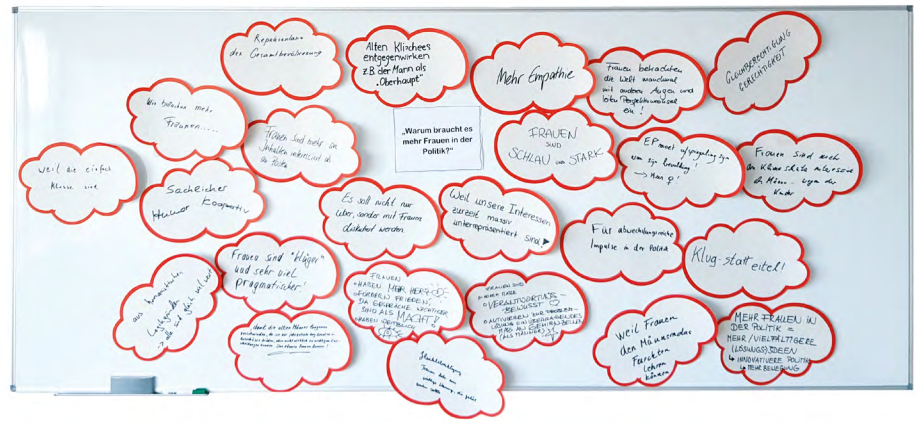
Bence Török

Anna-Theresa Kluchert

Ilka Stehl

Marena-Nathalie Ostermann

Vinzenz Ullrich und Begleitung



© Kreis Heinsberg

Der Politik fehlt es an Frauen.

Der Politik fehlt es an Frauen. Das gilt besonders für die kommunale Ebene, wo ehrenamtliches politisches Engagement neben Beruf und Familie noch „obendrauf" kommt. Im Kreistag Heinsberg liegt der Frauenanteil bei 20 % und damit sogar noch unter dem Durchschnitt der Räte und Kreistage in Nordrhein-Westfalen (30 %). Keine der zehn Städte und Gemeinden im Kreis Heinsberg wird von einer Bürgermeisterin geführt. Ein wesentlicher Grund: Politisches Engagement ist zeitaufwendig, Sitzungen finden oft zu familienunfreundlichen Zeiten statt. Das betrifft natürlich Männer wie Frauen. Doch Frauen leisten noch immer den Großteil der Sorgearbeit in der Familie. Deshalb sind viele Kommunalpolitikerinnen über 40 Jahre alt, ihre Kinder dann schon aus dem „Gröbsten" raus. Das Vereinbarkeitsproblem stellt sich dann nicht mehr in dem Maße, wie es bei Müttern von Kleinkindern der Fall ist.

Die Unterstützung der Vereinbarkeit von Familien- und Arbeitsleben und Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit ist ein Thema, das für den Kreis Heinsberg schon seit Jahren Priorität hat: Seit 2015 trägt unsere Kreisverwaltung das Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber" der Bertelsmann Stiftung. Unsere Angebote für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter reichen von Home-Office über flexible Arbeitszeitregelung, Teilzeitarbeitsmodelle bis hin zu Kinderferienbetreuung. Familienfreundlichkeit ist für Unternehmen und Verwaltungen kein Hemmnis, sondern eine Trumpfkarte! Das gilt auch für die Politik! Flexible Sitzungszeiten und Arbeitszeitmodelle sowie die Nutzung digitaler Kommunikationsmöglichkeiten können ein „Hebel" sein, um politische (Ehren-)Ämter für Frauen attraktiver zu machen. Das hat auch in Zeiten des Corona-Lockdowns bei vielen prima funktioniert. Nicht weniger wichtig ist eine effektive Ganztagsbetreuung, so dass die Kinder im Bedarfsfall auch betreut werden können, wenn es nachmittags mal etwas länger geht.

Zu den äußeren Hürden kommt aber häufig noch eine innere hinzu: der Hang zum Perfektionismus. Natürlich ist auch das kein rein weibliches Phänomen. Doch Frauen sehen sich oft stärker auf dem Prüfstand als ihre männlichen Kollegen. Viele reagieren darauf mit Selbstzweifeln, (zu) hohen Ansprüchen an sich selbst, „Über-Vorbereitung" und Zurückhaltung – wenn das Gefühl sich einschleicht, vielleicht doch noch nicht alles zum Thema zu wissen. Dass es keine ausgeprägte Fehlerkultur in der deutschen Politik gibt, kommt hier erschwerend hinzu.

Politiker und Politikerinnen sind aber auch „nur“ Menschen. Und Menschen machen nun mal Fehler. Deshalb sollten sie selbstkritisch ihr Verhalten reflektieren, aus Fehlern lernen, Fehler öffentlich eingestehen und souverän damit umgehen. Die Sorge, nicht perfekt vorbereitet zu sein oder keine 100 % gegeben zu haben, bremst dich nur aus: „Der schlimmste Fehler in diesem Leben ist, ständig zu befürchten, dass man einen macht“, heißt es nicht umsonst.

Politik braucht mehr Frauen.
Über die Hälfte der Bevölkerung und des Wählerpotenzials ist weiblich. Ihre Interessen sollten auch angemessen vertreten werden.

Stephan Pusch
Landrat des Kreises Heinsberg
und Verbandsvorsteher der Region Aachen

Ohne Vor kein Bild – Vorbilder weisen unseren Weg

Nicht nur in der Politik, sondern in vielen weiteren Bereichen, sind Frauen eklatant unterrepräsentiert. Im Kompetenzzentrum Frau und Beruf beschäftigen wir uns intensiv mit der beruflichen Karriereentwicklung von Frauen – insbesondere in MINT-Berufen. Dabei fällt auf, dass es für viele Frauen gar nicht in Frage kommt, sich für dieses Berufsfeld zu entscheiden. Aber woran liegt das?

Karriere ist Lernen am Modell

In unserer Entwicklung orientieren wir uns zumeist an anderen. In der Erziehungswissenschaft spricht man hier vom „Lernen am Modell". Als Kinder orientieren wir uns zunächst an Personen aus unserer Familie, später erweitert sich der Kreis unserer Vorbilder. Wir setzen uns Lebensziele im großen und kleinen Rahmen und orientieren uns dabei an dem, was wir aus unserer Umwelt und den Medien wahrnehmen. Unsere Sozialisierung läuft allzu oft noch nach traditionellen Rollenbildern. Das führt in den meisten Fällen dazu, dass die prototypischen Berufsziele plausibler scheinen: Männer machen „Männerberufe" und Frauen eben „Frauenberufe". Natürlich gibt es immer Ausnahmen.

Wenn aber die Wahrnehmung der Umwelt hierbei eine so große Rolle spielt, liegt es nahe, dass das Problem ein gesellschaftlich hausgemachtes ist. Und zweitens ein mediales Problem. Die Orientierung nach oben wird besonders dann fehlgelenkt, wenn in den Medien die berufliche Akzeptanz und Relevanz immer den Geschlechterstereotypen entspricht. Würde es also mehr Werbung für atypische Berufserfolge geben, wäre auch der Einfluss auf die Heranwachsenden per se so angelegt, dass das eigene Geschlecht bei der Berufswahl überhaupt keine Rolle mehr spielt. Zwar wird dieses Konzept in den Bildungseinrichtungen schon weitgehend umgesetzt, in der medialen Öffentlichkeit kommt es aber immer noch zu kurz.

Immerhin wird die Förderung von Frauen in MINT-Berufen auf genau diese Art vorangetrieben: Erfolgsgeschichten werden veröffentlicht und so Vorbilder geschaffen, an denen „Frau" sich orientieren kann. Der Erfolg dieser Methode wird durch die steigenden Einschreibungszahlen junger Frauen für MINT-Fächer bestätigt. Jedoch erst jetzt – mehr als fünfzig Jahre nach der allgemeinen Öffnung der Hochschulen. Dieser Zeitraum verdeutlicht, wie schleppend die Entwicklung der geschlechtlichen Gleichstellung verläuft.

Kinder als Karrierebremse für Frauen in Führungspositionen/Politik

Ein Aspekt, der junge Frauen von prestigeträchtigen Karrieren fernhält, ist die Familienplanung. Führungspositionen scheinen meist mit einem immensen Kraft- und Zeitaufwand verbunden. Viele Frauen glauben, sich zwischen Karriere und Familie entscheiden zu müssen. Bei ihren weiblichen Vorbildern ist es oftmals entweder so, dass ihr Partner das Häusliche übernimmt oder sie, aus Rücksicht auf dessen Karriere, gänzlich auf den Kinderwunsch verzichten. Und wenn der (männliche) Partner ohnehin das höhere Gehalt bezieht, führen schnell wirtschaftliche Überlegungen dazu, auf die eigene Karriere zu verzichten oder sie erst einmal zurückzustellen. Als Kompetenzzentrum Frau und Beruf zeigen wir Lösungen auf – etwa das Konzept der Führung in Teilzeit, das es ermöglicht, die eigene Karriere mit der Familie zu vereinbaren.

Frauen in höheren Positionen werden oft – gemäß des Think-Manager-Think-Male-Phänomens – als machtbesessen oder „Mannsweiber" dargestellt. Noch kritischer wird es in der Lokalpolitik. Es fehlt nicht nur insgesamt an theoretischen Rollenmodellen, sondern auch ganz praktisch an lokalen Zugängen für Frauen, an Netzwerken, über die sie den sprichwörtlichen Fuß in die Türe bekommen und, wenn sie es doch versuchen, an Unterstützern, die sie fördern. Neben äußeren beruflichen Karrierehemmnissen, begünstigen auch psychologische Charakteristika der Frauen selbst den Karriereaufstieg – etwa ein „typisch weibliches" Geschlechtsrollen-Selbstkonzept oder eine starke Identifikation mit der Mutter-Kind-Ideologie. Hinzu kommt, dass Frauen dazu neigen ihre Leistungen zu unterschätzen. Häufig mangelt es an Selbstvertrauen. Geschlechterstereotypen sind nicht nur für die Fremdwahrnehmung von Bedeutung, sondern ebenso für das Selbstkonzept und die Selbstwahrnehmung. Da die Entwicklung von Selbstvertrauen nur durch die Anerkennung von anderen Menschen stattfinden kann, führen das Wissen um die Spannungsfelder Geschlechterstereotype und der idealen Führungskraft zu innerpsychischen Barrieren.

Chancen für Frauen in Spitzenpositionen (der Politik)

Mehr Frauen an die Spitze! Die gesellschaftliche Akzeptanz von starken und erfolgreichen Frauen muss wachsen. Die Barrieren für die Vereinbarkeit von Karriere und Privatleben müssen aufgehoben werden und weibliche Erfolgsgeschichten in der öffentlichen Diskussion und den Medien ihren festen Platz finden. So können sich Heranwachsende und diejenigen, die sich beruflich (neu) ausrichten wollen, an Vorbildern orientieren. Vorbilder, die zeigen: „So kann's gehen!" – die inspirieren und Mut machen, den nächsten Karriereschritt zu gehen.

Wir, das Kompetenzzentrum Frau und Beruf, unterstützen Frauen aus der Region Aachen darin, Hürden zu überwinden und ihre Karriereentwicklung voranzutreiben. Wir initiieren Netzwerke, weil Vernetzung einen entscheidenden Einfluss auf die berufliche Entwicklung hat. So tauschen sich Nachwuchskräfte und erfahrene Führungsfrauen regelmäßig aus. Im Kreis Euskirchen treffen sich zweimal im Jahr Gründerinnen und Unternehmerinnen. Weibliche Role Models aus der Region stehen beim „Kopfkino" auf der Bühne und berichten über ihren beruflichen Karriereweg – der selten nur geradeaus verläuft – und geben Tipps. Durch das Lernen am Modell nehmen Frauen mit: Wenn „frau" etwas will, kann sie es auch schaffen. Es gibt nicht den „einen" Weg. Suchen Sie sich Gleichgesinnte und nutzen Sie Netzwerke!

Birgitt van Megeren
Leiterin Kompetenzzentrum
Frau und Beruf Region Aachen

Competentia NRW
KOMPETENZZENTRUM FRAU & BERUF
REGION AACHEN

Es kommt auch auf Sie an – auf uns alle!

Parität ist eine Frage der Gerechtigkeit: Männer und Frauen sollten zu gleichen Teilen in den Volksvertretungen repräsentiert sein und ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend mitgestalten und mitentscheiden. Die Beispiele Frankreich (mit Parité-Gesetz) sowie Schweden und Finnland (ohne gesetzliche Quote, dafür aber mit funktionierenden parteiinternen Regelungen) demonstrieren: Es kommt letztlich auf das Wollen der Parteien an. Frankreich konnte trotz Parité-Gesetz seine Frauenanteile auf allen Ebenen erst nach Verschärfung der Sanktionen und durch den Wahlsieg von Macrons „La République en Marche" mit ihrem hohen Anteil an weiblichen Abgeordneten deutlich steigern. Parteien, die gesetzliche Regelungen ablehnen, sind umso mehr gefordert, parteiinterne Vorgaben für eine angemessene Repräsentation von Frauen bei Mandaten und Ämtern nicht nur festzulegen, sondern auch konsequent umzusetzen. Mit einer Quote allein ist es dabei nicht getan. Sie kann Parteien nicht von ihrer Verantwortung befreien, Frauen anzusprechen und gezielt zu fördern. Besonders für die kommunale Ebene, auf der Politik häufig als Ehrenamt ausgeübt wird und der Frauenanteil besonders gering ist, bedarf es weiterer flankierender Maßnahmen und Strategien: Flexiblere und familienfreundliche Sitzungszeiten und die verstärkte Nutzung von digitalen Kommunikationsmedien können dazu beitragen, Familie, Beruf und politisches Ehrenamt besser zu vereinbaren. (Nicht erst seit der Coronakrise wissen wir, dass das gut funktionieren kann.) Die Ganztagsbetreuung in Kitas und Schulen sowie die Übernahme von Betreuungskosten bieten zudem wichtige Unterstützung gerade für junge Mütter. Ebenso wichtig sind Mentoringprogramme sowie Möglichkeiten für Frauen zur Vernetzung.

Nicht zuletzt kommt es auch auf Sie an – auf uns alle! Parität kann nur erreicht werden, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema weiter erhöht wird. Die Vernetzung regionaler Akteur*innen kann zusätzlichen Rückenwind geben, durch den der bundesweite Austausch sowie neue Paritäts-Initiativen angestoßen werden können. Mit Spannung bleibt zu erwarten, ob das Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs nun Signalwirkung für die Regelung in Brandenburg haben wird und ob das Bundesverfassungsgericht noch dazu angerufen wird. Auch fehlt es weiter an Lösungen für Direktmandate. Denn hier ist der Frauenanteil noch viel geringer als auf den Wahllisten. Auch hier gilt es, die Diskussion um die vorliegenden Vorschläge (Tandems

oder Duos aus Männern und Frauen) im Hinblick auf Um- und Durchsetzbarkeit konsequent weiterzuführen. Das ist eine besondere Herausforderung, stellen sie doch die bestehenden Machtverhältnisse massiv infrage (79 % der Abgeordneten mit Direktmandat im Bund sind männlich). Zudem wäre eine Halbierung der Wahlkreise notwendig, da sonst die Anzahl der Sitze im Bundestag immens ansteigen würde. Der aktuelle Streit um die Wahlrechtsreform zur Verkleinerung des Bundestages bei künftigen Wahlen zeigt allerdings, dass die Wahlkreisfrage unter den Parteien noch immer eine vieldiskutierte ist. Insbesondere der CSU wird vorgeworfen, eine Einigung zu blockieren (Sie gewann 2017 alle 46 Wahlkreise in Bayern, für die mehrheitlich männliche Abgebordnete in den Bundestag einzogen).

„Die Männer denken noch immer, sie verstünden mehr von Politik“[67], so die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth am diesjährigen Weltfrauentag mit Blick auf die ausschließlich männlichen Bewerber um den CDU-Parteivorsitz. „Dabei ist dieses Bewusstsein durch viele Tatsachen widerlegt. Wir haben keinen Nachweis mehr zu führen, dass wir Politik können.“

Dankeschön!

Unser Dank gilt allen, die das Projekt von der Idee bis zur Umsetzung mitgetragen haben: Das ist zum einen unser Verbandsvorsteher Landrat Stephan Pusch, der dieses Vorhaben nicht nur begrüßt, sondern auch mit einem Beitrag unterstützt hat.

Besonders möchten wir uns bei allen Politikerinnen bedanken, die das Buch durch ihre Beiträge mit Erfahrung, Wissen und Tipps bereichert und so mit Leben gefüllt haben. Ohne sie gäbe es dieses Buch nicht:

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments

Claudia Moll, Mitglied des Bundestages

Katharina Willkomm, Mitglied des Bundestages

Dr. Patricia Peill, Mitglied des Landtages NRW

Eva-Maria Voigt-Küppers, Mitglied des Landtages NRW

Ingrid von Morandell, Mitglied im Städteregionstag Aachen

Ulla Thönnissen, Mitglied im Städteregionstag Aachen

Anna Stelten, Mitglied des Kreistages Heinsberg

Dr. Maria Schoeller, Mitglied des Kreistages Düren

Dr. Margrethe Schmeer, Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Hilde Scheidt, Bürgermeisterin der Stadt Aachen

Margareta Ritter, Bürgermeisterin der Stadt Monschau

Anna-Katharina Horst, Bürgermeisterin der Gemeinde Weilerswist

Außerdem danken wir den Bundesparteien dafür, dass sie für die Interviews zur Verfügung standen und insbesondere den Zitatgeber*innen der Parteispitzen bzw. Bundesvorstände:

Annegret Kramp-Karrenbauer, Parteivorsitzende CDU

Saskia Esken, Parteivorsitzende SPD

Katja Kipping, Parteivorsitzende Die Linke

Linda Teuteberg, Generalsekretärin FDP

Ricarda Lang, Stellvertretende Bundesvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Alice Weidel, Stellvertretende Bundessprecherin AfD

Vielen Dank auch den Besucher*innen des Karlspreisfests am 29. und 30. Mai 2019 in Aachen, die bei unserer Befragung „Warum braucht es mehr Frauen in der Politik?“ mitgemacht haben und für ein Statement mit Foto zur Verfügung standen.

O Anhang

Anmerkungen und Verweise

1 Schock, Sonja: Still auf der Wiese gestanden?, online im Internet <https://taz.de/!1529111>, 15.12.1994, [zugegriffen am 07.06.2020]. (im Folgenden zitiert als: Schock, Sonja: Still auf der Wiese gestanden?).

2 Schock, Sonja: Still auf der Wiese gestanden?.

3 Zeit Online (o.A.): Angela Merkel fordert vollständige Parität, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/100-jahre-frauenwahlrecht-angela-merkel-gedenkfeier-gleichberechtigung>, 12.11.2018, [zugegriffen am 12.04.2020].

4 Körner, Torsten: In der Männerrepublik. Wie Frauen die Politik eroberten, 2. Aufl., Köln 2020. S. 47 (im Folgenden zitiert als: Körner, Torsten: In der Männerrepublik).

5 Körner, Torsten: In der Männerrepublik, S. 337.

6 Vgl. Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Polke-Majewski, Karsten et al.: Die Hans-Bremse, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/gleichberechtigung-frauen-diskriminierung-fuehrungspositionen-ministerien>, 08.10.2018, [zugegriffen am 17.04.2020] (im Folgenden zitiert als: Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Polke-Majewski, Karsten et al.: Die Hans-Bremse).

7 Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Gleichstellungsindex 2019. Gleichstellung von Frauen und Männern in den obersten Bundesbehörden, Wiesbaden 2020, S. 6, 14.

8 „Deskriptive" ist neben „formaler", „substanzieller" und „symbolischer" Repräsentation eine der vier Dimensionen der Repräsentation nach Hanna F. Pitkin.

9 Vgl. Lembcke, Oliver W.: Theorie demokratischer Repräsentation; in: Lembcke, Oliver W/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S.: Zeitgenössische Demokratietheorie, Bd. 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden 2016, S. 23-58, S. 33f.

10 Vgl. Bukow, Sebastian/Voß, Fabian: Frauen in der Politik: Der weite Weg zur geschlechtergerechten Repräsentation, online im Internet <https://www.boell.de/de/2018/03/02/frauen-der-politik-der-weite-weg-zur-geschlechtergerechten-repraesentation>, 05.03.2018, [zugegriffen am 04.05.2020]. Vgl. zudem: Bothfeld, Silke/Fuchs, Gesine: Gleichstellung in Deutschland im europäischen Vergleich, online im Internet <https://www.bpb.de/apuz/33138/gleichstellung-in-deutschland-im-europaeischen-vergleich?p=2>, 07.09.2011, [zugegriffen am 15.04.2020] (im Folgenden zitiert als: Bothfeld, Silke/Fuchs, Gesine: Gleichstellung in Deutschland im europäischen Vergleich).

11 Die Autorin ist sich darüber bewusst, dass eine Einteilung in zwei Geschlechter die Gruppe der Inter- und Transsexuellen ausschließt, muss aber im Rahmen des Schwerpunkts „Frauen in der Politik" von dieser Differenzierung absehen.

12 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, online im Internet <https://www.eaf-berlin.de/news/macht-zu-gleichen-teilen>, September 2019, [zugegriffen am 18.05.2020], S. 33, 36. (im Folgenden zitiert als: Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen).

13 Zu „gruppenspezifischen Interessen" und ihrer Repräsentation siehe: Brunsbach, Sandra: Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Bundestag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), (2011) 1, S. 3-24. Vgl. zudem: Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 37.

14 Vgl. Bothfeld, Silke/Fuchs, Gesine: Gleichstellung in Deutschland im europäischen Vergleich.

15 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 30 bis 33.

16 Vgl. Rossignol, Laurence/Fourtic, Yseline: Politische Parität in Frankreich. Was ein Gesetz kann – und was nicht, online im Internet <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15991.pdf>, Februar 2020, [zugegriffen am 13.06.2020] (im Folgenden zitiert als: Rossignol, Laurence/Fourtic, Yseline: Politische Parität in Frankreich).

17 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Politisches Interesse nach Geschlecht, online im Internet <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Politisches-Interesse/G17-Indikator-Politisches-Interesse.html>, April 2020, [zugegriffen am 04.05.2020].

18 Mudrak, Marc: Das desinteressierte Geschlecht: Ist Frauen Politik egal?, online im Internet <https://www.bo.de/nachrichten/nachrichten/das-desinteressierte-geschlecht-ist-frauen-politik-egal>, 29.10.2016, [zugegriffen am 08.05.2020].

19 Vgl. Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Studierende an Hochschulen, (Fachserie 11, Reihe 4.1), Wiesbaden 2019, S. 32-37, 174-177. Siehe auch: Ehmann, Annick/Franzke, Amna/Tröger, Julius: So viele Frauen wie noch nie, online im Internet <https://www.zeit.de/campus/2019-10/geschlechterverhaeltnis-studiengaenge-frauen-maenner-studium-universitaet>, 21.10.2019, [zugegriffen am 09.05.2020]. Dies Angaben beziehen sich auf die Zahl der Studienanfänger*innen im ersten Hochschulsemester im Wintersemester 2018/19. Studienanfänger*innen im ersten Hochschulsemester sind Personen, die zum ersten Mal an einer deutschen Hochschule immatrikuliert sind. Die Daten umfassen deutsche und ausländische Studierende. Lehramtsstudierende sind eingeschlossen. Das dritte Geschlecht wurde bisher nicht erfasst.

20 Vgl. Wersig, Maria: Frauenwahlrecht in Deutschland: Der Fortschritt ist eine Schnecke, online im Internet <https://taz.de/Frauenwahlrecht-in-Deutschland/!5564107>, 19.01.2019, [zugegriffen am 17.04.2019].

21 Vgl. Hochschule Landshut (Hrsg.): Was motiviert Frauen für die Politik? (Projekt FRIDA), online im Internet <https://www.haw-landshut.de/aktuelles/news/news-detailansicht/article/was-motiviert-frauen-fuer-die-politik.html>, 12.03.2020, [zugegriffen am 04.05.2020].

22 Vgl. Kausmann, Corinna, Vogel, Claudia, Hagen, Christine et al.: Freiwilliges Engagement von Frauen und Männern. Genderspezifische Befunde zur Vereinbarkeit von freiwilligem Engagement, Elternschaft und Erwerbstätigkeit, online im Internet <https://www.bmfsfj.de/blob/118460/1a12 8b69e46adb3fa370afc4334 f08aa/freiwilliges-engagement-von-frauen-und-maennern-data.pdf>, 30.08.2017 [zugegriffen am 11.05.2020], S. 16-19.

23 Vgl. Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, online im Internet <https://www.bmfsfj.de/blob/93654/cc181cedaa0de9a08ae 7faf4a71f0086/engagiert-vor-ort-kurzfassung-data.pdf>, November 2014, [zugegriffen am 14.05.2020], S. 16 (im Folgenden zitiert als: Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort).

24 Stöhr, Maria/Grigat, Guido: Wo Frauen immer noch die Ausnahme sind, online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gleichstellung-warum-frauen-in-der-kommunalpolitik-eine-minderheit-sind-a-1257217.html>, 17.03.2019, [zugegriffen am 11.05.2020] (im Folgenden zitiert als: Stöhr, Maria/Grigat, Guido: Wo Frauen immer noch die Ausnahme sind).

25 Vgl. Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort, S. 19-23. Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Ehrenamt sichern, fördern und aufwerten, online im Internet <https://www.frauenrat.de/themen/ngos/ehrenamt>, 09.12.2019 [zugegriffen am 11.05.2020]. Salzen, Claudia von: Männerwirtschaft Politik: Warum sind Frauen eine Minderheit in den Parlamenten?, online im Internet <https://www.tagesspiegel.de/politik/maennerwirtschaftpolitik-warum-sind-frauen-eine-minderheit-in-den-parlamenten/24072744.html>, 08.03.2019, [zugegriffen am 11.04.2020].

26 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, online im Internet <https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/P_Frauen-Fuehren-Kommunen_Studie.pdf>, 2014 [zugegriffen am 09.04.2020], S. 22, 33, 36, 73 (im Folgenden zitiert als: Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen). Vgl. Stöhr, Maria/Grigat, Guido: Wo Frauen immer noch die Ausnahme sind.

27 Vgl. Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Mehr Frauen in die Parlamente! Informationen über und Argumente für Paritätsgesetze in Bund und Ländern, online im Internet <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/05/Broschuere-MehrFrauenindieParlamente.pdf>, Mai 2019, [zugegriffen am 14.02.2020], S. 19f. (im Folgenden zitiert als: Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!). Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen, S. 24f.

28 Vgl. Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Polke-Majewski, Karsten et al.: Die Hans-Bremse.

29 Vgl. Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort, S. 27, 28. Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen, S. 24.

30 Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!, S. 19.

31 Aachener Nachrichten (o.A.): Ulla Schmidt fordert: „Mehr Frauen in den Bundestag", online im Internet <https://www.aachener-nachrichten.de/politik/ulla-schmidt-fordert-mehr-frauen-in-den-bundestag_aid-24974107>, 18.12.2017, [zugegriffen am 20.03.2020].

32 Theweleit, Klaus: Mit der an der Spitze wird das nichts, online im Internet <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/soziologe-klaus-theweleit-zum-umgang-mit-politikerinnen-16247646.html?utm_campaign=GEPC%253Ds6&utm_medium=social&utm_content=bufferd44ce&utm_source=facebook.com&premium>, 21.06.2019, [zugegriffen am 24.06.2019].

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. Croyé, Melanie: Gleichstellung: Was wir von den Finninnen lernen können, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/2019-12/gleichstellung-finnland-sanna-marin-emanzipation-deutschland>, 10.12.2019, [zugegriffen am 10.04.2020] (im Folgenden zitiert als: Croyé, Melanie: Gleichstellung: Was wir von den Finninnen lernen können).

35 Vgl. Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, (Die Leipziger „Mitte"-Studie 2016), Gießen 2016, S. 58. Vgl. Bargen, Henning von/Unmüßig, Barbara: Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte, online im Internet <https://www.gwi-boell.de/de/2016/09/28/antifeminismus-scharnier-zwischen-rechtem-rand-und-mitte>, 28.09.2016, [zugegriffen am 15.05.2020].

36 Vgl. Funken, Christiane: Sheconomy. Warum die Zukunft der Arbeitswelt weiblich ist, München 2016, S. 46f.

37 Vgl. Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!, S. 19.

38 Richter, Hedwig: Demokratiegeschichte ohne Frauen? Ein Problemaufriss, online im Internet <https://www.bpb.de/apuz/277329/demokratiegeschichte-ohne-frauen-ein-problemaufriss?p=all>, 12.10.2018, [zugegriffen am 22.06.2020].

39 Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Überhangmandate, online im Internet <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/u/ueberhangmandate.html>, 06.12.2019, [zugegriffen am 18.05.2020].

40 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 33.

41 Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Sonderheft Wahlbewerber, Wiesbaden 2017, S. 14.

42 Vgl. Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!, S. 9, 11, 13, 19. Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 9, 13.

43 Siehe dazu: Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!, S.17f. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 17-27.

44 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 24.

45 Vgl. ebd., S. 25 – 28.

46 Bayrischer Verfassungsgerichtshof (Hrsg.): Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zu Geschlechter-paritätischen Wahlvorschlägen, online im Internet <https://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/media/images/bayverfgh/15-vii-16-pressemittentscheidung.pdf>, 29.03.2018, [zugegriffen am 29.05.2020].

47 Deutscher Bundestag (Hrsg.): Mehr Frauen in den Deutschen Bundestag – Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für gesetzliche Regelungen und weiteren Maßnahmen, Antrag von Mitgliedern der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/16485, 14.01.2020, Berlin 2020a.

48 Deutscher Bundestag (Hrsg.): Stenografischer Bericht der 140. Sitzung, Plenarprotokoll 19/140 vom 16.01.2020, Berlin 2020b.

49 Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Aktion „Keine Wahlrechtsreform ohne Parität", online im Internet <https://www.frauenrat.de/aktion-keine-wahlrechtsreform-ohne-paritaet/?WAN=522123&utm_source= e-mailings&utm_medium=newsletter&utm_campaign=gleichstellungsrecht-2020&utm_term=5546>, 27.01.2020, [zugegriffen am 03.06.2020].

50 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 31f.

51 Siehe dazu ausführlich: Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 31-35.

52 Auf eine Befragung der CSU wurde aufgrund des regionalen Schwerpunkts sowie der Konzentration auf die Bundesebene verzichtet.

53 Das Statement ist von Ricarda Lang, die Interviewantworten sind von der Pressestelle des Bundesvorstands von Bündnis 90/Die Grünen.

54 Sowohl die Interviewantworten als auch das Statement sind von Katja Kipping (Die Linke).

55 Das Statement ist von Saskia Esken, die Interviewantworten sind von der Pressestelle des SPD-Parteivorstands.

56 Sowohl die Interviewantworten als auch das Statement sind von Lina Teuteberg (FDP).

57 Das Statement ist von Annegret Kramp-Karrenbauer, die Interviewantworten sind von der Pressestelle der CDU.

58 Das Statement ist von Dr. Alice Weidel, die Interviewantworten von der Pressestelle der AfD/Büro Dr. Alice Weidel.

59 Nachtrag der Redaktion zum Zitat von Norbert Blüm (CDU): „Politik ist Kampf. Wer auf Harmoniesuche ist, der muss sich einen anderen Beruf suchen. Der muss in den Gesangverein gehen, was auch schön ist. Aber wer etwas verändern will, der kann es nicht allen recht machen".

60 Vgl. Rossignol, Laurence/Fourtic, Yseline: Politische Parität in Frankreich. Vgl. zudem Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 19.

61 Vgl. Hassenkamp, Milena/Pauly, Marcel: Gleichberechtigung in der EU-Politik: Frauen an der Macht, online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/ausland/internationaler-frauentag-paritaet-in-der-eu-frauen-an-der-macht-a-1256576.html>, 08.03.2019, [zugegriffen am 13.06.2020].

62 Vgl. Deutscher Frauenrat: Mehr Frauen in die Parlamente!, S. 21-24.

63 Bergman, Solveig: Finnland. Frauen in der finnischen Politik: Auf dem Weg zur Hälfte der Macht?; in: Hoecker, Beate (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998, S. 91-114, hier S. 101f.

64 Bevor die stellvertretende Ministerpräsidentin und Finanzministerin Katri Kulmuni im Juni 2020 von ihrem Ministeramt zurückgetreten ist und ihr Parteikollege Matti Vanhanen das Amt übernahm, lag der Frauenanteil im Kabinett Marin bei 63 %.

65 Vgl. Croyé, Melanie: Gleichstellung: Was wir von den Finninnen lernen können.

66 Vgl. Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen, S. 21f.

67 Hassenkamp, Milena: Rita Süssmuth über CDU-Vorsitz: „Die Männer denken noch immer, sie verstünden mehr von der Politik", online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rita-suessmuth-ueber-cdu-vorsitz-die-maenner-denken-noch-immer-sie-verstuenden-mehr-von-der-politik-a-3e30a898-eb15-4a45-b6e3-82168627b8b2>, 08.03.2020, [zugegriffen am 13.06.2020].

Literaturverzeichnis

Aachener Nachrichten (o.A.): Ulla Schmidt fordert: „Mehr Frauen in den Bundestag“, online im Internet <https://www.aachener-nachrichten.de/politik/ulla-schmidt-fordert-mehr-frauen-in-den-bundestag_aid-24974107>, 18.12.2017, [zugegriffen am 20.03.2020].

Bargen, Henning von/Unmüßig, Barbara: Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte, online im Internet <https://www.gwi-boell.de/de/2016/09/28/antifeminismus-scharnier-zwischen-rechtem-rand-und-mitte>, 28.09.2016, [zugegriffen am 15.05.2020].

Bayrischer Verfassungsgerichtshof (Hrsg.): Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs zu Geschlechterparitätischen Wahlvorschlägen, online im Internet <https://www.bayern.verfassungsgerichtshof.de/media/images/bayverfgh/15-vii-16-pressemittentscheidung.pdf>, 29.03.2018, [zugegriffen am 29.05.2020].

Bergman, Solveig: Finnland. Frauen in der finnischen Politik: Auf dem Weg zur Hälfte der Macht?; in: Hoecker, Beate (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998, S. 91-114.

Biermann, Kai/Geisler, Astrid/Polke-Majewski, Karsten et al.: Die Hans-Bremse, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-09/gleichberechtigung-frauen-diskriminierung-fuehrungspositionen-ministerien>, 08.10.2018, [zugegriffen am 17.04.2020].

Bothfeld, Silke/Fuchs, Gesine: Gleichstellung in Deutschland im europäischen Vergleich, online im Internet <https://www.bpb.de/apuz/33138/gleichstellung-in-deutschland-im-europaeischen-vergleich?p=2>, 07.09.2011, [zugegriffen am 15.04.2020].

Brunsbach, Sandra: Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Bundestag; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 1, 2011, S. 3-24.

Bukow, Sebastian/Voß, Fabian: Frauen in der Politik: Der weite Weg zur geschlechtergerechten Repräsentation, online im Internet <https://www.boell.de/de/2018/03/02/frauen-der-politik-der-weite-weg-zur-geschlechtergerechten-repraesentation>, 05.03.2018, [zugegriffen am 04.05.2020].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Politisches Interesse nach Geschlecht, online im Internet <https://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Indikatoren/Gesellschaft/Politisches-Interesse/G17-Indikator-Politisches-Interesse.html>, April 2020, [zugegriffen am 04.05.2020].

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Frauenanteil im Deutschen Bundestag 1949 bis 2017, online im Internet <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag>, 15.11.2017, [zugegriffen am 07.04.2020].

Croyé, Melanie: Gleichstellung: Was wir von den Finninnen lernen können, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/2019-12/gleichstellung-finnland-sanna-marin-emanzipation-deutschland>, 10.12.2019, [zugegriffen am 10.04.2020].

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, (Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016), Gießen 2016.

Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Überhangmandate, online im Internet <https://www.bundeswahlleiter.de/service/glossar/u/ueberhangmandate.html>, 06.12.2019, [zugegriffen am 18.05.2020].

Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Sonderheft Wahlbewerber, Wiesbaden 2017.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Abgeordnete, Frauen und Männer, Stand: Juli 2019, online im Internet <https://www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/mdb_zahlen_19/frauen_maenner-529508>, Juli 2019, [zugegriffen am 12.03.2020].

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Geschlechterparität in nationalen Parlamenten der EU-Staaten, Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages WD 1 – 3000 – 016/18, 19.06.2018, Berlin 2018.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Mehr Frauen in den Deutschen Bundestag – Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für gesetzliche Regelungen und weiteren Maßnahmen, Antrag von Mitgliedern der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 19/16485, 14.01.2020, Berlin 2020a.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Stenografischer Bericht der 140. Sitzung, Plenarprotokoll 19/140 vom 16.01.2020, Berlin 2020b.

Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Mehr Frauen in die Parlamente! Informationen über und Argumente für Paritätsgesetze in Bund und Ländern, online im Internet <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/05/Broschuere-MehrFrauenindieParlamente.pdf>, Mai 2019, [zugegriffen am 14.02.2020].

Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Argumentationskarte, online im Internet <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2019/05/Argumentationskarte-MehrFrauenindieParlamente.pdf>, 2019, [zugegriffen am 14.02.2020].

Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Ehrenamt sichern, fördern und aufwerten, online im Internet <https://www.frauenrat.de/themen/ngos/ehrenamt>, 09.12.2019 [zugegriffen am 11.05.2020].

Deutscher Frauenrat (Hrsg.): Aktion „Keine Wahlrechtsreform ohne Parität“, online im Internet <https://www.frauenrat.de/aktion-keine-wahlrechtsreform-ohne-paritaet/?WAN=522123&utm_source= e-mailings&utm_medium=newsletter&utm_campaign=gleichstellungsrecht-2020&utm_term=5546>, 27.01.2020, [zugegriffen am 03.06.2020].

Deutscher Landkreistag (Hrsg.): Die 294 deutschen Landkreise, ihre Kreistage und Landräte 2019, (Schriften des Deutschen Landkreistages, Bd. 141), Berlin 2019.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (Hrsg.): Mehr Frauen in die Kommunalpolitik, online im Internet <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/Pressemitteilungen/PM%2027_Mehr%20Frauen%20in%20die%20Kommunalpolitik/>, 03.09.2019, [zugegriffen am 14.04.2020].

Ehmann, Annick/Franzke, Amna/Tröger, Julius: So viele Frauen wie noch nie, online im Internet <https://www.zeit.de/campus/2019-10/geschlechterverhaeltnis-studiengaenge-frauen-maenner-studium-universitaet>, 21.10.2019, [zugegriffen am 09.05.2020].

Funken, Christiane: Sheconomy. Warum die Zukunft der Arbeitswelt weiblich ist, München 2016.

Gremieninfo Städteregion Aachen: Mitglieder im Städteregionstag, online im Internet <http://gremieninfo.staedteregion-aachen.de/bi/pa021.asp>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Hassenkamp, Milena: Rita Süssmuth über CDU-Vorsitz: „Die Männer denken noch immer, sie verstünden mehr von der Politik“, online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rita-suessmuth-ueber-cdu-vorsitz-die-maenner-denken-noch-immer-sie-verstuenden-mehr-von-der-politik-a-3e30a898-eb15-4a45-b6e3-82168627b8b2>, 08.03.2020, [zugegriffen am 13.06.2020].

Hassenkamp, Milena/Pauly, Marcel: Gleichberechtigung in der EU-Politik: Frauen an der Macht, online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/ausland/internationaler-frauentag-paritaet-in-der-eu-frauen-an-der-macht-a-1256576.html>, 08.03.2019, [zugegriffen am 13.06.2020].

Hochschule Landshut (Hrsg.): Was motiviert Frauen für die Politik? (Projekt FRIDA), online im Internet <https://www.haw-landshut.de/aktuelles/news/news-detailansicht/article/was-motiviert-frauen-fuer-die-politik.html>, 12.03.2020, [zugegriffen am 04.05.2020].

IPU Parline (Hrsg.): Compare data on Parliaments. Percentage of women, online im Internet <https://data.ipu.org/compare?field=chamber%3A%3Acurrent_women_percent&region=europe&structure=any__lower_chamber#map>, 2020, [zugegriffen am 22.04.2020].

Jägers, Diane: Grußwort; in: Miquel, Beate von (Hrsg.): Geschlecht. Politik. Partizipation. NRW auf dem Weg zur Parität. Tagesdokumentation, (Studien Netzwerk Frauen- und Geschlechterforschung NRW Nr. 34), Essen 2020, S. 7-8.

Kausmann, Corinna, Vogel, Claudia, Hagen, Christine et al.: Freiwilliges Engagement von Frauen und Männern. Genderspezifische Befunde zur Vereinbarkeit von freiwilligem Engagement, Elternschaft und Erwerbstätigkeit, online im Internet <https://www.bmfsfj.de/blob/118460/1a12 8b69e46adb3fa370afc4334 f08aa/freiwilliges-engagement-von-frauen-und-maennern-data.pdf>, 30.08.2017 [zugegriffen am 11.05.2020].

Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, online im Internet <https://www.bmfsfj.de/blob/93654/cc181cedaa0de9a08ae 7faf4a71f0086/engagiert-vor-ort-kurzfassung-data.pdf>, November 2014, [zugegriffen am 14.05.2020].

Körner, Torsten: In der Männerrepublik. Wie Frauen die Politik eroberten, 2. Aufl., Köln 2020.

Lembcke, Oliver W.: Theorie demokratischer Repräsentation; in: Lembcke, Oliver W/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S.: Zeitgenössische Demokratietheorie, Bd. 2: Empirische Demokratietheorien, Wiesbaden 2016, S. 23-58.

Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West, online im Internet <https://www.frauen-macht-politik.de/fileadmin/Dokumente/P_Frauen-Fuehren-Kommunen_Studie.pdf>, 2014 [zugegriffen am 09.04.2020].

Lukoschat Helga/Belschner, Jana: Macht zu gleichen Teilen. Ein Wegweiser zu Parität in der Politik, online im Internet <https://www.eaf-berlin.de/news/macht-zu-gleichen-teilen>, September 2019, [zugegriffen am 18.05.2020].

Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Kommunaladressen, online im Internet <https://mhkbg.nrw/kommunen>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Mudrak, Marc: Das desinteressierte Geschlecht: Ist Frauen Politik egal?, online im Internet <https://www.bo.de/nachrichten/nachrichten/das-desinteressierte-geschlecht-ist-frauen-politik-egal>, 29.10.2016, [zugegriffen am 08.05.2020].

Ratsinfo Aachen: Mitglieder im Rat der Stadt Aachen, online im Internet <http://ratsinfo.aachen.de/bi/pa021.asp>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Richter, Hedwig: Demokratiegeschichte ohne Frauen? Ein Problemaufriss, online im Internet <https://www.bpb.de/apuz/277329/demokratiegeschichte-ohne-frauen-ein-problemaufriss?p=all>, 12.10.2018, [zugegriffen am 22.06.2020].

Rossignol, Laurence/Fourtic, Yseline: Politische Parität in Frankreich. Was ein Gesetz kann – und was nicht, online im Internet <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15991.pdf>, Februar 2020, [zugegriffen am 13.06.2020].

Salzen, Claudia von: Männerwirtschaft Politik: Warum sind Frauen eine Minderheit in den Parlamenten?, online im Internet <https://www.tagesspiegel.de/politik/maennerwirtschaft-politik-warum-sind-frauen-eine-minderheit-in-den-parlamenten/24072744.html>, 08.03.2019, [zugegriffen am 11.04.2020].

Schock, Sonja: Still auf der Wiese gestanden?, online im Internet <https://taz.de/!1529111>, 15.12.1994, [zugegriffen am 07.06.2020].

Sdnet Kreis Düren: Mitglieder im Kreistag Düren, online im Internet <https://www.sdnet.kreis-dueren.de/personen/?__=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZZQIO6K1o5fudXbLOGvPDI2fOYekB1I302GUckDTncKxKvdXajU5xkgJrcuEQZmOwA>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Sdnet Kreis Euskirchen: Mitglieder im Kreistag Euskirchen, online im Internet <https://sdnet.kreis-euskirchen.de/personen/?__=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZajtDQoYmS7umFdX5dTu9LRNUGPx99VWxYG1EGutBZHvj4xkNePVx6tQkEelu8ZkvA>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Sitzungsdienst Kreis Heinsberg: Mitglieder im Kreistag Heinsberg, online im Internet <https://sitzungsdienst.kreis-heinsberg.de/bi/kp0040.asp?__kgrnr=1&#>, 2020, [zugegriffen am 31.05.2020].

Statista (Hrsg.): Frauenanteil in deutschen Landesparlamenten, online im Internet <https://de.statista.com/infografik/15951/frauenanteil-in-deutschen-landesparlamenten>, 28.11.2019, [zugegriffen am 12.03.2020].

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.): Gleichstellungsindex 2019. Gleichstellung von Frauen und Männern in den obersten Bundesbehörden, Wiesbaden 2020.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Studierende an Hochschulen, (Fachserie 11, Reihe 4.1), Wiesbaden 2019.

Stöhr, Maria/Grigat, Guido: Wo Frauen immer noch die Ausnahme sind, online im Internet <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gleichstellung-warum-frauen-in-der-kommunalpolitik-eine-minderheit-sind-a-1257217.html>, 17.03.2019, [zugegriffen am 11.05.2020].

Theweleit, Klaus: Mit der an der Spitze wird das nichts, online im Internet <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/soziologe-klaus-theweleit-zum-umgang-mit-politikerinnen-16247646.html?utm_campaign=GEPC%253Ds6&utm_medium=social&utm_content=bufferd44ce&utm_source=facebook.com&premium>, 21.06.2019, [zugegriffen am 24.06.2019].

Wersig, Maria: Frauenwahlrecht in Deutschland: Der Fortschritt ist eine Schnecke, online im Internet <https://taz.de/Frauenwahlrecht-in-Deutschland/!5564107>, 19.01.2019, [zugegriffen am 17.04.2019].

Zeit Online (o.A.): Angela Merkel fordert vollständige Parität, online im Internet <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-11/100-jahre-frauenwahlrecht-angela-merkel-gedenkfeier-gleichberechtigung>, 12.11.2018, [zugegriffen am 12.04.2020].

Bundesweite Initiativen und Institutionen (Auswahl):

Bundes- und Landes-AGs kommunaler Gleichstellungsbeauftragter

Deutscher Frauenrat mit der Kampagne„#mehrfrauenindieparlamente“ (2018)

Deutscher Frauenring mit der Petition„#50Prozent Frauen in den Parlamenten“ (2017)

Deutscher Juristinnenbund mit dem Forderungspapier „Mehr Frauen in die Parlamente – nur wie?“ (2019)

EAF Berlin (Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft)

Helene Weber Kolleg

Abkürzungsverzeichnis

AGG Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

BGleiG Bundesgleichstellungsgesetz

EAF Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

GG Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

GVK Gemeinsame Verfassungskommission

Impressum
Region Aachen Zweckverband
Rotter Bruch 6, 52068 Aachen
Telefon +49 241 927 8721-14 / E-Mail: info@regionaachen.de

v.i.S.d.P. Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Idee, Konzeption & Koordination: Prof. Dr. Christiane Vaeßen, Janine Teucher
Redaktion/Text: Janine Teucher
Lektorat: Thilo Gärtner mit Unterstützung von Chiara Dick

Gestaltung: büro G29
Druck: Druckerei Erdtmann GbR

1. Auflage 500 Stück
ISBN: 978-3-00-066102-0

Juli 2020

Copyright: Region Aachen Zweckverband / 2020
Alle Rechte liegen beim Herausgeber dieser Publikation.
Die Nutzung zu kommerziellen Zwecken ist untersagt, die
Vervielfältigung bedarf der Zustimmung des Herausgebers.

regionaachen.de

Ein Wegweiser für Frauen in die Politik. Mit zahlreichen Beiträgen von Politikerinnen aus der Region Aachen, Interviews mit den Bundesparteien und allen Fakten, die Sie rund um das Thema „Frauen in der Politik“ wissen sollten.

Sie haben Fragen zu unseren Themen und Projekten? Kontaktieren Sie uns gerne: info@regionaachen.de

9 783000 661020

region aachen

Region Aachen Zweckverband
Rotter Bruch 6 / 52068 Aachen
Telefon: +49 241 927 8721-14 / info@regionaachen.de